Nr. 13 – 14 DM 1,–

FACIT

REVOLUTION IN FRANKREICH?

Was ist heute revolutionär?

Neuerscheinung!
FAZIT - Reihe 3

Revolutionäre Strategie und antiimperialistischer Kampf in Westeuropa - Karl Marx und die inneren Widersprüche des modernen Imperialismus

von Prof. Dieter Klein

Aus dem Inhalt:

Das Ziel des modernen Kapitalismus und die Frage nach der historischen Rolle der Arbeiterklasse; Die Theorie der Überflußgesellschaft und die Wirklichkeit; Potenzierter Warenfetischismus und staatsmonopolistische Herrschaft; Der circulus vitiosus einer „kritischen Theorie" - Hoffnung auf die „dritte Welt"?; Die Zielproblematik im Imperialismus und die „Managertheorie"; Über die Grundstruktur des Widerspruchssystems im Kapitalismus; Verschärfung des kapitalistischen Grundwiderspruchs; Kriterien des revolutionären Potentials der Arbeiterklasse, Gewerkschaften ohne Zukunft?, Konflikte der Zukunft; Der reale Sozialismus als Alternative; Einwirkung des Sozialismus auf den Imperialismus; Vorschlag für eine konstruktive Provokation; u. a.

FAZIT-Reihe 2

Erich Eisner: ‚Gegen die Bürger im Marxpelz - Die antiautoritären „Linken" in der Arbeiterbewegung' kann noch bestellt werden. (3.— DM) Ebenso folgende ältere FAZIT-Hefte in beschränkter Anzahl: Nr. 2, 4, 5, 6, 9. (Preis pro Heft 80 Pf)

Bestellschein siehe dritte Umschlagseite!

Inhalt

Prof. Dr. Dieter Klein:	Revolution in Frankreich? Was ist heute revolutionär?	Seite 5
Dr. J. H. v. Heiseler:	Internationaler Klassenkampf – Zu den wesentlichen Grundbeziehungen im weltrevolutionären Prozeß	Seite 17
Hans E. Schmitt:	Möglichkeiten revolutionären parlamentarischen Kampfes	Seite 19
Gunnar Matthiessen:	Wahlalternative 1969 – Über die Konzeption des Gießener Kreises	Seite 24
Dr. J. H. v. Heiseler:	Zu einigen Ursachen der Schwankungen in der theoretischen Bewegung im SDS	Seite 28
Elvira Högemann-Ledwohn und Anne Nigbur:	Liberalisierung oder Demokratisierung? – Zur Entwicklung der Tschechoslowakei	Seite 31
Dokumente:	26 Thesen zur politischen Ortsbestimmung der SDS-Gruppe Bonn	Seite 42
	Zur Sache: Notstandsgesetze Information: SDS-Göttingen	Seite 44
	Entwurf des SDS-Wuppertal zur politischen Ortsbestimmung	Seite 45
	Zur Frage der richtigen Beurteilung von historischen Prozessen (Über die Griechenland-Resolution der 22.0.DK des SDS vom 4.–8. 9. 1967 und über ein Rundschreiben der „Projektgruppe Griechenland" im SDS-Landesverband Hamburg vom 8. 3. 1968)	Seite 48

Neue Anschrift: Werner Loch, 5 Köln, Breite Straße 141–143
Neues Konto: Werner Loch (Sonderkonto F), Postscheck Köln 1420 25

res novae provokativ

Malte J. Rauch
Samuel Heinz Schirmbeck
Die Barrikaden von Paris

Der Aufstand der französischen Arbeiter und Studenten
Mit Beiträgen zu den Ereignissen von: Cohn-Bendit · Sartre · Barjonet · Mendès-France u. a.

192 Seiten mit zahlreichen Flugblatt-Texten und einer Dokumentation der berühmten Plakate der „Faculté des Beaux Arts"
kartoniert 5,— DM

Die Auferstehung der Gewalt
Springerblockade und politische Reaktion in der Bundesrepublik

Herausgegeben von Heinz Grossmann und Oskar Negt
ca. 192 Seiten mit zahlreichen Abbildungen und Dokumenten,
kartoniert ca. 5,— DM

Februar 1968
Tage, die Berlin erschütterten

125 Seiten mit zahlreichen Abbildungen und Dokumenten,
kartoniert 5,— DM

Internationale der Studenten 1968

Die antikapitalistische Studentenbewegung

Herausgegeben von Lothar Menne und Claudio Pozzoli
ca. 160 Seiten, kartoniert ca. 5,— DM

Universität und Widerstand
Versuch einer Politischen Universität in Frankfurt

Herausgegeben von Detlev Claussen und Regine Dermitzel
ca. 144 Seiten, kartoniert ca. 5,— DM

Die Linke antwortet Jürgen Habermas

ca. 160 Seiten, kartoniert ca. 5,— DM

Mit einer Erwiderung von Jürgen Habermas

Johannes Agnoli/Peter Brückner
Die Transformation der Demokratie

Theorie der außerparlamentarischen Opposition

4. Auflage · 198 Seiten · Snolin-Broschur 12,— DM · Leinen 19,— DM

Europäische Verlagsanstalt

Revolution in Frankreich? Was ist heute revolutionär?

Dieser Artikel ist ein Nachdruck eines Interviews zwischen Prof. Dr. Klein, Humboldt-Universität zu Berlin, und dem Organ des Zentralrats der FDJ FORUM, entnommen FORUM Nr. 12/1968.

Prof. Klein hatte in den Nummern 7–10/1968 des FORUMs die grundsätzlichen inneren politischen und ökonomischen Widersprüche des Imperialismus charakterisiert und untersucht nun, ob mit ihnen auch die aktuellen Klassenkämpfe in Frankreich zu erklären sind. Die Red.

Der soziale Hintergrund der französischen Klassenkämpfe

Klein: Zum Ausgangspunkt des großen Streikkampfes der französischen Arbeiter wurden soziale Forderungen nach Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen, nach Aufhebung der antisozialen Verordnungen über erhöhte Beteiligung der Werktätigen an Sozialversicherungsbeiträgen, Arzt- und Arzneikosten, nach Herabsetzung des Rentenalters und Garantie der Arbeitsplätze, aber auch nach uneingeschränkter Tätigkeit der Gewerkschaften im Betrieb sowie zur Durchführung einer demokratischen Bildungs- und Hochschulreform.

In Frankreich stieg zwar in den letzten drei Jahren die Industrieproduktion weiter an. Setzt man den Index der Industrieproduktion 1960 = 100, so stieg die Produktion 1964 auf 126, 1965 auf 128, 1966 auf 137 und bis zum 3. Quartal 1967 auf 141. Aber obwohl die Produktion insgesamt anwuchs, stieg die durchschnittliche Zahl der Arbeitslosen von 98 000 im Jahre 1964 auf 132 000 1965, auf 141 000 im Jahre 1966 und liegt seit dem 4. Quartal 1967 bei rund 500 000. Das spitzte das Problem der sozialen Sicherheit akut zu.

Diese Entwicklung ist dadurch zu erklären, daß die französischen Monopole im Interesse ihrer Expansion sowie im Ergebnis der scharfen Konkurrenz infolge des Zollabbaus innerhalb der EWG und der internationalen Konkurrenz die Rationalisierung der Produktion intensiv vorantrieben und dadurch Arbeitskräfte ohne neue Beschäftigungsmöglichkeiten freisetzten. Bereits 1965 hatten die Monopole in dem von ihren Interessen geprägten V. französischen Plan der Wirtschaftsentwicklung von 1966 bis 1970 für das Jahr 1970 eine Arbeitslosenarmee von 520 000 als Druckmittel gegenüber der Arbeiterklasse geplant. Obwohl unter dem Protest der Öffentlichkeit diese Orientierung später offiziell nicht mehr eindeutig aufrechterhalten wurde, zeigt das doch den ständigen Druck des Monopolkapitals auf die Lage der Arbeitenden.

Die atomare französische Rüstung im Rahmen der gaullistischen Großmachtpolitik verschlang ungeheure Mittel, führte zu starken Staatshaushaltsausgaben und über diese zu einer Förderung der durch den monopolistischen Preisbildungsmechanismus ohnehin bedingten inflationären Entwicklung. 1968 wird der französische Etat vermutlich mit einem Defizit von rund 7 Milliarden Franc abschließen, was die inflationäre Entwicklung beschleunigen muß.

Die Nominallöhne stiegen zwar in Frankreich ebenso wie auch in anderen imperialistischen Ländern an. Berücksichtigt man aber die Steigerung der Konsumgüterpreise, so stagnierten die Reallöhne nach Angaben der CGT in Frankreich seit 1958. Da aber gleichzeitig Arbeitsintensität und Arbeitsproduktivität anstiegen, wird die Arbeitskraft des französischen Arbeiters heute schlechter als vor zehn Jahren reproduziert.

1967 wurden die öffentlichen Tarife ebenso wie die Altmieten fast ausnahmslos stark erhöht. Der Kampf um die Verbes-

serung der sozialen Lage war daher in starkem Maße Inhalt der großen Streikbewegungen.

FORUM: Verträgt sich das mit Ihrer These, daß heute für die einzelnen Arbeiter nicht mehr die direkte physische Unerträglichkeit ihrer Lage das unmittelbar revolutionierende Grundphänomen in ihrer Erfahrung ist?

Klein: Ich denke, das verträgt sich – aber zugleich veranlassen die französischen Erfahrungen dazu, diese These etwas zu präzisieren. Kritische Gespräche, insbesondere wichtige Gedanken meines Genossen Siegfried Ransch, haben mir dafür Anregungen gegeben, die ich hier nur andeuten kann.

Der Ablauf der französischen Klassenkämpfe – Einheitsfront gegen totalitäre Diktatur

Wir wollen uns zunächst noch einmal vor Augen halten, welchen Ablauf die Ereignisse in Frankreich hatten.

Bereits am 13. Dezember 1967 kam es in Frankreich zu einem 24stündigen Millionenstreik für die Verbesserung der Lebensbedingungen und zu einer der größten Protestkundgebungen der Pariser Arbeiter in der ganzen Nachkriegszeit auf dem Platz der Bastille.

Auf einer Aktivtagung der Pariser Parteiorganisation der KPF am 10. Januar 1968 analysierte Waldeck Rochet u. a. diese Kämpfe und erklärte, „daß unter den gegebenen Umständen in Frankreich eine Möglichkeit für den friedlichen Übergang zum Sozialismus besteht".[1] Man müsse aber davon ausgehen, „daß die Großbourgeoisie niemals freiwillig auf die Macht verzichten wird, daß folglich der friedliche Übergang nur realisiert werden kann, wenn die geeinte Arbeiterklasse alle demokratischen, fortschrittlichen und national gesinnten Kräfte, d. h. die Mehrheit des Volkes, um sich sammelt, damit die Großbourgeoisie nicht mehr in der Lage ist, Waffengewalt gegen das Volk anzuwenden, zum Bürgerkrieg Zuflucht zu nehmen".[2]

1) Waldeck Rochet, Für den Zusammenschluß aller sozialistischen und demokratischen Kräfte; in: Aus der internationalen Arbeiterbewegung, Nr. 3/1968, S. 14
2) ebenda

Unter diesem Aspekt des Kampfes um den Sozialismus durch das gemeinsame Vorgehen der Volksmassen trug die KPF wesentlichen Anteil an dem Abkommen zwischen KPF und der Linksföderation vom 20. Dezember 1960 und initiierte das weitergehende Abkommen über das Zusammengehen der Linken vom 24. Februar 1968. Unter den gegenwärtigen Bedingungen der maßgebenden Macht des herrschenden Finanzkapitals über die Armee, über die Polizei und über die bewaffneten kasernierten Truppen der Sicherheitspolizei, der Compagnies Republicaines de Sécurité (CRS), gibt es, abgesehen von einer zeitweiligen Verlängerung des gegenwärtigen Zustandes in mehr oder weniger ähnlicher Weise, nur eine Alternative für die revolutionäre Bewegung in Frankreich:

- Entweder wird sich eine derartig geschlossene und einheitlich handelnde Massenbewegung entwickeln, daß jedes militärische Zuschlagen der herrschenden Klasse ihren Untergang sicher machen würde, weil es die Massen unwiderruflich zur sofortigen Ablösung des herrschenden Systems herausfordern müßte. Unter solchen Bedingungen ist der friedliche Übergang zum Sozialismus im Verlauf einer mehr oder weniger langen Periode möglich, wenn in allen Entwicklungsphasen die Macht der Volksmassen jederzeit so erdrückend ist, daß das herrschende Finanzkapital und sein Staat außerstande ist, die Bewegung ohne die für sie offen sichtbare Strafe des Untergangs bewaffnet aufzuhalten.
- Oder aber im Prozeß akuter revolutionärer Bewegungen bieten Gruppierungen innerhalb dieser Bewegung dem staatsmonopolistischen System Anlaß und Möglichkeit zu bewaffneter Niederwerfung der Bewegung, zur Errichtung einer totalitären Militärdiktatur und zur Niederhaltung der revolutionär-demokratischen Kräfte auf lange Zeit.

Das De-Gaulle-Regime versuchte offensichtlich – bei gleichzeitigen Versuchen, die Wahlen überhaupt hinauszuschieben – einerseits durch starke sozialdemagogische Manöver und Versprechungen die durch den Generalstreik erzwungenen Wahlen am 23. und 30. Juni zu gewinnen. Dem diente auch das Fungieren von vier Linksgaullisten in der neugebildeten Übergangsregierung Pompidou. Anderseits ergänzte es diese Taktik durch extremen Antikommunismus mit dem Ziel der Abschreckung der Schwankenden von der KPF und der Linksföderation und durch die Tendenz zur Errichtung einer Militärdiktatur, zumindest durch die permanente Drohung mit dieser gegenüber den Schwankenden. Am 11. Juni wurden in Flins und Sochaux zwei Arbeiter von der Polizei ermordet, um mit dieser Provokation Auseinandersetzungen herbeizuführen, die die Errichtung einer Militärdiktatur fördern sollten. Der einstündige Generalstreik der Arbeiter vom 12. Juni setzte dem die Geschlossenheit der Arbeiterklasse wirksam entgegen und bekundete, daß ihr Kampf außerordentlich rasch über soziale Zielsetzungen hinausgewachsen ist.

Aber die Rückkehr des OAS-Chefs Georges Bidault und des in seiner Abwesenheit zum Tode verurteilten ehemaligen Obersten Lacheroi aus Spanien nach Paris, die Freilassung des letzten OAS-Führers General Salan sowie der wachsende OAS-Terror bis zum Niederschießen von Mitgliedern der KPF zeigen, daß das staatsmonopolistische System chronisch zu offenen totalitären Herrschaftsformen tendiert. Diese Problematik war von der Führung der KPF offensichtlich in Rechnung zu setzen, als die französische Studentenbewegung für eine radikal-demokratische Hochschulreform und gegen das gaullistische System in der Nacht vom 10. zum 11. Mai im Quartier Latin zu regelrechten Straßenschlachten mit der CRS führte, in denen die Studenten großen persönlichen Mut bewiesen.[3]

Bereits am 20. November 1967 war es in Nanterre zu einer Studentendemonstration von 10 000 Studenten gekommen. Am 21. Februar fand in Paris eine Demonstration statt, in der der Kampf um eine Neuordnung des Hochschulwesens gegen das herrschende imperialistische System mit der Solidarität für den Kampf des vietnamesischen Volkes gegen den Imperialismus verschmolz. Mehrere Studenführer des Comité Vietnam National wurden verhaftet. Dagegen fanden erneut Demonstrationen in Nanterre statt, mit denen sich die Studenten der Sorbonne solidarisierten. Am 2. Mai wurde die Fakultät von Nanterre und am 6. Mai die Sorbonne geschlossen. Am 7. Mai demonstrierten bereits 20 000 Studenten gegen diese Schließung und für die Freilassung der Verhafteten. Am 10. Mai nahm vom Platz Denfert Rocherau eine Demonstration von 35 000 Studenten und Schülern ihren Ausgang, die im Quartier Latin von der Polizei eingekesselt wurde, um sie zu ersticken. Da kam es zum Bau von mehr als 50 Barrikaden gegen die Polizeieinheiten. Die Polizei ging mit Tränengas, Rauchbomben und Chlorgas gegen die von der Bevölkerung unterstützten Studenten vor. Ein erbitterter Kampf entwickelte sich und währte bis morgens um acht Uhr. Das herrschende System entlarvte sich innerhalb weniger Stunden vor der ganzen Nation als offen diktatorisch und bekundete unübersehbar seine Unmenschlichkeit.

3) Vgl.: Pariser Mai; in: Extra, Westberlin, Juni 1968

Um zwei Uhr nachts erklärte die Führung der KPF ihre Solidarität mit den kämpfenden Studenten und rief am Morgen des 11. Mai zum Generalstreik und zu einer Demonstration der Solidarität mit den Studenten zum 13. Mai auf. Diejenigen, die der KPF intensive Beratungen vor diesem Schritt, Verzögerungen und Kritik an anarchistischen Taktiken vorwerfen, sollten überlegen, welche Folgen dieses Kampfes im dargestellten Problemzusammenhang abzuwägen waren. Die CGT schloß sich, wie die übrigen führenden Gewerkschaften, dem Aufruf der KPF an. Damit war seit der Nacht vom 10. zum 11. Mai klar, daß sich die Arbeiterklasse zur Solidarität mit den Studenten erheben und dabei die Forderungen der Volksmassen unüberhörbar vertreten würde.

In dieser Situation offenbarte das imperialistische System Frankreichs seine ganze Schwäche gegenüber einheitlichen Aktionen der Volksmassen: Die Universitäten wurden wieder eröffnet, die Verhafteten freigelassen und eine Hochschulreform zugesagt. Aber es zeigte sich zugleich, daß Zugeständnisse der herrschenden Klasse nicht in jeder Situation einen neuen Manövrierspielraum für den Imperialismus schaffen. 800 000 Arbeiter, Studenten und andere Werktätige von Paris demonstrierten zum Platz Denfort Rocherau; der größte Generalstreik in der Geschichte der französischen Arbeiterbewegung begann.

KPF und Volksmassen

FORUM: Können Sie die Taktik der KPF in diesen Kämpfen etwas näher charakterisieren?

Klein: Die Taktik der KPF mußte darin bestehen, lernend von den Volksmassen wiederum deren Lernprozeß zu organisieren und in den sozialen Kämpfen das Bewußtsein des Systemzusammenhangs aller aufgebrochenen Widersprüche mit dem kapitalistischen Grundverhältnis der Ausbeutung zu vermitteln und zunächst im Kampf um eine Volksregierung demokratischer Union zu realisieren. Ein Prozeß intensiver Wechselwirkung von Partei und Volksmassen, z. T. vermittelt durch die CGT, entwickelte sich.

Der Generalstreik der Solidarität vom 13. Mai mit den Studenten ging von vornherein nicht in erster Linie um soziale Forderungen, sondern war ein Protest gegen das diktatorische Regime für die Einheit aller demokratischen Kräfte. Hierin äußerten sich zwar spontane Erfahrungen der Massen, aber zugleich die Ergebnisse der jahrelangen bewußtseinbildenden marxistisch-leninistischen Arbeit der KPF und der politischen Arbeit der CGT-Funktionäre. Umgekehrt ergab sich der Aufruf der KPF zum Generalstreik aus der Analyse der Beweguna der Studenten und der Einstellung der Arbeiter dazu, in einem Lernprozeß also, der u. a. Diskussionen mit Intellektuellen und Studentenführern einschloß.

Die dann gleichzeitig in vielen Betrieben beginnenden Streiks für die eigenen Forderungen der Arbeiter zeigten die Bereitschaft der Arbeiterklasse zu eigenem verantwortlichen Handeln, in dem neue Kampfformen bis zur effektiven Leitung der öffentlichen Angelegenheiten durch die Streikkomitees, z. B. in Nantes, St. Nazaire und Lille, entstanden.

In den Renault-Werken von Billancourt, in denen sich am 16. Mai eines der Zentren des Generalstreiks herausbildete, hatte von vornherein die starke Organisation der KPF führende Positionen. Hier erfolgte auch sehr frühzeitig eine Verbindung der eigenen Ziele mit denen der studentischen Opposition und mit der Forderung nach einer linken Volksregierung.

Auf solche Entwicklungen gestützt konnte die KPF ihre Taktik darauf richten, die Linksföderation mit dem Druck der zunehmend in Aktionskomitees für die Bildung einer linken Volksregierung artikulierten Forderung nach einer linken Union zu konfrontieren, um dem staatsmonopolistischen System eine politische Einheitsfront entgegenzusetzen und im Interesse sowohl der KPF als auch der Linksföderation die Vorbehalte rechter Führer in der Linksföderation zu überwinden.

In dieser Situation konnte der Rückzug der Unternehmerverbände auf dem Feld des sozialen Kampfes die Stabilität des Systems nicht mehr garantieren. Am 27. Mai wurden durchschnittlich 10 Prozent Lohnerhöhungen bis Ende 1968 zugestanden, eine Anhebung der niedrigsten industriellen Löhne um 35 Prozent in Paris, um 62 Prozent in der Provinz und um 62 Prozent in der Landwirtschaft, Reduzierung der Arbeitszeit auf 40 Wochenstunden, Reduzierung der Selbst-Arzt- und Medizinkosten von 30 auf 25 Prozent. Die Regierung mußte die Erhöhung der Familienbeihilfen und Altersrenten versprechen. Die Gewerkschaften erkämpften das Betätigungsrecht in den Betrieben und werden an der Ausarbeitung eines Gesetzes beteiligt, in dem die gewerkschaftlichen Rechte im einzelnen fixiert werden. Die CGT und die übrigen Gewerkschaften stellten diese ersten Ergebnisse vor den Arbeitern zur Diskussion und Entscheidung. Das Resultat war die Fortsetzung des Kampfes in Massendemonstrationen vom 29. Mai, in deren Mittelpunkt jetzt die politische Forderung nach dem Rücktritt General de Gaulles und der Regierung und nach der Bildung einer Volksregierung stand – als Bedingung für die Sicherung der anderen Forderungen.

FORUM: Wie ist dann die spätere Beendigung der Streiks in der Mehrheit der Betriebe zu bewerten?

Klein: Dort, wo die sozialen Forderungen der Arbeiter durchgesetzt wurden, wurde der Streik diszipliniert beendet. Er bröckelte jedoch nicht ab, wie die großbürgerliche Presse zu kommentieren versuchte, sondern in einer großen Zahl von Betrieben zogen die Arbeiter in geschlossenen Demonstrationszügen unter Führung der CGT, unter roten Fahnen und mit dem Gesang der Internationale in die Betriebe wieder ein bzw. beendeten deren Besetzung. Sie bekundeten in

prv Pahl-Rugenstein Verlag · Köln · Barbarossaplatz 2

Neuerscheinungen

Günther Anders

Visit Beautiful Vietnam –
ABC der Aggressionen heute

212 Seiten, broschiert DM 12.–
Ganzleinen DM 15.–

Bernd Jansen / Arno Klönne

Imperium Springer –
Macht & Manipulation

271 Seiten, glanzkartoniert DM 9.60

Hans Heinz Holz

Utopie und Anarchismus
Zur Kritik der kritischen Theorie Herbert Marcuses

120 Seiten, engl. broschiert DM 7.50

Sozialdemokratie u. Sozialismus heute
Beiträge zur Analyse und Veränderung sozialdemokratischer Politik
mit Beiträgen von dreizehn jungen Sozialdemokraten, u. a. Jörg Huffschmid, Ekkehart Krippendorf, Knut Nevermann
230 Seiten, engl. broschiert DM 9.75

noch lieferbar:

Eberhard Czichon
Wer verhalf Hitler zur Macht?
Zum Anteil der deutschen Industrie an der Zerstörung der Weimarer Republik
Mit zahlreichen bisher noch unveröffentlichten Dokumenten
105 Seiten, glanzkartoniert DM 6.90

Stephan Leibfried
Wider die Untertanenfabrik
Handbuch zur Demokratisierung der Hochschule
388 Seiten, glanzkartoniert DM 9.30
vierte unveränderte Auflage

Blätter für deutsche und internationale Politik

In den letzten Heften:

Wolfgang Abendroth	**Wahlalternative 1969?**
Friedhelm Baukloh	**Ernst Benda – Theoretiker und Praktiker des Obrigkeitsstaates**
Martin Bennhold	**Griechische Zustände als Programm?**
Karl D. Bredthauer	**Computer und Angestellte**
Heinrich Hannover	**Notstandsverfassung: Legalisierung der Klassenherrschaft**
Hans G. Helms	**Freie Individuen und rationale Gesellschaft. Zum 150. Geburtstag von Karl Marx**
Dr. Reinhard Kühnl	**Der Neofaschismus marschiert**
Stephan Leibfried	**Universität und Formierung**
Knut Nevermann	**Zur Strategie systemüberwindender Reformen**
Harry Nick	**Zum ökonomischen System in der DDR**
Reinhard Opitz	**Dahrendorfs Reformen**
Peter Schütt	**Demokratische Bewegungen an der Universität Hamburg**

XIII. Jahrgang 1968 · monatlich 100–116 Seiten · Einzelheft DM 3.– im Abonnement DM 2.50, für Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende DM 2.–

prv Pahl-Rugenstein Verlag · Köln · Barbarossaplatz 2

die tat

Mitreden können - informiert sein . . .
. . . Zusammenhänge erkennen!

LESEN

„die tat" ist eine Wochenzeitung engagierter Demokraten, die gegen den neu heraufziehenden Faschismus kämpft. Sie hängt nicht an den goldenen Ketten der Konzerne. Bei der „tat" hat Axel Springer keinen Einfluß.

Mitarbeiter der „tat" sind u. a. Dr. Arno Klönne, Arno Ploog, Rudolf Rolfs, Günter Wallraff.

BESTELLSCHEIN

Studenten- und Schülerabonnement*) vierteljährlich DM 4,95
(Lieferung im Streifband)

Studenten- und Schülerabonnement*) vierteljährlich DM 3,—
(Zustellung durch die Post, Zahlung direkt an den Verlag)

*) nichtgewünschtes bitte streichen

GUTSCHEIN

. . . für eine 4wöchentliche, kostenlose Zusendung der Wochenzeitung „die tat".

. . . in Höhe von DM 5,— zum Einkauf von Büchern im „tat"-**Buch- u. Schallplatten-Vertrieb,** bei Aufgabe eines Jahresabonnements zum Sonderpreis von DM 12,—

Dieser Gutschein kann nur eingelöst werden, wenn die Bezugsgebühren überwiesen sind, und ist nur für Schüler und Studenten gültig.

Name, Vorname: .....

Postleitzahl, Ort: .....

Straße: .....

Datum und Unterschrift: .....

Bitte als Drucksache (DM 0,20) einsenden an:

Röderberg-Verlag GmbH. - 6 Frankfurt am Main
Schumannstr. 56 - Postfach 2409

Meetings ihre Bereitschaft, sofort den Kampf fortzusetzen, sollten Unternehmer und Regierung versuchen, auf inflationärem oder anderem Wege die Erfolge wieder zunichte zu machen. Die Streiks wurden im Bewußtsein des Sieges der Volksmassen über das Kapital beendet. Der einstündige Generalstreik vom 12. Juni, der die Unternehmerverbände u. a. zwang, die Verhandlungen mit den in ganz Frankreich solidarisch unterstützten, weiter streikenden Arbeitern der Automobilindustrie, der Flugzeugindustrie und anderer Bereiche wieder aufzunehmen, zeigte deutlich, daß die Wiederaufnahme der Arbeit nicht identisch mit einer Befriedigung der Arbeiterklasse durch eine Verbesserung ihrer Lage war.

Ausgehend von dem im Generalstreik deutlich gewordenen Willen der Volksmassen, die Regierung Pompidou durch einen Weg nach links abzulösen, geht es jetzt um die Festigung der Einheit aller demokratischen Kräfte.

Im Verlauf der Kämpfe hatte sich die KPF als weitsichtigste Partei erwiesen, die schon seit Jahren die Bedingungen für eine linke Volksregierung zu schaffen bemüht war, als einzige Partei ein konsequentes demokratisches Programm für eine solche Linksregierung präsentierte und jetzt auf die Einigung über ein einheitliches linkes Regierungsprogramm drängt, während sich innerhalb der Linksföderation Mitterand und die Liberalen die Hände für Abkommen mit den rechten Zentren offenzuhalten trachten und dadurch die Formierung der Gegner de Gaulles erschweren.

Interessen, Aktion und Organisation

FORUM: Wie kann man diese Darstellung des Verhältnisses von Volksmassen, Arbeiterklasse und Partei in Frankreich theoretisch verallgemeinern?

Klein: Ich kann dazu nur vorläufige Bemerkungen machen. Wir alle werden uns sicherlich ein Beispiel daraus zu machen haben, mit welcher Intensität Marx, Engels und Lenin Erfahrungen aus den Klassenschlachten der Arbeiterklasse theoretischen Analysen unterwarfen und dabei ihre Strategie und Taktik weiter entwikkelten. Ich denke z. B. an „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte" von Marx, an seine Analyse „Der Bürgerkrieg in Frankreich", an Lenins „Was tun?", an seine „Zwei Taktiken . . .", an „Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution" oder an seine Schrift „Der ‚Linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus". Gerade daran haben wir uns sicher in der Vorbereitung der Novemberkonferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien zu orientieren.

In der FORUM-Serie wurde herausgearbeitet, daß heute die unmittelbar revolutionierenden Ansätze in der Erfahrungswelt der einzelnen in den hochentwickelten Ländern anders zu betrachten sind als unter den Bedingungen des vormonopolistischen Kapitalismus. Das möchte ich präzisieren.

1

Es hat sich als richtig herausgestellt, daß die Volksmassen in Frankreich sich selbst sehr schnell als ausgeschlossen aus der wirksamen Selbstbestimmung über die gesellschaftliche Entwicklung erkannten. Sie verbanden sehr rasch ihre sozialen Forderungen mit dem Kampf gegen das Regime der persönlichen Macht und forderten eine linke Volksregierung. Ausgehend von der kapitalistischen Einengung der Persönlichkeitsentfaltung durch das zurückgebliebene, autoritär organisierte Bildungs- und Hochschulwesen, von der sozialen Lage der Werktätigen, von der weitgehenden Einengung der Gewerkschaftsrechte in den Betrieben usw. nahm die gesamte Klassenauseinandersetzung auch im Bewußtsein der Volksmassen sehr schnell politischen Charakter an. Das war deshalb möglich, weil in der Realität der Widerspruch zwischen der von den Volksmassen getragenen Vergesellschaftung einerseits und der Ausschaltung der Mehrheit von der schöpferischen Gestaltung der Gesellschaft andererseits eine überaus gewichtige Stellung im System der imperialistischen Widersprüche hat. Daher gewann auch der Widerspruch zwischen den demokratischen Kräften und der finanzkapitalistischen Tendenz zur totalitären Diktatur ein erhebliches Gewicht in den Auseinandersetzungen.

Die Schärfe der sozialen Auseinandersetzungen wurde u. a. durch die außer-

ordentlichen Kosten der force de frappe, also durch das Gewicht des Widerspruchs zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und ihrer Pervertierung in Destruktivkräfte bedingt. Auch dieser Aspekt unserer Darstellung über die Grundstruktur des imperialistischen Widerspruchssystem wurde also in Frankreich bestätigt.

2

Es zeigte sich aber zugleich, daß man die elementaren sozialen Lebensbedingungen der Werktätigen als Ansatzpunkt revolutionärer Kämpfe auch in den hochentwickelten imperialistischen Staaten nicht unterschätzen darf. Es bleibt nach meiner Auffassung angesichts der Steigerung der Arbeitsproduktivität, des Druckes des Sozialismus auf die Entwicklung der Lage der Arbeitenden im Imperialismus und der Stärke der antiimperialistischen Kräfte innerhalb der kapitalistischen Länder in der Tendenz richtig, daß die direkte physische Unerträglichkeit ihrer Lage für die einzelnen Arbeiter nicht mehr das unmittelbar revolutionierende Grundphänomen in ihrer Erfahrung ist – sofern wir dabei die mögliche und zum großen Teil reale und unter bestimmten Bedingungen integrationswirksame Verbesserung des Lebensstandards im engeren Sinne im Auge haben.

Aber abgesehen davon, daß das selbst für Teile der Bevölkerung in den hochentwickelten Ländern nicht zutrifft, muß man das insofern einengen, als der Kapitalismus heute stets dazu tendiert, in anderer Weise als der vormonopolistische Kapitalismus physisch unerträglich zu sein und außerdem auch die physische Lebenslage im engsten Sinne in bestimmten historischen Situationen wieder radikal zu verschlechtern.

Physisch unerträglich sind imperialistische Kriege. Physisch unerträglich sind brutaler Polizeiterror wie z. B. im Quartier Latin und die Reaktivierung der OAS. Und niemals dürfen wir angesichts dieser Erfahrungen, angesichts der wachsenden Rolle der NPD in Westdeutschland und der Verabschiedung der Notstandsgesetze vergessen, daß sich die Mehrheit der Menschen in der Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus wohl kaum jenen Rückfall in absolute physische Unerträglichkeit vorstellen konnte, die dann später der Faschismus mit sich brachte. Die Drohung eines solchen Rückfalls ist im Imperialismus permanent vorhanden. Ferner hat sich gezeigt, daß das Gesicht sozialer Konflikte im Klassenkampf nicht direkt und nicht allein von der Höhe des Lebensstandards abhängig ist. Eine solche Auffassung wäre mechanistisch. Bessere Lebensbedingungen in einem Lande im Vergleich zu einem anderen können in dem entwickelten Land im Ensemble anderer Umstände durchaus als absolut unerträglich erscheinen und zum Ausgangspunkt weitgehender Auseinandersetzungen werden, obwohl das zu dieser Zeit für die schlechten Lebensumstände des anderen Landes nicht zutrifft.

3

Die jüngsten Erfahrungen in Frankreich drängen dazu, weitere Aspekte mit diesen Darstellungen stärker zu verbinden, die von Marx, Engels und Lenin stets hervorgehoben wurden. Es geht um das Verhältnis von individuellen, Gruppen- und Klasseninteressen, von Spontaneität und Organisiertheit von Volksmassen, Arbeiterklasse und Partei, von Aktion und Theorie sowie um das Verhältnis strategischer und taktischer Ziele:

● Individuelle Interessen sind zwar von größter Bedeutung für das revolutionäre Handeln von Menschen. Es gibt jedoch keine unmittelbare Verbindung zwischen Einzelerfahrung und revolutionärer Bewußtheit. Natürlich waren sozialreaktionäre Maßnahmen und reaktionäre Varianten zur Lösung der Hochschulprobleme in Frankreich Ausgangspunkt für das Engagement der einzelnen, die sich in ihren individuellen Interessen berührt sahen.

● Aber erst in Aktionen, in denen die Einzelinteressen zunächst im Rahmen von Gruppeninteressen (z. B. der Studenten von Nanterre und der Sorbonne oder der Arbeiter von Billancourt) wirksam artikuliert und dann im Rahmen der Klasseninteressen im Prozeß des Generalstreiks vertreten wurden, sammeln die Volksmassen in der Auseinandersetzung mit dem herrschenden staatsmonopolistischen System ihre revolutionären Erfahrungen und entwickelt sich revolutionäre Bewußtheit.

● Zugleich gilt natürlich, daß nicht jede Aktion ein richtiges Bewußtsein vermittelt. Die Aktion kann taktisch falsch sein, zu vermeidbaren Niederlagen führen und dadurch Rückschläge im Bewußtsein der Beteiligten mit sich bringen. Waldeck Rochet wies z. B. in seiner Rede vom 10. Januar darauf hin, daß durch eine Fehleinschätzung des Kräfteverhältnisses der Klassenkräfte in Indonesien 1965 der Versuch der Machtergreifung durch bewaffnete Aktionen zur Ermordung von mehr als 300 000 Kommunisten durch die Konterrevolution führte.

Es geht also darum, daß Aktionen auf der Grundlage richtiger Programme und als Bedingung dessen in Disziplin und Organisiertheit durchgeführt werden.

Hier gibt es prinzipielle Meinungsverschiedenheiten z. B. zwischen der KPF und anarchistischen und trotzkistischen Studentenvereinigungen, die die Auffassung vertreten, Institution und Organisation würden die permanente Diskussion der Massen, in der sie sich selbst über ihre Ziele klar werden und diese vertreten, ausschließen. Einer dieser Führer, Daniel Cohn-Bendit, erklärte in einem in der „Zeit" veröffentlichten Gespräch mit Jean Paul Sartre dazu, man müsse „vermeiden, sofort eine Organisation zu schaffen und ein Programm zu definieren. Dies würde sich unvermeidlich nur lähmend auswirken. Die einzige Chance der Bewegung ist diese Unordnung, die es den Leuten erlaubt, frei zu sprechen, und die schließlich eine gewisse Form der ‚Selbstorganisation' erbringen kann. ... man soll uns ein bißchen Zeit lassen. Zuerst müssen wir reden, nachdenken, neue Formeln finden."[4])

Und in einem Aufruf des „Revolutionären Aktionskomitees im früheren Theater Odeon" hieß es in dem Moment, in dem sich die CGT als führende gewerkschaftliche Kraft bei der Organisierung des französischen Generalstreiks erwies: „Das Aktionskomitee ... verlangt die totale Abschaffung der traditionellen Struktur des Staates wie von Gewerkschaften, politischen Parteien, Parlament und Universitäten, die nichts mehr bedeuten ... Das revolutionäre Aktionskomitee des Ex-Theaters Odeon bestreitet die Existenzberechtigung der Gewerkschaften, die die Arbeiterklasse betrügen."[5])

Gerade in der Situation, in der es darum geht, die Volksmassen auf der Basis eines das System des Gaullismus angreifenden Programms der linken Volksregierung zu vereinigen und die Organisiertheit der Massen den u. a. in Unternehmerverbänden, Armee und Polizei organisierten Monopolen bzw. deren Staatsmacht entgegenzusetzen, muß eine solche Position die revolutionär-demokratische Bewegung empfindlich schwächen – auch wenn sie u. a. von mutigen, persönlich äußerst engagierten Menschen vorgetragen wird, die auf ihre Rolle bei der Organisation antiimperialistischer Aktionen verweisen können. Lenin betonte dagegen die Rolle, die ein klares Programm der organisierten Partei in bestimmten historischen Situationen für den friedlichen Weg zum Sozialismus haben kann. Er schrieb: „Unsere Sache ist es, zu helfen, damit alles getan werde, um die ‚letzte' Chance einer friedlichen Entwicklung der Revolution zu sichern, und zwar dadurch zu helfen, daß wir unser Programm darlegen, daß wir dessen gesamtnationalen Charakter klarlegen, dessen absolute Übereinstimmung mit den Interessen und Forderungen der gewaltigen Mehrheit der Bevölkerung."[6]) Wenn dagegen anarchistische Ablehnung der Organisation und von Programmen z. B. mit der Forderung nach Bewaffnung der Streikposten verbunden wird, die unorganisiert, also nach eigenem Ermessen handeln sollen, so wird deutlich, daß das in der Tat den Bemühungen des Finanzkapitals um das Alibi militärdiktatorischer Maßnahmen objektiv entgegenkommt.

● Aktionen führen ferner nur dann zu einem optimalen Fortschritt der revolutionären Bewegung, wenn die schöpferische Erfindungskraft der Volksmassen in der Selbstanalyse ihrer Ergebnisse zugleich zunehmend in marxistisch-leninistische Bewußtheit umgesetzt wird, in der der Zusammenhang zwischen taktischen Erfolgen und strategischem Ziel immer wieder hergestellt und das Denken auf der Erkenntnis des Systemzu-

4) Die Zeit, Hamburg, 31. 5. 1968

5) Pariser Mai, a.a.O.

6) W. I. Lenin, Die Aufgaben der Revolution; in AW, Bd. II, S. 139

sammenhangs aller Erscheinungen des Imperialismus mit seinem von Grund auf reaktionären Wesen vermittelt wird. Diese theoretische, bewußtseinsbildende Arbeit muß vor allem von der marxistisch-leninistischen Partei geleistet werden.

Ihre Rolle steht daher nicht im Gegensatz zu der Kraft der Volksmassen, selbsttätig Ziele, Organisationsformen und taktische Schritte ihrer Kämpfe zu entwickeln, sondern ist z. T. Voraussetzung solcher Fähigkeit und ihr Ergebnis zugleich. Die Partei verkörpert stes konzentriert die wissenschaftliche Erkenntnis, daß eine endgültige Sicherung der Erfolge nur durch eine fortschreitende revolutionär-demokratische Entwicklung bis zum Sozialismus möglich ist. Das heißt jedoch nicht, daß gegenwärtig die einzigen Alternativen in Frankreich Kommunismus oder Gaullismus sind. Die wirkliche Alternative heißt heute: Gaullismus oder Volksregierung demokratischer Union bei Beteiligung der Kommunisten im Interesse radikal-demokratischer Umwälzungen.

Zwei Etappen der Revolution

FORUM: Welche Aussagen ergeben sich in diesem Zusammenhang über das Verhältnis der jüngsten französischen Erfahrungen zur Leninschen Theorie der zwei Etappen der Revolution?

Klein: Die KPF geht in ihrer Taktik eben von dieser Leninschen Theorie aus. Lenin erklärte: „Es wäre ein großer Irrtum zu glauben, daß der Kampf um die Demokratie imstande wäre, das Proletariat von der sozialistischen Revolution abzulenken oder auch nur diese Revolution in den Hintergrund zu schieben, zu verhüllen und dergleichen. Im Gegenteil, so wie der siegreiche Sozialismus, der nicht die vollständige Demokratie verwirklicht, unmöglich ist, so kann das Proletariat, das keinen allseitigen, konsequenten, revolutionären Kampf um die Demokratie führt, sich nicht zum Siege über die Bourgeoisie vorbereiten."[7])

Wir hören nun in letzter Zeit häufig die Verleumdung, daß die sogenannte „Bürokratie" der kommunistischen Parteien vor der radikalen sozialistischen Umwälzung zurückschrecke, weil dann ihre Herrschaft über den Apparat durch die unmittelbare Macht der Massen ersetzt würde, daß außerparlamentarische Opposition gleich antiparlamentarischer Opposition sein müsse, daß es z. B. in Westdeutschland darum ginge, auf schnellstem Wege zur Räterepublik überzugehen, um durch die direkte Organisation der Massen die Diktatur einer Partei zu ersetzen, usw. Alles das zielt darauf ab, vom hochorganisierten staatsmonopolistischen Kapitalismus unmittelbar zu einem falsch verstandenen und daher praktisch unmöglichen Sozialismus überzugehen.

Zunächst leitete Lenin aus den Erfahrungen des revolutionären russischen Proletariats die Forderung ab, daß bei der Führung der praktischen Aktionen der Massen eine absolut zutreffende Analyse des Kräfteverhältnisses die Grundlage sein muß. Er schrieb: „Hier muß man sich nicht nur fragen, ob wir die Avantgarde der revolutionären Klasse überzeugt haben, sondern außerdem auch, ob die historisch wirksamen Kräfte aller Klassen, unbedingt ausnahmslos aller Klassen der gegebenen Gesellschaft, so gruppiert sind, daß die Entscheidungsschlacht bereits vollauf herangereift ist, nämlich daß 1. alle uns feindlichen Klassenkräfte genügend in Verwirrung geraten sind, ... sich durch den Kampf, der ihre Kräfte übersteigt, genügend geschwächt haben; daß 2. alle schwankenden, unsicheren, unbeständigen Zwischenelemente, d. h. das Kleinbürgertum, die kleinbürgerliche Demokratie zum Unterschied von der Bourgeoisie, sich vor dem Volk genügend entlarvt haben, durch ihren Bankrott in der Praxis genügend bloßgestellt sind; daß 3. im Proletariat die Massenstimmung zugunsten der Unterstützung der entschiedensten, grenzenlos kühnen, revolutionären Aktionen gegen die Bourgeoisie begonnen hat und machtvoll ansteigt. Ist das der Fall, dann ist die Zeit für die Revolution reif, dann ist unser Sieg – wenn wir alle oben erwähnten, oben kurz umrissenen Bedingungen richtig eingeschätzt und den Zeitpunkt richtig gewählt haben –, dann ist unser Sieg gesichert."[8]) Eine solche Analyse ergibt offensichtlich für Frankreich, daß die Bedingungen für die endgültige Bloßstellung kleinbürgerlicher, formalparlamentarischer Illusionen in den Augen weiterer Millionen erst in neuen Kämpfen um eine revolutionär-demokratische Entwicklung geschaffen werden müssen und daß in Westdeutschland die unvermittelte Forderung nach einem sozialistischen Rätesystem ganz und gar zur Isolierung von den Massen führen müßte.

Mit beißendem Spott und größter Schärfe begegnete Lenin den Versuchen, Führer, Partei, Klasse und Masse gegenüberzustellen. Lenin schrieb: „Schon allein die Fragestellung: ‚Diktatur der Partei oder Diktatur der Klasse? – Diktatur (Partei) der Führer oder Diktatur (Partei) der Massen?' zeugt von einer ganz unglaublichen und uferlosen Begriffsverwirrung ... Jedermann weiß, daß die Massen sich in Klassen teilen; daß man Massen und Klassen nur dann einander gegenüberstellen kann, wenn man die überwiegende Mehrheit schlechthin, nicht gegliedert nach der Stellung in der sozialen Ordnung der Produktion, den Kategorien gegenüberstellt, die in der sozialen Ordnung der Produktion eine besondere Stellung einnehmen; daß die Klassen gewöhnlich und in den meisten Fällen, wenigstens in den modernen zivilisierten Ländern, von politischen Parteien in der Regel von mehr oder minder stabilen Gruppen der autoritativsten, einflußreichsten, erfahrensten, auf die verantwortungsvollsten Posten gestellten Personen geleitet werden, die man Führer nennt. Das alles sind Binsenwahrheiten. Das alles ist einfach und klar."[9])

Verhängnisvoll wäre also, die Arbeiterklasse in dem Bemühen, ihre führende Rolle zu betonen, anderen Schichten der Volksmassen, z. B. der Intelligenz, gegenüberzustellen. Sozialökonomisch gehört ein Teil der Intelligenz bei allen Unterschieden als besondere soziale Gruppe zur Arbeiterklasse. Ein anderer, kleinerer Teil der Intelligenz gehört sozialökonomisch mehr oder weniger stark zur Bourgeoisie. Zwischen beiden Polen gibt es, z. B. innerhalb der freischaffenden Intelligenz, mannigfaltige Übergänge. Politisch-ideologisch hat diese Differenzierung ebenso wie die besonderen Arbeits- und Lebensbedingungen innerhalb der Bevölkerungsschicht Intelligenz mannigfaltige Wirkungen. Aber die Arbeiterklasse umfaßt selbst

7) W. I. Lenin, Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen; in: W. I. Lenin, Die nationale und koloniale nationale Frage, Sammelband, Dietz Verlag, S. 312

8) W. I. Lenin, Der „linke Radikalismus", die Kinderkrankheit im Kommunismus; in Werke, Bd. 31, Dietz Verlag Berlin, 1959, S. 81/82

9) ebenda, S. 26

Die Wahrheit bedeutet uns mehr als das Wohlwollen der Regierung

Das Volk bedeutet uns mehr als die Obrigkeit

Die Demokratie bedeutet uns mehr als der Konformismus

Der Frieden bedeutet uns mehr als die Aufrüstung

Denn: der Wahrheit, dem Volk, der Demokratie und dem Frieden fühlen wir uns verpflichtet.

Deutsche Volkszeitung

Wochenzeitung für Politik, Wirtschaft und Kultur

4 Düsseldorf, Oststraße 154 Postfach 2726

– Probe-Exemplare auf Anforderung kostenlos –

eine stets wachsende Schicht der Intelligenz und muß stets davon ausgehen, darüber hinaus weitere Schichten der Intelligenz als Bündnispartner in den Kampf der Volksmassen gegen den Imperialismus einzubeziehen. Das ist auch die Politik der KPF und der CGT gegenüber den französischen Studenten.

Verhängnisvoll wäre eine Entgegensetzung von Klasse und Partei bzw. ihrer Führer – etwa im Zusammenhang mit der Forderung nach Räten als unmittelbare Organisation der Klasse und der Massen im Gegensatz zu führenden Positionen der Partei. Lenin betonte stets, daß die Partei über die Sowjets ihre führende Rolle durchsetzt und in ihnen unter bestimmten historischen Umständen die Möglichkeit engster Verbindung mit den Massen sieht: „Die Diktatur wird durch das in den Sowjets organisierte Proletariat verwirklicht, dessen Führer die Kommunistische Partei der Bolschewiki ist."[10] Und er schrieb weiter: „Ferner erfolgt selbstverständlich die ganze Arbeit der Partei vermittels der Sowjets, die die werktätigen Massen ohne Unterschied des Berufs vereinigen."[11]

Weder unter den Bedingungen des Kampfes um die Demokratie noch in Stadien der Macht von Räten kann also die Arbeiterklasse auf die führende, organisierende Rolle ihrer Partei verzichten. „Ich wiederhole, die Erfahrungen der siegreichen Diktatur des Proletariats in Rußland haben denen, die nicht zu denken verstehen oder nicht in die Lage kamen, über diese Frage nachzudenken, deutlich gezeigt, daß unbedingte Zentralisation und strengste Disziplin des Proletariats eine der Hauptbedingungen für den Sieg über die Bourgeoisie sind ..., daß die Bolschewiki die für das revolutionäre Proletariat notwendige Disziplin schaffen konnten?"[12]

Gegenwärtig geht es aber in Westdeutschland und in Westberlin nicht um das sozialistische Stadium der Revolution. Dafür fehlen entscheidende subjektive Voraussetzungen. Manche Linke, die dafür Verständnis haben, verteidigen trotzdem die Forderung nach einer Räterepublik, verweisen jedoch darauf, daß diese Forderung als provokative, desintegrierende Losung aufzufassen sei, die durch ein Aufrütteln der Menschen eine zweite Phase, die demokratische Umwälzung, vorbereiten und schließlich in einer dritten Phase zur sozialistischen Revolution führen könne.

Die gesamte Geschichte der revolutionären Klassenkämpfe bis zu den jüngsten Erfahrungen in Frankreich zeigt aber, daß irreale Losungen bzw. Losungen ohne Bezug auf die real möglichen Schritte der revolutionären Bewegung in der allernächsten Zeit nicht bewußtseinsbildend wirken können. Rudi Dutschke, Wolfgang Lefévre und andere haben selbst analysiert, daß die praktische, gegen das herrschende System gerichtete Bewegung z. B. der Westberliner Studenten eben zu dem Zeitpunkt reale bewußtseinsändernde Wirkungen zeigte, zu dem eine Verbindung des Protests gegen den Vietnamkrieg mit praktischen Problemen des Kampfes gegen die rückständige Hochschulordnung die Studenten zum Durchschauen des eigenen Systems führte. Dutschke schrieb z. B.: „Wir sehen, daß in dieser ganzen Auseinandersetzung immer wieder eine Dialektik von Erkenntnissen der Dritten Welt, Erkenntnissen der hochentwickelten kapitalistischen Welt und selbständige eigene Praxis in den Metropolen die Lernprozesse und die Radikalisierung des Bewußtseins und die Radikalisierung der Aktionen ermöglichten."[13]

Das bedeutet aber, daß die vor der außerparlamentarischen bzw. antifaschistisch-demokratischen Opposition stehenden Aufgaben die Orientierung auf die Ausarbeitung und Realisierung konkreter Alternativprogramme demokratisch-struktureller Umwälzungen verlangen, in deren Durchsetzung im Verlauf der Aktionen die Erkenntnisse breiterer Schichten über das staatsmonopolistische System weiter anwachsen und zu ihrer Revolutionierung führen werden. In dieser demokratischen Etappe der Revolution werden die Bedingungen für sozialistische Forderungen auf eine Weise heranreifen, die Sektierertum ausschließen, die Aktionseinheit aller fortschrittlichen Kräfte fördern und immer stärker das Verständnis für die Unüberwindbarkeit der grundlegenden Widersprüche des Kapitalismus in seinem eigenen Rahmen setzen werden.

10) ebenda, S. 32
11) ebenda, S. 34
12) ebenda, S. 8
13) Bergmann, Dutschke, Lefévre, Rabehl, Rebellion der Studenten oder Die neue Opposition, Rowolt 1968

Internationaler Klassenkampf

von Dr. J. H. v. Heiseler

Zu den wesentlichen Grundbeziehungen im weltrevolutionären Prozeß

Eine allgemeine Darstellung der Bedingungen, unter denen sich heute der weltrevolutionäre Prozeß abspielt, muß das Verhältnis der drei Faktoren:

1. Arbeiterbewegung in den industriell entwickelten kapitalistischen Ländern,
2. nationale Befreiungsbewegung in der ‚Dritten Welt',
3. sozialistische Länder zueinander und zum Kapitalismus betrachten. Versucht man die allgemeinen Beziehungen zwischen diesen Faktoren anzugeben, so ergibt sich:

1. Das internationale Kapital monopolisiert die Gewinne aus der Ausbeutung sowohl des Proletariats der entwickelten kapitalistischen Länder wie der Volksmassen der ‚Dritten Welt'. Die Kosten, die durch den Unterdrückungsapparat entstehen, werden auf die unterdrückten Klassen und Völker verteilt. So wird etwa der Vietnam-Krieg durch die Rüstungsinflation in den USA sozialisiert.

2. Die offene gewaltsame Unterdrückung der nationalen Befreiungsbewegung in den unterentwickelt gehaltenen Ländern enthüllt den repressiven Charakter des kapitalistischen Systems und setzt so eine relativ breite antiimperialistische Bewegung in den entwickelten kapitalistischen Ländern, vornehmlich unter der Jugend (auch in traditionell konservativen Organisationen, wie z. B. den Kirchen) frei. Der Kampf, den die unterdrückten Völker aufgenommen haben, hat für die Arbeiterbewegung in den entwickelten kapitalistischen Ländern eine mobilisierende Funktion.

3. Der Kampf der nationalen Befreiungsbewegung ist angewiesen auf die Unterstützung durch die Arbeiterbewegung und antiimperialistische Bewegung in den entwickelten kapitalistischen Ländern. Im Algerienkrieg zeigte sich, daß erst die zweifache Offensive von seiten der FLN und von seiten der antiimperialistischen Bewegung in Frankreich selbst den französischen Imperialismus zur Aufgabe dieser Position zwingen konnte. Die Arbeiterbewegung als Hauptkraft der antiimperialistischen Bewegungen in den entwickelten kapitalistischen Ländern hat also für den Kampf der unterdrückten Völker gegen den gemeinsamen Gegner eine Entlastungs- und Unterstützungsfunktion.

4. Die Existenz sozialistischer Länder trägt auf zweierlei Weise zur Stärkung der Arbeiterbewegung in den entwickelten kapitalistischen Ländern bei:

a) einmal ökonomisch, in Gestalt der Systemkonkurrenz und der verminderten Chancen für eine gleichgewichtige Reproduktion des Kapitalismus,

b) zum anderen gesellschaftspolitisch, indem durch sie der Ewigkeitscharakter des Kapitalismus nachdrücklichst in Frage gestellt wird.[1]

5. a) Für die nationale Befreiungsbewegung erfüllen die sozialistischen Länder ebenfalls diese gesellschaftspolitische Rolle. Die alternative Möglichkeit, die den Völkern der ‚Dritten Welt' durch das Beispiel Nordkoreas, Chinas, Nordvietnams und Kubas vor Augen gestellt wurde, hat der Situation, in der sie sich gegenwärtig noch befinden, die Qualität des Natürlichen, Unaufhebbaren genommen und zugleich Wege zur Veränderung ihrer Lage gezeigt.
b) Dazu kommt die Rolle, die der Besitz eines nuklearen Waffensystems in den Händen der Sowjet-Union spielt. Das internationale Atompatt bedeutet für die Völker der ‚Dritten Welt' einen Schild, unter dem sie ihren Kampf beginnen können. Scharf formuliert hat das die ‚Bewegung der revolutionären Linken'[2] in ihrem Programm: Der Besitz eines nuklearen Waffensystems in den Händen der Sowjet-Union engt die Unterdrücker in der Wahl ihrer Kampfmittel entscheidend ein und sichert das Überleben des siegreichen Sozialismus (Kuba, Nordkorea).

1) Kurt Steinhaus: Zur Theorie des internationalen Klassenkampfes. Frankfurt 1967, Seite 65.
2) Peruanische Guerilla-Bewegung: Movimiento de Izquierda Revolucionaria (MIR). Das Programm findet sich in Latinoamerica unios, Nr. 2.

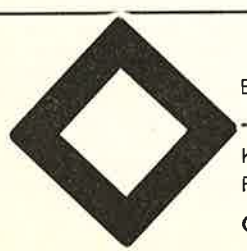
c) Schließlich ist die unmittelbare ideologische, politische und auch materielle Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegung durch die sozialistischen Länder – wie gegenwärtig in Vietnam – zu nennen.

6. Die Arbeiterbewegung und die nationale Befreiungsbewegung stellen andererseits eine entscheidende Entlastung für die sozialistischen Länder dar. Diese Rolle zeigte sich schon in den Solidaritätsaktionen in Großbritannien und Deutschland in den zwanziger Jahren für die junge Sowjet-Union. Auch der Besitz eines nuklearen Waffensystems in den Händen der Sowjet-Union genügt nicht allein, um die sozialistischen Länder vor einer möglichen Aggression restlos zu sichern: Die Arbeiterbewegung in den entwickelten kapitalistischen Ländern und die nationale Befreiungsbewegung in den unterentwickelt gehaltenen Ländern tragen einen entscheidenden Teil dazu bei. Unmöglich wird freilich eine imperialistische Aggression gegen die sozialistischen Länder erst mit dem endgültigen und vollständigen Sieg des Sozialismus.

b) Entsprechen so die Arbeiterbewegung und die nationale Befreiungsbewegung den Sicherheits- und Lebensinteressen der sozialistischen Länder, so wirken sie andererseits auch mobilisierend und aktivierend auf die gesellschaftliche Entwicklung in den sozialistischen Ländern selbst ein. Der von uns oft analysierte Zusammenhang zwischen der scheinbaren Stagnation im Prozeß der sozialistischen Weltrevolution und der Periode des hier als ‚Stalinismus' bezeichneten Opportunismus der Macht in der Sowjet-Union gilt auch umgekehrt: Die Gefahren einer Erstarrung in den sozialistischen Ländern werden umso geringer, je weiter der revolutionäre Prozeß in der noch nicht sozialistischen Welt voranschreitet.

7. Mit der Oktoberrevolution wurde die Verbindung zwischen der Arbeiterbewegung und den antikolonialistischen, antiimperialistischen Bewegungen in den von den entwickelten kapitalistischen Staaten abhängigen Ländern hergestellt: Die nationale Befreiungsbewegung wurde ein Moment innerhalb des Prozesses der sozialistischen Weltrevolution.

Innerhalb der so angegebenen Grundbeziehungen entstehen immer wieder zeitweilige Widersprüche. Welcher Anteil z. B. der in den sozialistischen Ländern zur Verfügung stehenden materiellen Mittel nicht für den industriellen Aufbau und die Festigung der materiellen Basis des Sozialismus im eigenen Lande, sondern für die Unterstützung der revolutionären Prozesse in der noch nicht sozialistischen Welt benutzt wird, ist damit nicht nur eine ökonomische, sondern eine politische Frage. Welcher Teil der Kampfkraft der Arbeiterbewegung in den entwickelten kapitalistischen Ländern nicht zur Verteidigung und Eroberung von Positionen im eigenen Kampffeld, sondern für entlastende Solidaritätsaktionen für die sozialistischen Länder und die nationale Befreiungsbewegung eingesetzt wird, stellt ebenso ein fortdauerndes Problem dar. An diesen Beispielen wird gleichzeitig deutlich, daß es sich hier nicht um einfache Alternativen handelt. Denn die Arbeiterbewegung trägt z. B. auch durch die Eroberung von Positionen im eigenen kapitalistischen Umfeld zur Entlastung der nationalen Befreiungsbewegung und der sozialistischen Länder bei. Diese Widersprüche sind daher im Prozeß, und nur im Prozeß, auflösbar; aufgehoben werden sie erst mit dem endgültigen Sieg des Sozialismus.



Ein Begriff für Studierende **FAHRSCHULE**

Köln · Roonstraße 84
Ruf 23 81 16

HELMIN

Grundgebühr 80,– DM bis 10 Fahrstunden

45 Minuten DM 9,50

Möglichkeiten revolutionären parlamentarischen Kampfes

Von Hans E. Schmitt

Der Funktionswandel des Parlamentarismus – von der ansatzweise realen gesamtgesellschaftlichen Interessenvertretung im bürgerlich revolutionären Moment bis hin zur Maschinerie formaler Legitimation, demagogischer Verschleierung und repressiver Integration – braucht nicht neu aufgerollt zu werden. Auch das Entscheidungsmonopol des exekutivischen Machtzentrums, des Bundeskanzleramts als eines „zivilen Generalstabes" aus geheimdienstlichen und sonstigen Planungsstäben mit direkten Verbindungsstellen zur Industrie, den Ministerialbeiräten der „Sachverständigen" und dem Bundesverband der Deutschen Industrie als prädominantem Gesetzgeber ist bekanntermaßen scharf analysiert: explizit in Agnolis „Transformation der Demokratie", implizit in den Memoiren Adenauers.

Der Gesichtspunkt dieses „Funktionswandels" gibt für die Frage nach der heutigen Möglichkeit revolutionärer parlamentarischer Aktion nicht allzuviel her, denn das klassische, der bürgerlichen Revolution erwachsene Parlament hat es bei uns kaum gegeben. Der macht- und funktionsmäßige Grundtatbestand, aus dem sich die marxistische Position zum parlamentarischen Kampf ableitet, blieb für den uns greifbaren Geschichtsabschnitt im wesentlichen erhalten. Das sofortige Bündnis des verspäteten deutschen Bürgertums mit der junkerlichen Feudalklasse gegen das gleichzeitig entstandene Proletariat, die rasch einsetzende Entwicklung zum Imperialismus und Staatsmonopolismus bedingten von vorneherein parlamentarische Entmachtung. Dies kam beim Alten Reichstag bereits in der verfassungsrechtlichen Schattenexistenz gegenüber dem Fürstenbundesrat zum Ausdruck und beim Weimarer Reichstag in der jederzeitigen Ausputschbarkeit, sei es 1923 im Stinnes-Cuno'schen Inflationsstaatsstreich, sei es 1932 in der Auflösung mit der „Begründung", er könne sonst eine Notverordnung aufheben. Entscheidungen fielen damals wie heute in den industriell-exekutivischen Machtzentren, wobei die Linie nicht nur von Holstein zu Globke, sondern auch von Thyssen und Krupp zu Thyssen und Krupp führt. Abgesehen von der gesteigerten (jedoch auch früher nicht zu unterschätzenden!) Bedeutung der Massenmedien läßt sich der spektakulärste Unterschied zur deutschen parlamentarischen Vergangenheit und zum heutigen Parlamentarismus Italiens oder Frankreichs auf das Fehlen einer geschlossenen linken Kraft reduzieren, die die Gestalt des Parlaments mitprägt. Darf man aber hieraus den Schluß ziehen, der Versuch einer Neubildung dieser Kraft sei illusionär oder falsch?

Lenin an Kijewski (Werke, Bd. 23, S. 16): „Die marxistische Lösung der Frage der Demokratie besteht darin, daß das seinen Klassenkampf führende Proletariat alle demokratischen Einrichtungen und Bestrebungen gegen die Bourgeoisie ausnutzt, um den Sieg des Proletariats über die Bourgeoisie, den Sturz der Bourgeoisie vorzubereiten ... Der Marxismus lehrt: der „Kampf gegen den Opportunismus" in der Form, daß man auf die Ausnutzung der von der Bourgeoisie geschaffenen und von der Bourgeoisie zum Zerrbild gemachten demokratischen Einrichtungen in der gegebenen kapitalistischen Gesellschaft verzichtet, ist gleichbedeutend mit der völligen Kapitulation vor dem Opportunismus."

Lenin in: Der „linke Radikalismus", die Kinderkrankheit im Kommunismus: „Für die Kommunisten in Deutschland ist der Parlamentarismus natürlich „politisch erledigt", es kommt gerade darauf an, daß wir das, was für uns erledigt ist, nicht als erledigt für die Klasse, nicht als erledigt für die Massen betrachten. Gerade hier sehen wir wiederum, daß die „Linken" nicht zu urteilen verstehen, daß sie nicht als Partei der Massen, nicht als Partei der Klasse zu handeln verstehen. Ihr seid verpflichtet, nicht auf das Niveau der Massen, nicht auf das Niveau der rückständigen Schichten der

Klasse hinabzusinken. Das ist unbestreitbar. Ihr seid verpflichtet, ihre bürgerlich demokratischen und parlamentarischen Vorurteile beim richtigen Namen zu nennen. Aber zugleich seid ihr verpflichtet, den tatsächlichen Bewußtseins- und Reifegrad eben der ganzen Klasse (und nicht nur ihrer kommunistischen Avantgarde), eben der ganzen werktätigen Masse (und nicht nur ihrer fortgeschrittensten Vertreter) nüchtern zu prüfen."

I.

In diesem Zusammenhang wird die Frage aufgeworfen, ob parlamentarische Aktion nicht hinter eine bereits erreichte antiparlamentarische Desillusionierung und Forderung nach „direkter Demokratie" zurückfällt. Die tägliche Erfahrung und die Tatsache, daß der repräsentative Parlamentarismus nach dem Kriege zum integrierenden Zugeständnis an demokratische Bedürfnisse und Ersatz für überfällige soziale Veränderungen werden konnte, spricht dagegen. Nach einer Umfrage in fünf westlichen Industrieländern – darunter der Bundesrepublik – lehnten 10 % der Bevölkerung die Institution des Parlaments ab, 90 % bejahten sie. Von diesen trat etwa die Hälfte für einen „konfliktfreien" Parlamentarismus ein, für die Besetzung des Parlaments mit einer Art oligarchischer Autorität. Die meisten bewegten sich in der Scheindialektik von ‚guten' Gesetzen und ‚schlechten' Gesetzen, von ‚gut' arbeitenden und ‚schlecht' arbeitenden Abgeordneten und begegneten dem Vorschlag, das Parlament abzuschaffen, mit größtem Mißtrauen (s. hierzu: Gabriel Almond und Sidney Verba, Civic Culture, Princeton 1963, S. 117 ff.). Der Einwand, 35 % fühlten sich im Parlament nicht ausreichend vertreten (s. Feuersenger, Gibt es noch ein Proletariat?, S. 18), ist nicht stichhaltig, da gerade diese Haltung Grundlage des besonders intensiven traditionellen Parlamentarismus ist, wie ihn jeder SPD-Wähler vertritt.

Man muß diese breiten Schichten im Sinne des Leninzitats zunächst so nehmen – wenn auch nicht hinnehmen – wie sie sind, nur dann kann man sie verändern. Das heißt, man muß a u c h auf der parlamentarischen Ebene ansetzen, insbesondere weil bei der heutigen ideologischen Vielschichtigkeit der Arbeiterklasse die unmittelbar einheitliche Plattform sehr stark in dem Bereich liegt, in dem traditionell bürgerlich-parlamentarischer Kampf stattfindet oder doch erwartet wird. Dieser kann deshalb sogar zu einem Hebel werden, um auf einer gewissen unteren Entwicklungsstufe die Geschlossenheit der Arbeiterklasse selbst zu festigen.

Angesichts des tatsächlich gegebenen bürgerlich-demokratischen – also ideologischen – Demokratiedenkens der Massen läßt sich der Vorwurf, parlamentarische Arbeit der Linken bestärke den Illusionismus, gegen seine Urheber kehren: Wahl- und Parlamentsboykott, antiparlamentarische Happening-Beteiligung und andere Formen unbestimmter Negation verlagern die Kampffront, die die faschistoide Zentralmacht vor die scheindemokratische Fassade legt, nicht wieder zwischen diese und das imperialistische Machtzentrum und kehren das Verhältnis zwischen Schein und Realität nicht um. Ihre Fürsprecher lehnen die bürgerliche Demokratie und ihre Formen ab, als ob diese wirklich noch die höchste Macht und Entscheidungsebene der herrschenden Klasse bildeten. Sie akzeptieren sie dadurch als solche, wie das auch – von einem anderen Ausgangspunkt her – breite Teile der im illusionären Demokratiedenken befangenen Massen tun. Solche „Sozialisten" tun gerade das, was mit der Aufrichtung der Fassade bezweckt ist: sie verstärken den Eindruck, daß der Schein Wirklichkeit sei. Sie berennen die täuschende Fassade, die ihnen die tatsächliche Gegenmacht vorhält, anstatt mit allen Mitteln – außerparlamentarischen und parlamentarischen – diese Gegenmacht unmittelbar selbst zu treffen. Und sie helfen angesichts der Donquichotterie eines solchen Unternehmens mit, die gleiche Resignation als Bestandteil des Masseneffekts zu verstärken, die sie sonst so beklagen.

Parlamentarische Aktion ist natürlich nur sinnvoll in der Absicht, die Fassade zu zerstören, den demokratischen Anspruch mit der undemokratischen Wirklichkeit zu konfrontieren, den entpolitisierenden Mechanismus der scheinbaren Volksvertretung für die herrschende Klasse unbrauchbar zu machen. Sie entlarvt die vorsätzlich auf bürgerlich-demokratische Illusionen bezogenen Scheinalternativen, macht die eigentlich lebenswichtigen Fragen unüberhörbar, zerreißt parlamentari-

Anzeige

Für eine neue Politik und für eine wählbare Alternative

Wir stehen am Anfang einer neuen Ära des Kampfes um die Erhaltung des Friedens und die demokratische Erneuerung dieses Staates. Künftig geht es um die Durchsetzung des von den etablierten Parteien verratenen Verfassungsauftrags, eine demokratische und soziale Republik zu schaffen, in der alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht.

Wir eröffnen den Kampf
für die Unversehrtheit der Grundrechte, für die Abschaffung jeglicher staatlicher Zwangsverpflichtungen,
für die Wiederherstellung des Rechts auf Freizügigkeit,
für das Recht auf Arbeit und freie Berufswahl,
für Meinungs- und Informationsfreiheit, gegen Kriegs- und Volksverhetzung,
für das Demonstrationsrecht und das Recht der ungeschmälerten politischen Betätigung demokratischer Organisationen,
für die Wiederherstellung der legitimen politischen Rechte der Sozialistischen und Arbeiterbewegung,
für die Umwandlung des Parlaments in ein Organ der Volksvertretung,
für die Mitbestimmung der arbeitenden Bevölkerung und der studierenden Jugend, gegen Mißbrauch wirtschaftlicher, publizistischer und staatlicher Macht,
für die Demokratisierung der Gesellschaft.

Die Notstandsgesetze sind Ausdruck einer Politik, die sich mit dem ständigen Versuch, den territorialen status quo in Europa zu ändern, seit langem übernommen hat, und wenn sie nicht bald beendet wird, nichts anderes einbringt als Notstand, Neofaschismus und Kriegsgefahr.

Darum eröffnen wir den Kampf
für eine grundlegende Neuorientierung der westdeutschen Politik;
für die Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems, das die Unversehrtheit aller europäischen Staaten voraussetzt und künftig gewährleistet;
für die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze;
für die Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik;
für die Senkung der Rüstungskosten;
für die Einstellung jedes Versuches, in die Verfügung und den Besitz von atomaren Waffen zu gelangen;
für die Einstellung der Unterstützung des amerikanischen Krieges in Vietnam und die Unterstützung des Freiheitskampfes aller unterdrückten Völker.

Wir sehen in dem im Kampf gegen die Notstandsgesetze entstandenen Bündnis der demokratischen Kräfte unserer Bevölkerung und ihrem weiteren Wachstum die entscheidende Voraussetzung für eine Wendung der westdeutschen Politik. Im Blick auf die Bundestagswahl im Jahr 1969 rufen wir zur Bildung einer wählbaren Alternative auf. Wir halten es für unerläßlich, daß die außerparlamentarische Opposition ihren Kampf um die Demokratisierung und Neuorientierung der westdeutschen Politik auch in diesen Bundestag hineinträgt.

Auszug aus einer Erklärung des Offenen Forum der Deutschen Friedens-Union am 9. Juni 1968 in Dortmund

.....

Ich bitte um den vollständigen Text der Erklärung und um weitere Informationen

.....

Vorname Name Beruf

(.....) .....

Postleitzahl Wohnort, Straße

Bitte einsenden an: Bundesvorstand der Deutschen Friedens-Union, 5 Köln-Ehrenfeld, Venloer Straße 383, oder Landesvorstand der Deutschen Friedens-Union, 43 Essen, Rüttenscheider Straße 127.

sche „Verschleierungszusammenhänge" und bringt eben dadurch den Massen zum Bewußtsein, wo nach wie vor ihre eigentliche Stärkeposition liegt: in der außerparlamentarischen Aktion und Organisation.

An Beispielen besteht kein Mangel. August Bebel startete aus Anlaß der „Umsturzvorlage" 1894 mit seiner kleinen Fraktion eine konzertierte Aktion anklagender Plenarreden, unnachgiebiger Verzögerung durch Pseudojurismen und „sachverständige" Materialhuberei im Ausschuß sowie eindrucksvoller Massenversammlungen im ganzen Reich und brachte die Vorlage zu Fall. Im übrigen hatte gerade die durch die Reichstagszugehörigkeit gegebene Autorität „ihres" Bebel damals vielen dem kleinbürgerlichen Untertanendenken verhafteten Arbeitern den Anstoß und Mut zu einer proletarischen Gesinnung vermittelt, welche solcher Stützen des Bewußtseins sehr bald nicht mehr bedurfte. Das von der sozialchauvinistischen Welle zunächst völlig überrollte mutige Auftreten Karl Liebknechts nach dem 4. August 1914 im Reichstag wurde bis 1916 zum Fanal der antimilitaristischen linken Sammlung. Daß endlich die Arbeit der KPD-Fraktionen in hohem Maße zur Bewegung gegen den Wehrbeitrag, der größten Nachkriegsprotestbewegung, beitrug und auch das Dehler-Heinemann'sche „Treten Sie zurück, Herr Adenauer!" 1958 eine politisierende Unruhe auslöste, steht außer Zweifel.

„Obwohl die KPD-Fraktion bis zum Inkrafttreten der abgeänderten Geschäftsordnung fast ebenso viele Initiativen einbrachte wie die Unionsparteien, erstrebte diese weit weniger die sachliche Verbesserung der Gesetzgebungsarbeit als die propagandistische Einwirkung auf die nichtparlamentarische Öffentlichkeit; deren mangelndes Unterscheidungsvermögen für das, was im Rahmen eines kooperativen Wechselspiels von Koalition und Opposition sachlich begründet und innerhalb einer bereits verfestigten politischen Konstellation noch realisierbar ist, machte sie sich endlich in einem Ausmaße zunutze, daß in keinem Verhältnis zu ihrer bescheidenen Fraktionsstärke von 15 Abgeordneten stand. Indirekt löste sie in den Mitgliedsorganisationen der eigentlichen Oppositionspartei (der SPD, Anm. d. Verf.) Auseinandersetzungen aus, die nicht selten hinter bereits abgeschlossene Meinungsbildungsprozesse zurückführten und die Grundintention bestimmter Vorlagen noch einmal in Frage stellten." (Kralewski und Neunreither, Oppositionelles Verhalten im 1. deutschen Bundestag, Köln 1963, S. 71; vgl. auch Hans Kluth, Die KPD in der Bundesrepublik, Köln und Opladen 1959, S. 38).

MARXISTISCHE BLÄTTER

Für Probleme der Gesellschaft, Wirtschaft und Politik
Zweimonatszeitschrift (Heft DM 2,–, Jahresabonnement und Porto DM 13,80).

Nr. 3	Geschichte und Fortschritt	lieferbar
Nr. 4	Arbeiter im Betrieb	lieferbar
Nr. 5	Autoritäre Herrschaftsstrukturen – Demokratische Alternativen	September 1968
Nr. 6	Bildung und wissenschaftlich-technische Revolution	November 1968

Anfragen, Bestellungen, Probehefte:
Marxistische Blätter – 6 Frankfurt/Main W 13 – Kurfürstenstraße 8 (K)

Die Jugenddemonstrationen, wie sie in jüngster Zeit in Bremen, Köln, Berlin, Frankfurt, München und anderswo stattgefunden haben, wurden durch die Massenmedien zumeist absichtsvoll verzerrt, damit ihre Ursache, die antisoziale Politik der Großen Koalition, aus dem Bewußtsein der Öffentlichkeit verdrängt werde und Vorwände für eine Verfolgung der „aktiven Minderheit" sich schaffen ließen. Welchen Erfolg könnte es für die Protestbewegung bedeuten, wenn nur ein einziger Abgeordneter das Panorama der Scheinheiligkeit und Lüge der letzten Bundestagsdebatten durchbrochen und zu weiteren Demonstrationen aufgerufen hätte! Ebenso wirkungsvoll kann eine parlamentarische Aktion für einen Streik, zur Aufdeckung des wahren Inhalts von Gesetzentwürfen und zur Veröffentlichung nichtöffentlicher Ausschußberatungen sein. Als ein Teil der außerparlamentarischen Bewegung, die sie nicht ersetzen können, helfen solche parlamentarischen Aktionen propagandistisch, die staatsoffizielle Taktik des Totschweigens und Verleumdens zu durchbrechen. Nicht zu unterschätzen sind schließlich die Möglichkeiten sozialistischer Landtags- und Kommunalabgeordneter, die Verbindung der im sozialen Abbau oder den Mißständen des Schulwesens sich niederschlagenden finanziellen Abwürgung der Gemeinden und Länder zur Notstands-, Rüstungs- und US-Kriegsunterstützungspolitik der Bundesregierung eindeutig aufzuzeigen. Darüber hinaus kann die Teilnahme sozialistischer Abgeordneter an außerparlamentarischen Aktionen die Wirksamkeit dieser Form der praktizierten Demokratie erhöhen.

Internationale Presse am Funkhaus

Internationales Sortiment an Zeitungen, Zeitschriften und Magazinen Deutsche und ausländische Taschenbücher

political POSTERS - POSTERS international

Doris Vierkötter, 5 Köln, Wallrafplatz 7, Tel. 232171

Wahlalternative 1969 – Über die Konzeption des Gießener Kreises

In Gießen haben seit einiger Zeit Professoren der Antinotstandsbewegung, Betriebsräte, Studenten und Vertreter anderer sozialer Gruppen diskutiert, ob man den etablierten Parteien das Wahlkampffeld alleine überlassen könne oder ob die APO versuchen sollte, mit einer konkreten politischen Alternative die politische Bewegung auszuweiten und in den Wahlkampf 1969 konkret einzugreifen. Gunnar Matthiessen (SDS-Köln) hat von Anfang an daran teilgenommen. Sein Bericht versucht, die Haltung des Gießener Kreises im Kern wiederzugeben.

Die Redaktion

In der letzten Phase des Kampfes gegen die Notstandsgesetze sind qualitative Fortschritte erzielt worden, die die abstrakt juristische Argumentation, die am Beginn der Bewegung ihre Berechtigung hatte, auf die gesamte Klassenproblematik der Bundesrepublik ausgeweitet haben. Mit der Frage nach den Ursachen für eine formal verfassungsrechtlich drohende Diktaturgewalt hat sich immer stärker die Einsicht von der machtpolitischen Polarisierung zwischen dem Monopolkapital und seinen staatlichen Kommandozentralen auf der einen Seite und den demokratischen und sozialistischen Kräften der Arbeiterschaft, aber auch anderer unmittelbar durch die Machtpolitik betroffener sozialer Gruppen wie den Bauern, dem Mittelstand, der Intelligenz etc. auf der anderen Seite durchgesetzt. Mit diesem wachsenden Selbstbewußtsein der eigenen spezifischen Klassenposition in dieser Gesellschaft sind auch die selbständigen Initiativen gewachsen. Grenzen sind diesen Ansätzen zur Zeit noch durch die Konzentration auf den einen Punkt Notstandsgesetze gezogen, der die positive Formulierung des demokratischen Kampfes zwar beinhaltet, aber nicht ausdrücklich bewußt macht. Die weiteren Aktionen der demokratischen und sozialistischen Opposition in der BRD müssen sich daher von den Zielen leiten lassen, die Stabilisierung, Fortsetzung und Ausweitung der Widerstandsaktionen, hinter denen das Verlangen erkennbar wurde, die reale Macht der Monopole, der staatlichen Bürokratie und des Militärs weiter zurückzudrängen, durch ein gesamtgesellschaftliches Programm zu erreichen. Allein auf dieser Grundlage der positiv formulierten Interessenvertretung kann eine Stärkung des politischen Selbstbewußtseins und der aus ihm folgenden Eigeninitiative besonders der Arbeiter erreicht werden. Eine fortgesetzte Fixierung auf die Ablehnung einzelner Versuche der Herrschenden, die demokratische Substanz weiter auszuhöhlen, muß die Einsicht in die notwendige politische Selbständigkeit gegenüber den herrschenden politischen Instanzen zurückdrängen oder gar verhindern. Der Kampf um Demokratie muß über verfassungsrechtliche Fragen hinaus als Kampf für gesellschaftspolitische Machtpositionen besonders der Arbeiterschaft ausgewiesen werden. Dies kann nicht erreicht werden, wenn der nicht näher definierte und nur in willkürlichen Einzelaktionen geführte Widerstandskampf als Fortsetzung der Notstandsopposition propagiert wird. Ebenso ungeeignet ist die theoretische Vorstellung, die Entlarvung des Parlamentarismus ließe sich abstrakt führen. Gerade am konkreten Beispiel der Verabschiedung der Notstandsgesetze, die eine Verhöhnung der demokratischen Opposition ist, wurde vielen die Entfremdung des Parlaments zu den politischen Interessen der Bevölkerung bewußt. Erst auf der Grundlage der konkreten Entlarvung, d. h. an dem Nachweis, daß die etablierten Parteien nicht gewillt sind, das gesellschaftliche Programm der APO ernst zu nehmen, wird eine wachsende Desillusionierung als Voraussetzung für gesteigerte Selbsttätigkeit erreicht sein.

Das Wahlbündnis für die Bundestagswahl 1969 wird in diesem Rahmen immer stärker die Bedeutung erhalten, den gesamtpolitischen Zusammenhang der einzelnen offensiven Forderungen nach Mitbestimmung, nach Abrüstung, nach Demokratisierung der einzelnen gesellschaftlichen Institutionen zur Diskussion zu stellen und den umfassenderen Willen zur Veränderung der ökonomischen und politischen Machtverhältnisse zum Ausdruck zu bringen.

Um einen notwendigen qualitativen Fortschritt in der politischen Argumentation zu erzielen, kann sich das Wahlbündnis nicht auf einzelne voneinander isolierte Forderungen stützen. Dieser Fortschritt kann nur erzielt werden, indem die Klassenproblematik in der BRD bewußt gemacht wird. Das ist eine Voraussetzung auch für den weiteren Ausbau der außerparlamentarischen Opposition und der Eigeninitiative der Arbeiterschaft im Bündnis mit Schichten des Mittelstandes, der Intelligenz, der Bauern und anderer sozialer Gruppen.

Die Analyse der politischen Wirklichkeit in der Bundesrepublik muß besonders der Arbeiterschaft zeigen, daß die selbständige politische Interessenvertretung notwendig ist, die sozialen Forderungen gegen das Monopolkapital durchzusetzen, statt sich wie bisher auf die Vertretung durch das Parlament zu verlassen. Ein Fortschritt in der demokratischen Bewegung wird sich nur erzielen lassen, wenn diese Stärkung des Selbstbewußtseins gelingt. Darin liegt die zweite Aufgabe und Möglichkeit des Wahlbündnisses begründet. Es kann nicht auf gemeinsame Appelle einzelner Personen oder Gruppen eingeschränkt werden, die unter sich einen gemeinsamen Kompromiß erzielen und ihn begründungslos und differenzlos zwischen Liberalen, Sozialisten, Kommunisten, Christen und Radikaldemokraten vertreten. An die Stelle des Gruppenprinzips muß sich das der direkten sozialen Vertretung setzen. An die Stelle der formalen Wahlalternative durch Personen muß die direkte selbständige Vertretung von Arbeitern usw. treten. Das kann nicht stellvertretend von anderen sozialen oder politischen Gruppen geleistet werden oder gar auf Personen der Intelligenz beschränkt bleiben. Zur organisatorisch notwendigen Bedingung wird damit der Versuch, eigene Arbeiterkommissionen zu schaffen, die unabhängig von Kreisen bestehend aus Pfarrern, Ärzten und Studenten ihr eigenes politisches Selbstbewußtsein akzentuieren und Vorschläge zur Wahl unterbreiten, wie es bereits in Ansätzen in der Widerstandsbewegung gegen die Notstandsgesetze sichtbar wurde. Ein Wahlkartell kann in seinen endgültigen Formen nur ein Bündnis dieser sich im Verlauf der politischen Diskussion und Organisation aufeinander sich zu entwickelnden Initiativgruppen sein und nicht die Repräsentanz führender Personen aus verschiedenen Gruppierungen. Entsprechend der Struktur unserer Gesellschaft, in der sich der gesamte frontale Angriff des herrschenden Monopolkapitals gegen ihren unmittelbaren Gegner, die Arbeiterschaft, richtet, muß eben sie die bedeutendste und führende Kraft im Bündnis werden. Eine Wahlalternative, in dem das Interessenprogramm der Arbeiterschaft nur den Schwanz eines liberalen, nicht streng gegen die führende politische und ökonomische Machtgruppe des Monopolkapitals geführten Bündnisses bildet, verfehlt ihren Sinn und ist langfristig zur Ineffektivität verurteilt. Trotz des gemeinsamen Programms für die Bundestagswahl 1969 muß innerhalb dieses Bündnisses sichtbar werden, daß sich verschiedene soziale und politische Gruppen ohne Aufgabe ihrer spezifischen Interessenlage und unter verschiedenen Begründungen zusammengeschlossen haben mit dem Ziel, gemeinsam die demokratische Erneuerung gegen die Übermacht der ökonomisch und politisch herrschenden Klasse durchzusetzen.

Damit wird als dritte Aufgabe dieses Bündnisses ihre langfristige Strategie erkennbar, die sich von vornherein nicht auf den Wahlakt fixieren läßt. Nicht die Aufforderung zur Wahl bzw. zum politisch richtigen Wahlakt ist entscheidend, sondern die Aufforderung auch im Rahmen des Wahlkampfes selber initiativ zu werden in dem gewonnenen Selbstbewußtsein, daß in einer formalen Demokratie auf Klassenbasis gerade die Arbeiterschaft ihre Interessenvertretung delegieren kann an Parteien, die sich längst zum Instrument der herrschenden Klassen erniedrigt haben. Die Erfahrungen aus dem Kampf gegen die Notstandsgesetze vermitteln die Erkenntnis, daß die parlamentarischen Parteien und das Parlament nicht einmal mehr im Ansatz die Belange des Volkes berücksichtigen. Auch die Abgeordneten der SPD, die gegen die Gesetze votiert haben, sind niemals bis zur Position der völligen Ablehnung vorgestoßen und haben nicht gewagt, ihre Parteiführung ernsthaft an-

zugreifen mit der Absicht, eine politische Willensänderung in der SPD durchzusetzen. Immer deutlicher hat sich das Parlament als Vorfeld erwiesen, in dem jene scheindemokratische Praxis geübt wird, den eigentlichen Herrschaftsmechanismus des Staates und die bürokratische Machtausübung der Ministerien zu verschleiern. Die Erweiterung der Argumentation von Anfang an gegen die ökonomische und politische Machtballung in Händen des Kapitals und die aus ihr abgeleitete Notwendigkeit, den Kampf für die Zurückdrängung dieser Machtkonzentration zugunsten der demokratischen Erneuerung zu führen, verhindert die Illusion, mit dem Wahlkampf selbst und einem möglichen Erfolg seien die innerpolitischen Widersprüche bereits gelöst. Die Einführung der Klassenproblematik in den Argumentationszusammenhang zwingt zur Einsicht in eine langfristige Auseinandersetzung zwischen den demokratischen und sozialistischen Kräften und den herrschenden Kreisen, die auf eine perfekte Faschisierung der Gesellschaft drängen. Der Kampf für eine parlamentarische Vertretung der verschiedenen gesellschaftlichen Interessen ist nur ein für die Fortführung und Erweiterung der außerparlamentarischen Opposition wichtiger Bestandteil unseres gesamten Kampfes für die Demokratisierung der Gesellschaft. Die Wahlkampagne muß zum Motor werden, immer weiteren Kreisen der Bevölkerung bewußt zu machen, daß in den demokratischen Institutionen der BRD schon längst eine totale Interessenentfremdung zur Bevölkerung eingetreten ist. In der ersten Phase hat die Wahlkampagne die Aufgabe, die außerparlamentarische Opposition wesentlich zu stärken und immer breitere Massen besonders der Arbeiter zum offenen Protest zu aktivieren. Die parlamentarische Vertretung kann nur der verlängerte Arm und die Spitze dieser außerparlamentarischen Opposition sein und in lebendiger Wechselbeziehung zu ihr auch das Parlament zur Bühne der Agitation für die demokratische Erneuerung umgestalten.

Ihre Aufgabe ist es, durch ständige Konfrontationen mit der Regierungspolitik und durch ständiges, kompromißlos formuliertes Mißtrauen gegen die antidemokratische Praxis des Parlaments in immer weiteren Kreisen den Glauben zu erschüttern, daß das Parlament noch eine tatsächliche Bühne der demokratischen Entscheidungen ist, solange das Volk nicht bereit ist, selbständig seinen politischen Willen zu formulieren und seine Verwirklichung vom Parlament demonstrativ zu verlangen. Von der parlamentarischen Bühne her hat die Vertretung eines Teils des außerparlamentarischen Bündnisses, nämlich des parteipolitisch nicht gebundenen, in Rückwirkung einem größeren Teil besonders der Arbeiterschaft die Notwendigkeit der selbständigen Interessenvertretung deutlich zu machen. Hierdurch erst kann auch erreicht werden, daß ein Teil der Sozialdemokratischen Partei im Parlament die Interessen der immer massiver außerparlamentarisch aktiv gewordenen Mitglieder und Funktionäre der SPD formuliert und tatsächlich politische Alternativen auch innerhalb dieser Partei herausbildet und parlamentarisch sichtbar macht. Dieses Ziel allein durch innerparteiliche Diskussion zu erreichen, ist Illusion. Sinnvoll kann eine parlamentarische Vertretung nur wirksam werden, wenn sie sich nicht von der außerparlamentarischen Opposition entfremdet, sondern diese ständig auch in den parlamentarischen Prozeß eingreift und die einzelnen politischen Entscheidungen erst außerparlamentarisch fällt. Auch darin läge ein qualitativer Fortschritt, indem man so weiteren Teilen der Bevölkerung ein tatsächlich durch direkten Einfluß funktionierendes System parlamentarischer Entscheidungen und Kontrollen modellhaft vorführte und die tiefe Kluft dadurch aufzeigte zur heute praktizierten parlamentarischen Entscheidung, die sich längst ihrem eigenen Sinn entfremdet hat.

In Gießen haben sich Betriebsräte, Gewerkschaftsfunktionäre, Bauern, Professoren, Studenten, Sozialisten, Kommunisten, Liberale und Christen zusammengesetzt, diese politischen Voraussetzungen der weiteren politischen Aktion nach der Verabschiedung der Notstandsgesetze im Hinblick auf das Wahljahr 1969 zu diskutieren. Sie selbst verstehen ihre Initiativen nicht als Präjudizierung dieser von ihnen gewünschten selbständigen Wahlinitiativen, sondern als den notwendigen Versuch, zur Diskussion über die organisatorischen und politischen Implikationen einer zukünftigen Wahlkampagne aufzufordern und zu ersten Schritten zu ermuntern.

Wenn allerdings nicht wie bislang der Wahlkampf an die Parteibüros gefesselt sein soll, noch dieser Wahlkampf zur Angelegenheit verschiedener Gruppen formalisiert werden soll, dann ist jetzt die verstärkte politische und organisatorische Initiative notwendig, in Verbindung mit den führenden politischen Initiatoren der einzelnen Städte zu diskutieren, welche organisatorischen Schritte notwendig werden, um überhaupt zu solchen Initiativen aus den Betrieben Anstoß zu geben. Die Erfahrung zeigt, daß Aufrufe, sei es von Schriftstellern, Betriebsräten, Professoren oder Gewerkschaftern, nur einen beschränkten Erfolg in der Freisetzung von Initiativen verzeichnen konnten. Wenn die ersten Impulse nicht mit Hilfe zentraler Organisation vorbereitet werden, wird es zu einer politisch nicht gewollten Ansammlung eines Teils der bislang politisch ohnehin Aktiven kommen, die sich quer durch den sozialen und politischen Interessenzusammenhang in einzelnen Städten zusammenfinden, um den Wahlkampf zu diskutieren und vorzubereiten.

Diese übliche Zusammensetzung von Pfarrern, Studenten, wissenschaftlichen Assistenten und hier und dort Arbeitern muß die Wahlkampagne zu jener formalen Aktion verkürzen, die nach Überzeugung des Gießener Kreises nicht gewollt werden kann. Wenn als primäre Aufgabe des Wahlkampfes verstanden wurde, den verschiedenen sozialen Gruppen am Beispiel der Entfremdung der Parteien und des Parlaments vom Volk, die Notwendigkeit bewußt zu machen, ihre Interessen selbständig vertreten zu müssen, dann muß die erste Phase des Wahlkampfes als Voraussetzung weiterer gesteigerter außerparlamentarischer Opposition auch die Bildung von Arbeiterkommissionen, Bauerngruppen usw. sein, die erst in einer späteren Phase die Zusammenarbeit mit den anderen Gruppen zu diskutieren hätten. Eine voreilige Verwischung der unterschiedlichen Positionen muß auch die Verständlichkeit der politischen Ziele für den jeweiligen Adressaten wesentlich verschlechtern. Es müssen sich also regional und örtlich kleine Gremien bereit finden, diese politischen und organisatorischen Voraussetzungen zu diskutieren und die entsprechenden Schritte einleiten. Ein völliger Verzicht auf erste zentrale Hilfsmaßnahmen unter der falschen Hoffnung auf spontane Reaktionen in Betrieben muß zwangsläufig zur Folge haben, daß langfristig nichts geschieht und daß es letzten Endes wieder nur zur Flublattverteilung und Agitation anderer politischer Gruppen etc. kommt. Notwendig aber ist, daß Arbeiter selbst ihre Kollegen in den Betrieben zu gemeinsamen Diskussionen nach Feierabend auffordern und frühzeitig Wahlkommissionen in einzelnen Betrieben, Vororten und Städten gründen. Wenn diese Ansatzpunkte gewonnen sind, ist es notwendig, den Wahlkampf wie die gesamte außerparlamentarische Opposition zu koordinieren, um den Kampf gegen die geballte Macht der Monopole gemeinsam zu führen.

-gm-

Aus meinem Sonderangebot

KARL LIEBKNECHT
Gesammelte Reden und Schriften
7 Bde., zus. über 3800 Seiten, 33 Bilder u. Faks., Kldr., statt 52,50 **nur** 29,50 DM

CLARA ZETKIN
Ausgewählte Reden und Schriften
3 Bde., zus. 2240 Seiten, 33 Bilder u. Faks., Kldr., statt 25,50 **nur** 15,50 DM

PROSPER LISSAGARAY
Geschichte der Kommune von 1871
470 Seiten, Kldr. **nur** 4,80 DM

MARX/ENGELS
Über Religion – Sammelband –
360 Seiten, Kldr. **nur** 3,60 DM

Weitere Sonderangebote in meinen laufend erscheinenden Bücherlisten **„Bücher aus Ost und West"**, die auf Anforderung unverbindlich zugesandt werden.

HUBERT FREISTÜHLER
Versandbuchhandlung – Antiquariat
5840 SCHWERTE 1, Postf. 124/1

Zu einigen Ursachen der Schwankungen in der theoretischen Bewegung im SDS

Überlegungen über die Ursachen der theoretischen Varianten bewegen sich notwendig auf einer verhältnismäßig hohen Ebene der Abstraktion. Wir halten es deshalb für nötig, an dieser Stelle Begriffe zu verwenden, die einen hohen Allgemeinheitsgrad aufweisen und die daher im Verband oft als ‚Etiketten' mißverstanden werden. Gleichwohl haben Begriffe wie ‚anarchistisch' – wie Erich Eisner gezeigt hat: in „Gegen die Bürger im Marxpelz", FAZIT-Reihe – eine genaue historische Bedeutung und ihre Funktion erschöpft sich nicht in der schablonenmäßigen Zuordnung. Das etwaige Mißfallen der Genossen, die der Diskussion nur bis zu einem ihnen genehmen Allgemeinheitsgrad praktische Relevanz zubilligen und daher die Forderung aufstellen, nur die immanente Stellungnahme sei zulässig, nehme ich in Kauf. Überlegungen über die Ursachen der theoretischen Schwankungen im SDS sind notwendig, will man den Rahmen und den Stellenwert der theoretischen Auseinandersetzung im Verband erkennen. Einer der Gründe für das Auftreten anarchistischer (anarcho-syndikalistischer, ‚antiautoritärer') und ebenso reformistischer (sozialdemokratischer, ‚akademischer') Varianten in dem Prozeß der theoretischen Bewegung ist das Wachstum der wirklichen Bewegung selbst. Die schnelle ‚Radikalisierung' breiter Gruppen ist unvermeidlich verbunden mit dem Auftauchen ‚alter' Fehler.[1]) Diese Fehler bestehen ja darin, daß man „die Gesamtbewegung einem ihrer Momente unterordnet" [2]). Es stoßen also Gruppen zu der Bewegung, die von e i n e r Seite her in Widerspruch zu der herrschenden Ordnung geraten sind und sich daher vereinzelte Forderungen des Sozialismus zu eigen gemacht haben. Von diesen richtigen, aber vereinzelten Einsichten ausgehend, beginnen sie mit der ‚wissenschaftlichen' Konstruktion eines Systems, daß sie dann für ‚den Sozialismus' ausgeben. Von dorther ist erklärlich, daß vor allem junge Genossen im Verband gerade da wirklich sozialistisch sind, wo sie selbst ihre Thesen und ihre Praxis für banal halten, während sie da, wo sie glauben, besonders revolutionär zu sein, besonders tief mit den Überbleibseln bürgerlicher Ideologie verbunden sind.

Marx hat solche Strömungen als Ideologie der ‚Deklassierten' bezeichnet, und das war für ihn kein Schimpfwort, sondern ein soziologischer Begriff [3]), mit dem er die Gruppierungen bezeichnete, die in einen tiefgreifenden Widerspruch zu ihrer Herkunftsklasse gerieten und aus ihr herausgestoßen (oder wie man vor einiger Zeit im SDS sagte: ‚herauskatapultiert', wurden. Die ‚Deklassierung' ist also ein Teilprozeß des Proletarisierungsvorgangs. Der Deklassierte gerät nun zwar von sich aus in einzelnen Punkten auch ideologisch in Widerspruch zur herrschenden Klasse und ihrer, der herrschenden Ideologie, aber der Übergang zu einem proletarischen und erst recht zu einem sozialistischen Klassenstandpunkt ist für ihn ein bewußt zu vollziehender Schritt. Ebenso wie die Angehörigen der Arbeiterklasse von sich aus, spontan nur zu trade-unionistischen Vorstellungen und zu trade-unionistischer Politik gelangen [4]), so gelangen die Deklassierten spontan nur zu anarchistischer bzw. reformistischer Theorie und Praxis.

Vom Prozeß der Deklassierung können aber nicht nur einzelne Gruppierungen betroffen werden, ganze Schichten können in diesem Sinne deklassiert werden. Die Verwandlung des größten Teils der Intelligenz in eine besondere Schicht der Lohnarbeiter, die der betroffenen Schicht erst historisch verspätet in großem Maßstab bewußt wird, ist ein Beispiel dafür, wie in der Entwicklung des Klassenkampfs zugleich neue Potenzen für die Arbeiterbewegung frei gesetzt werden, diese sich verbreitert und andererseits bürgerliche Verhaltensweisen und Theorien in sie hineingezogen werden. Daher ist organisierte theoretische und praktische Schulung ein unlösbarer Bestandteil sozialistischer Politik. Jede Verbreiterung der sozialistischen Bewegung setzt b e i d e s voraus; die Entfaltung der objektiven Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft und das organisierte Hineintragen von Bewußtsein.[5])

Der dialektische Charakter der gesellschaftlichen Entwicklung ist daher ein weiterer Grund für die Differenzen in der sozialistischen Studentenbewegung. In zweierlei Weise: Der zugleich ‚progressive' wie reaktionäre Charakter der Entwicklung des Kapitalismus, der die Produktivkräfte ungeheuer entwickelt und zur gleichen Zeit d a s Hemmnis für die Entwicklung der Produktivkräfte geworden ist, dieser zutiefst widersprüchliche Charakter der gesellschaftlichen Entwicklung kann zwar von der marxistischen Theorie adäquat erfaßt werden, ist aber immer wieder der Grund dafür gewesen, daß bald die eine, bald die andere Einseitigkeit systematisiert, zum System erhoben und als der neuen Situation entsprechende Theorie verklärt wurde, der eine ebenso einseitig gewordene Praxis entsprach. Die Veränderung im Ablauf des historischen Prozesses haben ebenso gewirkt. Der in der gesamten westdeutschen Linken bis vor einigen Jahren dominierende Objektivismus verabsolutierte ebenso einseitig Momente der zeitweiligen Ruhe (in einer Periode der Vorbereitung neuer Bewegung), wie der seit einiger Zeit auftretende Voluntarismus Momente der scheinbar unvermittelt, ‚ganz neu' einsetzenden Bewegung verabsolutiert. Über die philosophischen Gemeinsamkeiten hinaus sind Objektivismus und Voluntarismus verbunden durch ihre objektive – und bestimmt von ihren Vertretern nicht intendierte – Funktion: Beide verhindern den systematischen, organisierten politischen Kampf.

Eine Ursache für das Entstehen anarchistischer und reformistischer Varianten in der Arbeiterbewegung ist zu suchen in den zwei Taktiken der herrschenden Klasse. „Wäre die Taktik der Bourgeoisie immer gleichförmig oder zumindest immer gleichartig, so würde die Arbeiterklasse bald lernen, sie mit einer ebenso gleichförmigen oder gleichartigen Taktik zu beantworten. In Wirklichkeit bildet die Bourgeoisie in allen Ländern unvermeidlich zwei Systeme des Regierens heraus, zwei Methoden des Kampfes für ihre Interessen und für die Verteidigung ihrer Herrschaft, wobei diese Methoden bald einander ablösen, bald sich miteinander in verschiedenen Kombinationen verflechten. Die erste Methode ist die Methode der Gewalt, die Methode der Verweigerung aller Zugeständnisse an die Arbeiterbewegung, die Methode der Unterstützung aller alten und überlebten Institutionen, die Methode der unversöhnlichen Ablehnung von Reformen. ... Die zweite Methode ist die Methode des ‚Liberalismus', der Schritte in Richtung auf die Entfaltung politischer Rechte, in der Richtung auf Reformen, Zugeständnisse usw. Nicht aus böser Absicht einzelner Personen und nicht zufällig geht die Bourgeoisie von der einen Methode zur anderen über, sondern infolge der radikalen Widersprüche im eigenen Lager." [6]) In der gegenwärtigen Periode, in der die herrschende Klasse den Kampf für das direkte politische Diktat der Monopole aufgenommen hat und gewillt ist, mit der Fortsetzung und Vervollkommnung der alten Notverordnungspolitik diesen Übergang zu vollziehen, wird die studentische Bewegung, die die Methode des Totschweigens lange genug kennengelernt hat, mit der anderen Seite, mit der Methode des Totschlagens konfrontiert.[7]) Das erklärt, daß die reformistische Revision des Marxismus inner-

1) Man vergleiche einmal unter diesem Gesichtspunkt ansonsten so verschiedene Strömungen in der Geschichte der Arbeiterbewegung wie die Proudhonisten, die Bernsteinianer, die „linken" Kommunisten.

2) Karl Marx: Die Klassenkämpfe in Frankreich. MEW, Bd. 7, Seite 89.

3) Ebenso wie im übrigen der Terminus „kleinbürgerlich", dessen Verwendung auf der DK Reaktionen naiver Empörung hervorrief, in der marxistischen Theorie einen bestimmten und bestimmbaren Sinn hat.

4) Vgl. Lenin: Was tun? Werke Bd. 5, Seite 384 ff. und passim.

5) Die Vertreter des staatsmonopolistischen Kapitals haben von ihrer Seite aus diesen Zusammenhang erfaßt. So schreibt Josef Winschuh, vielfaches Aufsichtsratsmitglied und Funktionär von Unternehmerverbänden: „Viele geistige Arbeiter sind dem Wesen des Unternehmens entfremdet ... Hier liegt die Gefahr, hier liegt auch eine Aufgabe der Aufklärung und Querverbindung für die Unternehmerschaft und ihre Verbände, die inspiriert und organisiert werden muß ... Der Kampf um den geistigen Arbeiter ist entbrannt." – Josef Winschuh: Das neue Unternehmerbild. Baden-Baden, Bonn, Frankfurt/M. 1954, Seite 229 f.

6) Lenin: Die Differenzen in der europäischen Arbeiterbewegung, 1910. Werke, Bd. 16, Seite 351–358. Dieser kleine Aufsatz ist ein wichtiger grundsätzlicher Beitrag zur Untersuchung der Ursachen der theoretischen Schwankungen.

7) Die Verschränkung der beiden Taktiken der Bourgeoisie kann gerade in ihrem Kampf gegen den SDS gut beobachtet werden.

halb des SDS im Vergleich zur ‚neu' aufgekommenen anarchistischen an Bedeutung verloren hat.

Die anarchistische Variante ist zudem Reaktion auf die früher starken reformistischen Strömungen, freilich Reaktion, die mit dem, worauf sie reagiert, auf derselben Ebene liegt. Die Diskussion zwischen den Genossen Habermas und Dutschke auf dem Kongreß in Hannover [8]) zeigt instruktiv die beiden Positionen gemeinsame Struktur. Klammern wir einmal die abstrakte Kontroverse zur Taktik [9]) aus, so erkennen wir, daß die theoretische Gemeinsamkeit des Habermas'schen Objektivismus und des Dutschke'schen Voluntarismus in dem hegelianiesierenden Rückfall auf eine vormarxistische Philosophie, in der Theorie und Praxis auseinanderklaffen, begründet ist. Wir erkennen, daß ihre gemeinsame Grundlage in einem ungeschichtlichen und daher unwirklichen Verhalten zur gesellschaftlichen Gegenwart liegen. Die wirklichen Schwierigkeiten der Bewegung in Westdeutschland zum Ende der 60er Jahre werden theoretisch überhöht und ‚philosophisch' festgehalten; damit verschließt sich die Aufgabe, diese Schwierigkeiten zu überwinden. Die zwei Fluchtmöglichkeiten: akademischer Objektivismus und aktionistischer Voluntarismus mögen unterschiedlichen psychischen Strukturen und unterschiedlichen sozialen Rollen entsprechen – politisch nehmen sie sich gegenseitig nichts.

Schließlich ist a l l e n revisionistischen Varianten eine enge Beziehung zu bürgerlichen Theoremen gemein, ja auf der rein theoriegeschichtlichen Ebene können sie als bürgerliche, liberale Ideologie i n n e r h a l b der Arbeiterbewegung dargestellt werden.[10]) Die herrschende Klasse führt nun gerade in den Zeiten der Vorbereitung ihres direkten politischen Diktats einen ideologischen Angriff. Die marxistische Theorie, die ja, um mit Marx zu sprechen, kein Dogma, sondern eine Anleitung zum Handeln ist und deren Verbindung mit der Arbeiterbewegung daher zur unmittelbaren Gefahr für die Herrschaft der Bourgeoisie werden kann, soll durch diesen Angriff teils aufgelöst, stumpf gemacht, teils umgelenkt, umfunktioniert werden.[11])

Die Gründe für die Differenzen innerhalb der Arbeiterbewegung und Studentenbewegung liegen also alle in dem Verhältnis der Gesamtbewegung zu der mit ihr kämpfenden herrschenden Klasse. Nichts ist daher so falsch, wie diese Fragen als ‚nur theoretische' abzutun. Es ist ein gutes Zeichen für unseren Verband, daß die theoretische Auseinandersetzung örtlich und überregional zugenommen hat. Das stellt nicht, wie einige fürchten, eine ‚Gefährdung der Aktionseinheit' dar; im Gegenteil: Gerade in dem Augenblick, in dem der Kampf gegen den staatsmonopolistischen Kapitalismus in ein neues Stadium eintritt, kommt der theoretischen Auseinandersetzung innerhalb unserer Reihen ein besonderes Gewicht zu: Die Klärung unserer Positionen verstärkt unmittelbar die Genauigkeit und die Kraft unserer Aktionen.

Dr. J. H. v. Heiseler

8) Formen und Organisation des Widerstands. Berlin 1967.

9) Daß in ihr das Wort vom „linken Faschismus", daß objektiv ein Dienst für unsere Gegner war, fallen konnte, verdeutlicht die leere Abstraktheit der Kontroverse zur Taktik.

10) Die Forderung des Genossen Krahl auf der DK, wir mögen doch die „Fairness" aufbringen und ‚immanent" diskutieren, ist daher einer besonderen Klasse von Frechheiten zuzurechnen. Diese Forderung heißt doch nichts anderes als: „Kommt doch herüber auf unsere Ebene, beziehet bürgerliche Positionen, und dann werden wir gnädigst bereit sein, mit Euch zu diskutieren."

11) Absorption und Diversion, diese beiden Funktionen bürgerlicher Ideologie, können wir durchgängig verfolgen von den Totalitarismus-Theorien (Wittfogel, Orwell) über die Theorien von der nivellierten Mittelstandsgesellschaft (Schelsky), über die von den durch metaökonomische Gewalt begründeten Klassendifferenzen (Dahrendorf), über die Entgegenstellungen von ohnmächtigem Individuum und allmächtigem, total manipulierendem Apparat (Ernst Jünger), bis hin zu den Theorien vom Wesen des Funktionärs und dem unaufhebbaren Widerspruch zwischen Selbsttätigkeit und bürokratischem Apparat der Parteien (Hans Freyer, Ulrich Lohmar). Die Aufnahme von Fragmenten der marxistischen Theorie durch ihre Feinde drückt die Stärke des Marxismus heute aus: Sogar wo sie uns bekämpfen, reicht ihr eigenes Arsenal nicht mehr aus. Auf der anderen Seite erhöht das ihre Wirkung auf die theoretische und praktische Entwicklung in der Arbeiterbewegung.

Liberalisierung oder Demokratisierung?

Zur Entwicklung der Tschechoslowakei

Teil I. (von Elvira Högemann-Ledwohn) behandelt die Entwicklung der CSSR bis zum Jahre 1967. Teil II. (von Anne Nigbur) referiert lediglich das Aktionsprogramm der KPTsch vom 5. April 1968 und die Resolution vom Mai-Plenum 1968. Eine Detailkritik dieser Beschlüsse und eine Analyse der jüngsten Ereignisse werden in der nächsten Nummer folgen. Dieser Beitrag soll die Grundlagen vermitteln, auf denen erst eine rationale Einschätzung möglich ist. Die Red.

I.

Um die konkreten Probleme, die heute vor der CSSR-Gesellschaft stehen, besser erkennen zu können, ist es nützlich, sich die gesellschaftlich-politischen Beziehungen in diesem Land und die Entwicklung der Klassenverhältnisse seit Kriegsende in groben Umrissen zu vergegenwärtigen.

Nach 1945 übernahm eine antifaschistische Koalition der Arbeiterparteien mit den national-bürgerlichen Parteien die Regierung. Diese Koalition war in der Realität gegen die einheimische Großbourgeoisie gerichtet, die mit den Faschisten kollaboriert hatte. Die wichtigsten Punkte des Regierungsprogramms von Kosice 1945 drücken diese fortschrittliche Klassenposition klar aus. Auf Grund dieses Programms wurde eine Bodenreform und die Verstaatlichung der wichtigsten Industrien durchgeführt, so daß schon vor 1948 80% der Industrie enteignet waren.

In den darauffolgenden Jahren entwickelten sich Interessengegensätze innerhalb der Regierungskoalition, die sich 1948, im Wahljahr, noch verschärfte. Die bürgerlich-nationalen Parteien verteidigten die Restpositionen der Bourgeoisie; sie traten gegen eine weitere Nationalisierung z. B. des Großhandels auf. Diese Forderung der Arbeiterparteien war angesichts der schlechten Versorgung der Bevölkerung und des blühenden Schwarzhandels besonders aktuell und massenwirksam. Die Kommunisten – wie auch die Gewerkschaften – traten für eine weitergehende Nationalisierung und für eine Sozialpolitik im Interesse breiter Massen ein. (Für Erhöhung der Renten, für eine höhere Steuerbelastung der Reichen, um die Folgen der Mißernte 1947 auszugleichen.) Um die Arbeit der Regierung zu blockieren, reichten die Minister der bürgerlichen Parteien im Februar 1948 Demissionsgesuche ein. Erwartungsgemäß zögerte der parteilose Präsident, diese Gesuche anzunehmen. Erst als die Arbeiter in den Straßen Prags demonstrierten und auf Kundgebungen die Annahme der Gesuche forderten, wird die Regierung neu gebildet. Eine Schlüsselrolle spielte der für diese entscheidenden Tage einberufene Kongreß der Betriebsräte. Die Kommunisten waren bei all dieser Aktivität der Arbeiter organisierend tätig. In den Betrieben wurden Aktionsausschüsse gebildet, die die weitere Nationalisierung durchführten.

Arbeitermilizen sollten einen eventuellen Gegenschlag der Bourgeoisie verhindern.

Das wichtigste Moment dieser – sich übrigens auf friedlichem Wege und innerhalb der parlamentarischen Formen vollziehenden – sozialistischen Revolution war die aktive Rolle der Arbeiterklasse, die für ihre eigenen gesellschaftlichen Interessen handelte.

Einige hundert Prager Studenten veranstalteten eine Gegendemonstration.

Das Jahr 1948 ist als die entscheidende Zäsur in der Entwicklung der Tschechoslowakei nach dem Kriege anzusehen, auch wenn der definitive Beschluß zum Aufbau des Sozialismus erst 1949 gefaßt wurde. Das Bündnis der Nationalen Front bestand weiter, jedoch änderte sich das Machtverhältnis. In den bürgerlichen Parteien erzwangen die Ereignisse im Februar 1948 einen Wechsel der führenden Persönlichkeiten. Die Sozialdemokratische Partei vereinigte sich 1948 mit der kommunistischen; die führende Rolle der Arbeiterpartei bei der weiteren gesellschaftlichen Entwicklung gehörte von nun an zu den Grundsätzen des Staates. In den 50er Jahren wurde in relativ kur-

zer Zeit ein nahezu kompletter Sozialismus errichtet, d. h. das private Eigentum an Produktionsmitteln fast restlos abgeschafft. Bauern und Handwerker wurden in Produktionsgenossenschaften organisiert, der Einzelhandel verstaatlicht und generell die Regelung eingeführt, daß Selbständige keine Arbeitskräfte beschäftigen dürfen.

Gleichzeitig wurden Nivellierungsmaßnahmen für die in der Produktion Tätigen eingeführt; eine Höchstgrenze für den Lohn wurde festgesetzt, deren Abschaffung erst jetzt wieder auf der Tagesordnung steht. Das Motiv für die Einführung dieser „Höchstgrenze" entspricht wahrscheinlich einem guten gewerkschaftlichen Bewußtsein: daß der Abstand zwischen „oben" und „unten" in der Fabrik möglichst gering gehalten werden, daß es keine Antreiber unter den Arbeitern geben soll usw. In der Praxis führte diese Regelung zur Uninteressiertheit der Arbeiter an der Steigerung der Arbeitsproduktivität, die die Gesamtgesellschaft aber gleichzeitig notwendig brauchte. Außerdem sank das Interesse an der beruflichen Qualifizierung. Die festgelegte Höchstgrenze des Lohnes wirkte als zusätzliche Verstärkung der mangelnden Verbindung von gesellschaftlichen und individuellen materiellen Interessen – über den Zustand hinaus, der für alle sozialistischen Länder in den fünfziger Jahren typisch war. Auch die wissenschaftlich qualifizierten Berufe wurden schlecht bezahlt. Dadurch konnte aber nicht, wie erwartet, der Abstand zwischen Intelligenz und Arbeiterklasse verringert werden, sondern im Gegenteil: Es sprach sich bald herum, daß es sich materiell gar nich lohne zu studieren. Motive für ein Studium konnten so in der Hauptsache sein: bei einem Arbeiter das fortgeschrittene Bewußtsein seiner gesellschaftlichen Verantwortung, ansonsten das Milieu und die Tradition der Familie. Für weite Kreise der arbeitenden Jugend gab es keine Motive zu studieren. Vor allem in den „Literatenberufen" und in ihren wortführenden Stellungen blieben die Kleinbürger weitgehend unter sich.

Da die CSSR in den 50er Jahren sichtbare materielle Erfolge zu verzeichnen hatte, machte auch die moralische Einheit des Volkes zunächst Fortschritte. Selbst der Slánsky-Prozeß brachte noch keine Vertrauenskrise. Hinter den zum Teil auf Verleumdungen beruhenden Urteilen gegen führende Kommunisten stand die einsehbar richtige politisch-ökonomische Entscheidung für den Aufbau einer eigenen Schwerindustrie, die das Land unter den Bedingungen der noch nicht entwickelten Arbeitsteilung der sozialistischen Länder von den westlichen Monopolen unabhängig machte. Unter diesen Umständen bewirkten der 20. Parteitag und die unmittelbar folgenden Jahre keinen Einschnitt in der inneren Entwicklung, z. B. keinen Führungswechsel. Die CSSR war in dieser Zeit das Land mit dem höchsten Lebensstandard unter den sozialistischen Staaten. Der Lebensstandard drückte sich aus in sozialen Leistungen, einem höheren Verbrauch an Lebensmitteln und Konsumgütern, aber noch nicht in kürzerer Arbeitszeit, besseren Wohnbedingungen und Dienstleistungen. Auch hierin liegt ein Grund für den anhaltenden Bruch zwischen den meist kleinbürgerlichen Intellektuellen und dem „einfachen" Volk.

Während der scheinbar gradlinig aufsteigenden Entwicklung in den 50er Jahren wurden aber wichtige Aufgaben versäumt, die vor allem mit der Qualifikation der Bürger des sozialistischen Staates zusammenhingen, mit der Weiterbildung ihres politischen Bewußtseins wie ihrer beruflichen Weiterentwicklung. Der Anschluß an die wissenschaftlich-technischen Entwicklungen der vergleichbar industrialisierten Länder wurde verpaßt. Die Fabrikausrüstungen veralteten.

Offenbar gehörten zu den Bedingungen dieser sich anbahnenden Stagnation gerade auch die Vorteile der Lage der Tschechoslowakei: konsolidierte gesellschaftliche Verhältnisse, keine aktuellen Konflikte mit einem äußeren Feind, kein irgendwie geartetes ideologisches und ökonomisches Eingreifen von außen. Dies führte zu einem eingespielten Laufen der staatlichen und wirtschaftlichen Organe; wegweisende und konkrete neue Aufgaben wurden nicht formuliert. Von Anfang der 60er Jahre an zeigte sich von Seiten der Kommunistischen Partei die Tendenz, eine zielbewußte ideologische Arbeit in immer geringerem Maße durchzuführen. Es tritt eine „Liberalisierung" ein, d. h. die Kommunistische Partei erhebt weniger den Anspruch, das politische Bewußtsein der Bevölkerung zu beeinflussen; sie zieht sich zurück und läßt mehr Spielraum für unpolitische Haltungen – ein Zustand, der als Reaktion auf frühere Übertreibungen der Einflußnahme allgemein als angenehm empfunden wird.

Mochte der Grund für diese Vernachlässigung der ideologischen Arbeit zunächst die Überschätzung des erreichten politischen Bewußtseins der Massen sein – und auch die Illusion, daß es sich spontan, der Konsolidierung der sozialistischen Ordnung folgend, weiterentwikkelt –, so zeigte sich, seit die ökonomischen Schwierigkeiten offen ausbrachen (z. B. wurde das Wachstum des Sozialprodukts Anfang der 60er Jahre rückläufig), das Bestreben, wenigstens mit den Intellektuellen zusätzliche Querelen zu vermeiden. Zwar ging es dabei nicht ganz ohne Konfrontationen ab; da jedoch die Arbeit der Kommunistischen Partei (KPTsch) auf ideologischem Gebiet weder einem insgesamt kämpferischen noch erkennbar einheitlichen Konzept folgte, entwickelte sie sich mehr und mehr zu einer Art Katastrophenschutz, der nur noch die schlimmsten Dinge zu verhindern trachtete, z. B. wenn das ZK-Mitglied Hendrych den Schriftstellerkongreß '67 von einer allzu „liberalisierten", d. h. nicht mehr antiimperialistischen Position zum Nahostkonflikt abzubringen sucht.

Ihren eigenen, auch den heutigen Äußerungen nach versteht sich die KPTsch als die führende Kraft des gesellschaftlichen Prozesses in ihrem Land. Sie ist aber gegenwärtig weit entfernt davon, ihre ideologische Arbeit auf eine wissenschaftliche Grundlage zu stellen, sie in eine langfristige Prognose der gesellschaftlichen Entwicklung einzubauen, sie in einem Zusammenhang zu bringen mit der Veränderung der Arbeitskräftestruktur, der Entwicklung des Bildungswesens, der Tätigkeit und Funktion der gesellschaftlichen Organe, einer langfristigen Einschätzung der internationalen Probleme. Statt dessen nahmen schon in den vergangenen Jahren die Kommunisten eine mehr defensive Haltung gegenüber den apolitischen und prononciert kleinbürgerlichen Tendenzen ein, die sich besonders im Kulturleben zeigten. Ein klärender Meinungsstreit kommt nicht zustande, wenn niemand eine prinzipielle Position einnehmen mag.

Die heutige Situation trägt daher ein Doppelgesicht; einmal steht vor der tschechoslowaskischen Gesellschaft die echte Aufgabe, die Routine im politischen und gesellschaftlichen Leben zu überwinden, die sozialistischen Verhältnisse samt der materiellen Basis planmäßig und umfassend weiterzuentwickeln. Dabei nützt es dem Sozialismus, wenn die Masse der Bevölkerung eine aktive Rolle spielt, die nötigen Veränderungen müssen gerade in ihrem Interesse geschehen, nicht nur im Interesse einer partiellen und außerdem gesellschaftlich ziemlich isolierten Schicht.

Zum anderen zeigt sich jedoch gegenwärtig, daß gerade die Intellektuellenschicht, die keine Beziehung zur Vorstellungswelt und erst recht nicht zu den Problemen und Interessen der Arbeiterklasse hat, die lautstarken Wortführer und Formulierer der Zielvorstellungen des Demokratisierungsprozesses in seiner augenblicklichen Phase sind.

Als Beispiel sei das gängigste Schlagwort zitiert, es solle im Sozialismus „mehr Freiheit als im bürgerlichen System" gewährt werden. So wie sie formuliert wird, ist diese Forderung rein formal und quantitativ. Meinungsfreiheit z. B. besteht zur Zeit für die Redakteure etwa der Gewerkschaftszeitung „Práce", die in ihren Artikeln gefaßt der Tatsache ins Auge sehen, daß die Wirtschaftsreform" für den einzelnen nicht nur angenehme Seiten" haben wird (vgl. Frankfurter Rundschau, 27. 3. 68). Deutlicher äußert der auf seine baldige Heimreise hoffende Schriftsteller Mňačko in einem Interview mit derselben Zeitung (28. 3.), daß wohl auch mit einer gewissen Arbeitslosigkeit zu rechnen sei.

Meinungsfreiheit ist aber auch die Freiheit des Arbeiters, s e i n e Meinungen, seine Interessen in der Zeitung vertreten zu sehen; der aber seine Gedanken nicht persönlich in die Zeitung bringen kann, weil er dazu zu unzureichend ausgebildet ist und außerdem anderes zu tun hat; der noch gezwungen ist, in einem Milieu zu leben, das ihm die Entwicklung differenzierter geistiger Interessen schwer macht.

Symptomatisch für die Kleinbürgerlichkeit der Meinungen, deren Verbreitung nun keiner Beschränkung mehr unterliegt, ist die Äußerung des Schriftstellers Paral: er wünsche sich eine Tschechoslowakei, in der ein „Lebensniveau herrscht wie in Schweden oder in der

Schweiz, ... wo man für Arbeit Geld bekommt, für das man sich wenigstens einen gebrauchten Volkswagen oder sogar Kalbsleber kaufen kann, wo ... die Zeitungen Ereignisse in der Hauptstadt detaillierter beschreiben als Negerunruhen in Alabama" (zit. aus SPIEGEL, 18. 3. 68).

Die Avantgarde der tschechoslowakischen Arbeiterklasse, die KPTsch, kennt den Umfang der Probleme des Landes, die sich weder im VW, noch in Kalbsleber, nicht in der Abschaffung der Zensur und einer Reform des Wahlsystems erschöpfen.

Das Hauptproblem besteht darin, die ökonomische Zurückgebliebenheit zu überwinden.

Dazu einige Zahlen aus der COMECON-Statistik:

Entwicklung des Warenumsatzes im Einzelhandel (in Festpreisen, 1955 = 100)

	1960	1963	1964
CSSR	128	139	143
DDR	150	157	162 (Mauerzeit!)

Wachstumsrate des Nationaleinkommens von 1951–64 in der CSSR, die niedrigste von allen COMECON-Staaten (5,8 %: vgl. DDR – bei größtenteils offener Grenze – 7,4 %.)

Wachstum 61–65: CSSR 2 %, 66: 7 % (vgl. DDR: 61–63: 2,5 %, 64–66: 4,6 %).

Wachstum der Industrieproduktion (in % zum Vorjahr):

	1963	1964	1965	1966
CSSR	–0,6	4,1	7,9	7,4
DDR	4,3	6,5	6,3	6,5

Zuwachs der landwirtschaftlichen Bruttoproduktion (in % zum Vorjahr):

	1964	1965
CSSR	3	–3,3
DDR	4,2	7,8

Wenn auch die Industrieproduktion seit 1964 wieder ansteigende Zahlen aufweist, so ist doch bis heute keines der strukturellen Probleme der Wirtschaft gelöst. Zu ihrem 13. Parteitag 1966 stellt die KPTsch eine unbeschönigte Analyse der Situation zur öffentlichen Diskussion (Téze pro pripravu XIII. sjezdu KSC, in: XIII. sjezd KSC, Prag 1966) und beschließt einen Neuanfang mit einem neuen ökonomischen System, mit Lohndifferenzierung, materiellen Anreizen, einem Marktmechanismus, geplanter Aufholung der wissenschaftlich-technischen Lücke, mit der Weiterentwicklung der sozialistischen Demokratie.

Die Verwirklichung der Parteitagsbeschlüsse ist sichtlich mit Schwierigkeiten verbunden.

Die zweite Frage betrifft die Bewältigung der wirtschaftlichen Situation, sowohl durch langfristige als auch kurzfristige Maßnahmen.

Auf die Masse der Bevölkerung gesehen handelt es sich hierbei in der Tat um das schwierigste Problem der Wirtschaftsreform, die in der CSSR eine teilweise Freigabe der Preise vorsieht, d. h. einem im Vergleich mit den Reformen anderer sozialistischer Länder größeren Spielraum für den Marktmechanismus. Wenn die verantwortlichen Politiker die gesamtstaatliche planerische Aufgabe bei den sozialen Auswirkungen der Reform erkennen, ist das ein Fortschritt. Mit Freigabe des Marktes und Betriebsschließungen allein kann man das neue System nur um den Preis starker sozialer Ungerechtigkeiten einführen. Es spricht für die keineswegs sozialistische Denkweise des SPIEGELs, aber auch mancher tschechischer Demokratisierungskommentatoren, wenn sie nach der isolierten Frage der Betriebsschließungen „Fortschrittler" und „Konservative" einteilen.

Die schwerwiegendsten unmittelbaren Folgen der Reform sind:

a) Lohnsenkungen. Es „soll verhindert werden, ... daß die Verringerung der Bezüge einzelner Arbeiter die festgelegten Grenzen nicht überschreitet".

b) die Gefahr einer inflationären Entwicklung. Das einzige Mittel gegen sie heißt prosaisch: harte Arbeit. „Eine Lohn- und Preisbewegung ohne entsprechende Verbindung mit der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion und der Steigerung der Arbeitsproduktivität kann an und für sich nicht zu einer Erhöhung des Nutzeffekts der Volkswirtschaft führen. Sie kann sogar diese Entwicklung durch ein Anwachsen inflationärer Tendenzen verzögern."

Zur Lösung dieser sehr schwierigen Aufgaben wird es nützlich und notwendig sein, Initiative zu wecken, das politische Desinteresse zu überwinden, verknöcherte politische Formen aufzulösen. Sehr bedenklich erscheint jedoch, daß in der gegenwärtigen Diskussion in der CSSR-Öffentlichkeit diese ökonomisch-sozialen Probleme nicht zentral stehen. Statt dessen wird mit Vorliebe über Formalien geredet, die nicht im Hinblick auf ihre gesellschaftliche Effektivität, sondern nach rein formalen Gesichtspunkten abgehandelt werden. Was hat die Abschaffung der Zensur für einen Sinn, wenn die für die Bundesrepublik bestimmte deutschsprachige Nachrichtensendung von Radio Prag nur noch aus dem Herunterlesen US-amerikanischer, englischer, französischer und italienischer bürgerlicher Zeitungsberichte besteht? Sie werden kaum dazu beitragen, die bundesdeutsche Bevölkerung über die ralen Verhältnisse in der CSSR aufzuklären und sie zu Sozialisten zu erziehen.

Die Stimme der Arbeiter ist bei alledem nicht zu hören, ihre Probleme, ihre Interessen werden von den „demokratisierten" Kommentatoren in der CSSR nicht formuliert, ebensowenig wie die künftigen Aufgaben der Intelligenz bei der wissenschaftlich-technischen Revolution und ihre gesamtgesellschaftliche Verantwortung im Sozialismus eine Rolle spielen. Im Vordergrund stehen die begrenzten geistigen und politischen Bedürfnisse dieser Schicht, diejenigen ihrer Interessen, die die Intellektuellen selbst erkennen, die aber ihre Bedeutung in der sozialistischen Gesellschaft nicht völlig umfassen. Im Zuge der weiteren Entwicklung erschöpft sich die Rolle der Intelligenz immer weniger darin, das schlechte Gewissen der sozialistischen Gesellschaft zu sein, die kritischen Anmerker der Fehler der anderen. Gerade den wissenschaftlich Ausgebildeten wird eine aktive, vorwärtsstrebende Rolle in der Produktion zufallen.

Was die neuen Leute in der Führung des Landes betrifft, so werden sie bei der Meisterung der bestehenden ökonomischen und politischen Aufgaben noch beweisen müssen, ob sie eine Politik im Interesse der Arbeiterklasse führen.

Wenn auch die gegenwärtigen Hauptprobleme der CSSR innere Entwicklungsprobleme sind, so gibt es jedoch einen Diskussionspunkt, der nach außen wirkt und die außerparlamentarische Opposition in der Bundesrepublik unmittelbar angeht: die Frage der offiziellen Beziehungen zwischen CSSR und BRD. Das Problem hat mehrere Seiten:

1. wegen des ideologischen Einflusses, den die BRD über noch weiter verstärkte Beziehungen auf die CSSR ausüben kann. Schon jetzt ist es so, daß der Kontakt der Intellektuellen beider Länder apolitische Tendenzen fördert. Die meist gutwilligen Intellektuellen aus der BRD vermitteln kein realistisches Bild von der BRD (sie haben meistens selber Illusionen über ihren Staat, sind sich über seine Rolle in Europa nicht im klaren) und vermitteln so Illusionen an ihre tschechoslowakischen Kollegen, daß die Politik der BRD so gefährlich nicht sei, daß man nur die SPD-Führung helfen müsse, damit die Bundesregierung eine friedliche Außenpolitik betreibe.

Damit ist auf die Tagesordnung der CSSR-Außenpolitik eine Forderung gesetzt, die der politisch schon ziemlich abgewirtschafteten Großen Koalition zuletzt doch noch einen politischen Erfolg schenken will.

Hauptpunkt dabei ist eine fehlerhafte Einschätzung der SPD-Führung, die gerade innerhalb der Koaliton gezeigt hat, daß sie nichts tun wird, was über die Politik der Blutspende für die CDU und das durch sie vertretene Herrschaftssystem hinausgeht.

Über den Tourismus dringt schon seit längerem ein Element der Korruption in das Bewußtsein besonders der hauptstädtischen Bevölkerung. Die BRD gilt als das Vorbild des glanzvollen „westlichen" Lebens, das sozusagen unmittelbar vor der eigenen Haustür beginnt. Von hier werden die Vorbilder eines erstrebenswerten Lebens vermittelt. Angesichts einer mangelnden politischen Aufklärung wirkt sich ein solcher Einfluß besonders schlimm aus. Das neue Aktionsprogramm der KPTsch enthält einen Punkt, der dieses Element der Korruption noch verstärken kann, indem es die rechtliche Grundlage für eventuelle „Gastarbeiten" im Ausland verspricht. Angesichts der ins Auge gefaßten Betriebsschließungen kann eine Abwanderung von Arbeitskräften in die BRD durchaus eintreten, wenn sie auch durch die Kon-

junktursituation der BRD selbst begrenzt wird.

2. Die Beziehungen der CSSR zur BRD sind ein Prüfstein auf die Solidarität der sozialistischen Länder.

Es charakterisiert die öffentliche Diskussion in der CSSR heute, daß diese Solidarität kein Diskussionsthema ist, allenfalls noch die Notwendigkeit des Bündnisses mit der SU, wozu das neue ZK-Präsidiumsmitglied Smrkovsky immerhin die Worte fand „Lieben muß man sich ja grade nicht." Die in der Öffentlichkeit allgemein unfreundliche Stimmung gegenüber der DDR versuchte ein SZ-Interview mit dem Schriftsteller Mňačko in den Vordergrund zu ziehen (vgl. SZ, 28. 3. 68). Die offiziell an die DDR gerichtete Forderung, sich nicht in die inneren Verhältnisse der CSSR urteilend einzumischen, hinderte den CSSR-Schriftstellerverband nicht, eine spektakuläre Erklärung zu den Studentendemonstrationen in Polen und eine Kritik an der Rolle der polnischen Staatsorgane herauszugeben.

Gegenüber der BRD nimmt die KPTsch-Führung eine realistischere Haltung ein als die Kommentatoren, die auf die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der BRD drängen. Sie will diesen Schritt zunächst vertagen (vgl. SZ, 18. 4. 68). Es bleibt abzuwarten, wieviel Resonanz diese realistischere Haltung in der Öffentlichkeit der CSSR gewinnen wird.

Elvira Högemann-Ledwohn

II.

Um nicht in Interpretationsfehler zu verfallen, lassen wir an dieser Stelle am besten diejenigen zu Wort kommen, die sich zum Ziel gesetzt haben, „ein neues politisches System unseres Lebens, ein neues Modell der sozialistischen Demokratie auszuarbeiten und anzuwenden" (Aktionsprogramm der KPTsch der Tschechoslowakei vom 5. April 1968, S. 13).

„Die Entwicklung der innenpolitischen Situation seit dem Januar-Plenum ist nicht ganz befriedigend, denn die vorhergesehenen Ziele werden nicht immer erreicht. In der Partei und in der Öffentlichkeit gibt es neben den Bemühungen, den Konsolidierungsprozeß zu unterstützen, auch Befürchtungen über die weitere Entwicklung der sozialistischen Demokratie in unserem Land. Auf der einen Seite hört man die Besorgnis, die Entfaltung der sozialistischen Demokratie könnte anarchistische Tendenzen hervorrufen und Raum schaffen für die Bedrohung der sozialistischen Grundlagen, für antisozialistische und antikommunistische Vorstöße. Auf der anderen Seite werden Befürchtungen laut, die Entwicklung könnte auf halbem Weg stecken bleiben, und es könnte zu Versuchen einer Rückkehr zu den Verhältnissen vor dem Januar 1968 kommen.

Das ZK der KPTsch konstatiert, daß die negativen Tendenzen in der innenpolitischen Entwicklung, die Anlaß zu den Befürchtungen in beide Richtungen geben, wirklich existieren. Die Grundbedingungen für eine weitere erfolgreiche Entfaltung der sozialistischen Demokratie liegen darin, daß die Partei entschlossen ihre politische Autorität festigt und für ihre neue Politik die Unterstützung der Arbeiterklasse, der Bauernschaft, der Jugend, der Intelligenz und der breiten Massen der Werktätigen gewinnt, daß sie sich nicht von den realen Bedingungen der gegenwärtigen Etappe isoliert, daß sie der real möglichen Entwicklung nicht voraneilt." (Aus der Resolution der KPTsch vom Mai-Plenum 1968).

Hier ist die „kritische Sicht" der eigenen Situation verbunden mit der Charakterisierung des Weges, auf dem ein erfolgreiches Voranschreiten allein möglich wird. Noch sind die Kriterien für die Beurteilung von Erfolg oder Mißerfolg der internationalen Arbeiterbewegung entlehnt:

– Erhaltung der politischen und ökonomischen Macht, wo sie bereits erkämpft ist,

– Anerkennung der führenden Rolle der Partei der Arbeiterklasse bei fester Verankerung in den Klassen und schichten der sozialistischen Gesellschaft,

– Bündnis der Arbeiterklasse mit allen fortschrittlichen Kräften,

– reale Aufgabenstellung.

Im Mittelpunkt der Bemühungen der Partei und aller fortschrittlichen Kräfte steht die „Entfaltung der sozialistischen Demokratie" und nicht irgendeine verschwommene „Liberalisierung", sprich Redefreiheit und Freiheit der Kritik. Wer die „Liberalisierung" zum „Generalthema des neuen Parteiprogramms" avancieren läßt, ist entweder vom Wunschdenken irregeleitet oder nicht informiert.

Die Genossen in der Tschechoslowakei haben von dem im Westen gebrauchten unklaren Ausdruck „Liberalisierung" eine ziemlich konkrete Vorstellung. „Demokratischer Geist ... wird oft ... mit Liberalismus verwechselt. Demokratisierung bedeutet Erweiterung der organisierten Teilnahme vieler an der Macht, an der Entscheidung und Leitung; demgegenüber bedeutet Liberalismus nur Gleichstellung entgegengesetzter Ansichten ohne Rücksicht auf ihren Wert, auf ihre Gültigkeit, auf die Verbindlichkeit der Ansicht und ihre politische Vertretbarkeit. Demokratisierung und Liberalisierung sind gegeneinander gerichtete Prozesse. Gerade deshalb ist echte sozialistische Demokratie ein wirksames Mittel im Kampf gegen den Liberalismus." (Protokoll des XIII. Parteitages der KPTsch, Prag 1966, S. 461).

Demgegenüber sind die Hauptaufgaben des Aktionsprogramms zwangsläufig viel komplexer, da mit Redefreiheit und Freiheit der Kritik allein keines der vom Sozialismus zu lösenden Probleme gemeistert werden kann. Auch kann es nicht darum gehen, die „seit zwei Jahrzehnten gegen eine erdrückende Zensur kämpfenden Intellektuellen" von diesem Druck zu befreien.

Im übrigen ist diese Behauptung von der Sache her falsch: Die Zensur ist als notwendige Folgeerscheinung der Übernahme der politischen und wirtschaftlichen Macht durch die Arbeiterklasse, also der Revolution vom Februar 1948, zu verstehen. Diese Maßnahme sollte die junge Arbeiterrepublik vor dem Fortwirken und Verbreiten bürgerlicher, der Revolution feindlicher Ideologien schützen. Sie traf wenige Angehörige der tschechischen und slowakischen Intelligenz, da diese in ihrer Mehrheit ihrer fortschrittlichen Tradition folgend, sowohl im Kampf gegen die faschistische Okkupation als auch bei Beginn des Aufbaus einer neuen sozialistischen Republik in Wort und Tat an der Seite der Arbeiterklasse gestanden haben. Wenn diese Form der Machtausübung für Teile der Intelligenz mit der Zeit unerträglich geworden ist, so kann das im wesentlichen auf zwei Ursachen zurückgeführt werden:

1. Die Intelligenz hat sich in ihrer Mehrheit politisch-ideologisch sowie in ihrem Selbstverständnis von der Arbeiterklasse gelöst (das hat der 13. Parteitag der KPTsch bereits Anfang Juni 1966 festgestellt) und fordert Honorierung dieser Tatsache in Form von Sonderrechten.

2. können sich die Verhältnisse im Land in der Weise geändert haben, daß die Arbeiterklasse auf die Anwendung bestimmter Machtmittel zur Unterdrückung der ihr feindlich gesinnten Kräfte verzichten kann.

Das Aktionsprogramm vom April dieses Jahres geht von einer veränderten Grundsituation aus: Die antogonistischen Klassengegensätze sind überwunden, die innere Entwicklung ist charakterisiert durch den Prozeß der Annäherung aller sozialen Gruppen. Dementsprechend müssen sich die politischen Strukturen des Landes verändern, was nun in Angriff genommen werden soll.

Dieses Beispiel zeigt, wie vielschichtig die Probleme auch unter sozialistischen Verhältnissen gelagert sind. Daher sollten sich Sozialisten vor unkritischer Solidarisierung mit einer einzigen Schicht, wie hier mit den Intellektuellen, hüten, wenn sie nicht in den Verdacht der Verfechtung eigener kleinlicher Interessen kommen wollen; sie sollten nicht den bürgerlichen Freiheitsbegriff auf eine sozialistische Gesellschaft übertragen.

Worum es den sozialistischen Kräften in der Tschechoslowakei geht, ist eindeutig formuliert:

I. Im Bereich der sozialistischen Demokratie und des neuen Systems der politischen Leitung der Gesellschaft:

Umbau des politischen Systems derart, „daß es eine dynamische Entwicklung der sozialistischen gesellschaften Beziehungen ermöglicht, die breiteste Demokratie mit einer wissenschaftlich und fachlich qualifizierten Leitung vereint, die Gesellschaftsordnung festigt, die sozialistischen Beziehungen stabilisiert, die Ordnung und die gesellschaftliche Disziplin festigt." (S. 19)

Dafür notwendige Einzelmaßnahmen wären vorerst:

– Hebung der Funktion der Nationalen Front als staatstragendem politischem Bündnis aller gesellschaftlichen Klassen und Schichten,

– Verstärkung der Kontrollfunktion der Nationalversammlung (Parlament) im gesamten öffentlichen Leben und gegenüber der Regierung,

– staatsrechtliche Lösung der Gleichberechtigung zwischen Tschechen und Slowaken,

– Erweiterung der Kompetenzen der Vertretungskörperschaften (Nationalausschüsse) als demokratische Organe der Staatsmacht,

– Umorganisierung des Sicherheitsapparates; Trennung der Staatssicherheit von der öffentlichen Sicherheit, Trennung der Gefängnisverwaltung vom Sicherheitsapparat,

– Schaffung von Statuten zur Regelung der Stellung und der Rechte der nationalen Minderheiten,

– Vorbereitung einer neuen sozialistischen Verfassung für das Jahr 1969; Ausarbeitung eines der neuen Situation entsprechenden Wahlgesetzes, Ausarbeitung eines Pressegesetzes,

– einzelgesetzliche Regelung der verfassungsmäßig garantierten Versammlungs- und Koalitionsfreiheit.

II. Im Bereich der Volkswirtschaft und der Lebenshaltung:

Demokratisierung der Wirtschaft, d. h.:

1. Herstellung der Selbständigkeit der Unternehmen und Unternehmensgruppierungen sowie ihre relative Unabhängigkeit von den Staatsorganen,

2. völlige und reale Gültigkeit der Rechte des Verbrauchers, seinen Konsum und seinen Lebensstil zu bestimmen, eingeschlossen das Recht auf freie Wahl der Arbeitstätigkeit,

3. das Recht und die reale Möglichkeit für verschiedene Gruppen von Werktätigen und für verschiedene soziale Gruppen, ihre ökonomischen Interessen bei der Schaffung der Wirtschaftspolitik zu formulieren und zu vertreten (S. 34).

Als dafür notwendige Einzelmaßnahmen werden z. Z. angesehen:

– Schaffung von Möglichkeiten der Einflußnahme des gesamten Arbeitskollektivs auf die Leitung des Unternehmens unter Berücksichtigung der Interessen der gesamten Gesellschaft (Anknüpfen an manche Traditionen der Betriebsräte aus den Jahren 1945 – 1948),

– Nutzbarmachung des technischen Fortschritts für die eigene Wirtschaft,

– wirksame Eingliederung der nationalen Wirtschaften (tschechische und slowakische) in die internationale Arbeitsteilung der sozialistischen Länder,

– Ausdehnung der Außenwirtschaftsbeziehungen auf alle interessierten Länder der Welt,

– Beseitigung der Disproportionen in der Industrie und der zwischen Industrie und Landwirtschaft,

– Bestimmung der Einzelhandelspreise nach den Produktionskosten,

– Beseitigung bestehender Disproportionen im Preissystem unter Inkaufnahme einer gegenläufigen Preisbewegung,

– aktive Lohnpolitik, Abschaffung der Rentenbesteuerung,

– allgemeine Fünftagewoche noch Ende 1968.

– Verstärkung des Wohnungsbaus, Verbesserung der materiellen Ausstattung der beiden Hauptstädte.

III. Im Bereich der Wissenschaft, Bildung und Kultur:

Hebung der Rolle der Wissenschaft allgemein. Dazu besonders:

– materielle Sicherstellung der Forschung,

– weitere Entfaltung der Gesellschaftswissenschaften,

– Ausbau des Schulwesens,

– Schaffung eines Systems zur Weiterbildung der berufstätigen Jugend,

– Verwirklichung des Prinzips der Einheit von Forschung und Lehre an der Hochschule,

– Hebung der gesellschaftlichen Stellung der Lehrer,

– Autonomie der Kultur und Kunst mit der Verpflichtung, „im Kampf für die Veränderung der Welt den sozialistischen Menschen zu formen."

Der Rahmen, in dem sich alle Demokratisierungsbestrebungen bewegen müssen, wenn sie erfolgreich sein sollen, ist durch das Mai-Plenum des ZK der KPTsch abgesteckt. Die fünf Hauptpunkte der dort verabschiedeten Resolution (veröffentlicht im „Rudé právo" vom 2. Juni 1968) sind Grundvoraussetzungen, deren Anerkennung oder Ablehnung Rückschlüsse zuläßt auf den Charakter der von den verschiedensten sozialen Gruppen und ideologischen Richtungen aufgestellten Forderungen – Rückschlüsse darauf, ob Bestrebungen die sozialistische Entwicklung der Tschechoslowakei fördern oder auf den Sturz der sozialistischen Ordnung hinarbeiten.

1. Anerkennung und Sicherung der führenden Rolle der Kommunistischen Partei in der Gesellschaft;

2. Größtmögliche Freiheit für die Arbeiter und alle Werktätigen auf dem Wege der Entfaltung des Sozialismus und der Demokratie;

(„Die sozialistische Demokratie verweigert den Arbeitern nicht ihre traditionellen Rechte zur Verteidigung ihrer Interessen, einschließlich des Streikrechts. Die Kommunisten jedoch erklären offen, daß Losungen, mit denen die Arbeiter aufgerufen werden, die Hauptfrage ihrer Freiheit z. B. im Streikrecht zu suchen, oder darin, daß sie sich gegen die technische Intelligenz, gegen die notwendige fachmännische Leitung der Großproduktion stellen (Schlagworte, die die Arbeiter gegen die „Technokraten" aufhetzen) – daß all diese Losungen Demagogie sind, die nicht den wahren Interessen der Arbeiterklasse dienen." S. 37).

3. Das neue politische System muß der Entfaltung des Sozialismus entsprechen; es darf nicht zur Rückkehr zum bürgerlichen Parlamentarismus führen.

4. Die Abwehr von Versuchen, die Rechtsordnung zu stören und den Staatsapparat zu zersetzen, wird zur erstrangigen politischen Aufgabe erklärt. („Die Entfaltung der sozialistischen Demokratie kann nur als völlig verfassungsmäßiger und die Rechtsordnung respektierender Prozeß verlaufen. Es versteht sich von selbst, daß die bisherige Rechtsordnung qualitativen Veränderungen unterzogen werden muß, wie sie im Aktionsprogramm konkret aufgeführt sind. Dabei gilt jedoch der Grundsatz, daß Gesetze, die nicht aufgehoben und durch neue ersetzt wurden, weiterhin gelten und respektiert werden müssen." – S. 43.)

5. Die Beziehungen zur Sowjetunion, zu den übrigen sozialistischen Ländern und zur kommunistischen Weltbewegung beruhen auf der Anerkennung der Grundsätze des Internationalismus und der vollen Respektierung der besonderen Bedingungen, unter denen in jedem konkreten Land und in jeder bestimmten Zeitphase der Kampf für die allgemeinen gemeinsamen Ziele der kommunistischen Bewegung geführt wird.

(„Gerade deshalb aber hält das ZK der KPTsch es in der gegenwärtigen Situation für nötig zu betonen, daß Versuche, unser Vorgehen als verbindliches „Modell" für alle sozialistischen Länder hinzustellen, sowohl inhaltlich prinzipiell verfehlt, als auch für uns und die Entwicklung unserer Beziehungen zu unseren sozialistischen Verbündeten politisch schädlich sind.

Kommunisten dürfen nicht vergessen, daß die verzerrte und übertriebene Darstellung gewisser Beschlüsse, die bis zur Verbreitung von Lügen über die „Gefahr einer militärischen Intervention" geht (z. B. im Zusammenhang mit den Manövern von Einheiten des Warschauer Pakts), sehr ernstlich den gegenwärtigen politischen Kurs gefährdet und den Versuchen gewisser Kreise in kapitalistischen Ländern, die Einheit der sozialistischen Länder zu zerschlagen, in die Hände spielt." – S. 44)

Diese Bemerkungen und der eingangs zitierte Abschnitt aus den Veröffentlichungen des Mai-Plenums geben Aufschluß über die realen Schwierigkeiten und auch Gefahren, die die Verwirklichung des umfangreichen Demokratisierungsprogramms mit sich bringt.

Eine Analyse aus „kritischer Sicht", die sich „im Rahmen der Verteidigung der wesentlichen Errungenschaften" der sozialistischen Gesellschaft hält, hat bei der Beurteilung der einzelnen Vorgänge und Ereignisse die genannten fünf Punkte zu berücksichtigen und einzuschätzen, wie es den Kräften der Demokratie und des Sozialismus gelingt, die verschiedenen

Strömungen der Bewegung in der Hand zu behalten und sie in die von ihnen angestrebte Richtung zu lenken.

Leicht wird eine sachgerechte und der gesellschaftlichen Entwicklung dienende Beurteilung der Vorgänge in der CSSR nicht sein, da es viele neue Probleme, die erst auf einer bestimmten Entwicklungsstufe des Sozialismus in einem Lande entstehen und zur gesellschaftlichen Aufgabe werden, zu erfassen und gegeneinander abzuwägen gilt. Hierunter fallen u. a.:

– die Eigengesetzlichkeit der ökonomischen Prozesse unter sozialistischen Bedingungen, die sich von kapitalistischer Sicht her nicht bestimmen lassen (Marx gibt keine Gebrauchsanweisung für den Aufbau und das Funktionieren einer sozialistischen Wirtschaft), sondern sich erst aus der jeweiligen Praxis ergeben,

– das Verhältnis von Partei und Staat bei zunehmender Stabilisierung der politischen Macht der Arbeiterklasse,

– die Verteilung der politischen Macht auf alle Klassen und Schichten der Bevölkerung nach Überwindung des Klassenantagonismus – Formen der sozialistischen staatlichen Demokratie,

– die Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Avantgarde nach der Aufhebung des Klassenantagonismus,

– Demokratisierung des Leitungssystems in allen Bereichen des Staates, der Wirtschaft und Kultur auf der Grundlage der allseitigen fachlichen wie politischen Qualifikation der werktätigen Massen, die ihre Selbstverwaltung betreiben sollen,

– Wege und Möglichkeiten eines möglichst konfliktlosen und raschen Übergangs zu den neuen, auf Vervollkommnung der Gesellschaft gerichteten Formen und Methoden zu finden, die die gesamte Bevölkerung in die Lösung der Aufgaben mit einbeziehen.

Eine solch umfassende, von der neuen Problemstellung ausgehende Analyse wird in der nächsten Zeit noch zu liefern sein. An dieser Stelle sollte nur darauf hingewiesen werden, daß man sich die Sache nicht so leicht machen kann wie die Genossen von „WAS TUN?" in ihrem „Prager Frühling". Ein solcher Absatz wie: „Eine andere Lösung wäre es natürlich, nicht an das Prinzip des Zentralplans zu rühren und statt dessen die Methoden des Verwaltungszentralismus durch einen demokratischen Zentralismus zu ersetzen – auf der Grundlage von Arbeiterräten in den Fabriken, die ihrerseits wieder einen zentralen Arbeiterrat wählen. Aber die Tschechoslowakei hat diesen Weg nicht eingeschlagen, obwohl die jüngsten Änderungen Breschen öffnen, durch die die Arbeiter dieses Ziel erreichen könnten,"

ist glatter Unsinn.

1. ist das „Prinzip des Zentralplans" weder in seiner Funktion direkt nach der Übernahme der politischen Macht durch die Arbeiterklasse erfaßt, noch in seiner Funktion, die es im Rahmen einer „reformierten" sozialistischen Wirtschaft ausübt.

2. kann das überlebte, bis zu den Wirtschaftsreformen der 60er Jahre praktizierte **„Prinzip der Zentralplanung"** durch keinen noch so schönen „demokratischen Zentralismus" zu neuem Leben erweckt werden. Die „demokratische Kontrolle von unten" wird praktisch erst möglich mit der Verwirklichung der neuen Planungsprinzipien.

3. hat die Tschechoslowakei sehr wohl „diesen Weg eingeschlagen", nur nicht dergestalt, daß sich die Arbeitermassen spontan und prinzipienlos gegen die „Apparate und Bürokratien" erheben, um ihr „Himmelreich auf Erden" zu errichten. „Die Partei ist für die konsequente und beschleunigte Lösung der Fragen der demokratischen Leitungsformen in den sozialistischen Betrieben (Arbeiterräte oder ähnliche Organe), und zwar so, daß es zugleich nicht zu einer Beeinträchtigung der Planaufgaben, einer Desorganisierung der Bindungen in der Volkswirtschaft, zu einem Verfall der Arbeitsdisziplin und der Autorität der Wirtschaftsleitung kommt", heißt es diesbezüglich in der Resolution des ZK der KPTsch vom Mai-Plenum dieses Jahres (Aktionsprogramm und Resolution des Mai-Plenums sind in deutscher Übersetzung zu erhalten bei: Erwin Zucker-Schilling, A – 1200 Wien, Höchstädtplatz 3).

Anne Nigbur

Blinkfüer

Unabhängige Wochenzeitung für Norddeutschland

FERNSEHSCHAU West-Ost

besser informiert sein

Bezugspreis DM 5,50 für das Vierteljahr

Blinkfüer-Verlag Harald Dötze
2 Hamburg 50 · Schmarjestraße 12 · Tel. 38 24 13

FERNSEHSCHAU West-Ost Blinkfüer

Dokumente

26 Thesen zur politischen Ortsbestimmung der SDS-Gruppe Bonn

Die hier abgedruckten Thesen stellten einen Versuch dar, in möglichst knapper Form die politische Richtung der SDS-Gruppe Bonn zu formulieren. Sie wurden beraten und beschlossen auf einem Wochenendseminar in KENDENICH am 16. und 17. September 1967 und am 21. September publiziert.

Unmittelbarer Anlaß war die von sensationeller Berichterstattung über die Bundesdelegiertenkonferenz des SDS erzeugte Verwirrung. Die SDS-Gruppe Bonn mußte versuchen, auch gegen die bürgerliche Presse ihr eigenes politisches Gesicht zu behaupten.

Die Thesen sind abstrakt gefaßt, mitbedingt durch den Wunsch, sie knapp zu halten. Es war die Absicht des Autorenkollektivs der vorliegenden Schrift, zur Explizierung beizutragen. Adäquate Explizierung und erst recht Konkretisierung politischer Thesen kann freilich nur in der politischen Praxis geleistet werden.

1. Der SDS ist eine sozialistische Studentenorganisation.

2. „Sozialistisch" bedeutet für den SDS, daß er als Lösung der Widersprüche im Spätkapitalismus den Umsturz aller am Profit orientierten Gesellschaftsordnungen ansieht.

3. Der Umsturz ist notwendig geworden, denn die Erhaltung der bestehenden Herrschaftsverhältnisse ist nicht mehr ohne eine ungeheure Verschwendung gesellschaftlicher Ressourcen möglich. Diese Verschwendung verhindert eine freie, sich selbst bestimmende, nicht-repressive Gesellschaft, die auf Grund des im Kapitalismus selbst entwickelten Grades der Naturbeherrschung möglich geworden ist.

4. Eine solche Alternative kann vom Kapitalismus nicht wahrgenommen werden, denn das Funktionieren des kapitalistischen Reproduktionsprozesses erscheint als naturgesetzlicher oder schicksalhafter Vorgang. Als sachlich und rational wird nur das anerkannt, was der Eigengesetzlichkeit des Prozesses entspricht und ihm entsprechend den größten Effekt zeigt.

5. Demgegenüber sieht der SDS seine Aufgabe darin, seinen Beitrag zur Überwindung der Schranken des kapitalistischen Reproduktionsprozesses zu leisten.

6. Die Verwirklichung besserer gesellschaftlicher Möglichkeiten darf nicht als illusionärer Wunschtraum konzipiert werden. Der SDS hält es daher nicht mit denen, die den Sozialismus überall für gut halten, nur nicht in den sozialistischen Ländern.

7. Der SDS erhofft sich eine große politische Rückwirkung auf die Bundesrepublik Deutschland, wenn es der Arbeiterklasse in der Deutschen Demokratischen Republik in zunehmendem Maße gelingen wird, ihre gesellschaftlichen Ziele zu verwirklichen.

8. Der SDS ist eine sozialistische S t u d e n t e n organisation. Er sieht daher sein Hauptbetätigungsfeld an der Hochschule.

9. Aus der Zielsetzung des SDS geht hervor, daß er sich nicht als d a s Subjekt des Umsturzes begreifen kann.

10. Die kapitalistische Ordnung wird von denen zu überwinden sein, die durch diese Ordnung in ihrer schöpferischen Produktivität deformiert und als sich selbst bestimmende Menschen negiert werden, indem sie auf die Funktion von Kostenfaktoren (Arbeitnehmer) und Profitrealisationsfaktoren (Konsumenten) heruntergebracht werden. Das sind die Lohnarbeiter.

11. Ein Teil der Studenten werden einmal als wissenschaftliche Angestellte und Wissenschaftler selbst zu Lohnarbeitern werden; d. h. sie werden sich ihre Forschungsziele von der herrschenden Klasse und fremden Profitinteressen vorschreiben lassen müssen. Als solche werden sie für das System sehr wertvolle Arbeitskräfte sein.

12. Der weitaus größte Teil der Studenten wird einmal zur Reproduktion des ideologischen Sektors des Herrschaftsapparates eingesetzt werden. Dieser gehört zur systemstabilisierenden Verschwendung. Damit verbindet sich das zukünftige materielle Interesse dieser Studenten mit dem Interesse, diese Verschwendung zu perpetuieren.

13. Solange sie aber noch Studenten sind, stehen sie dem System nur virtuell zur Verfügung, ihr Einfluß und ihre Macht sind daher nur virtuell. D. h. sie sind eine kleine, machtlose, entbehrliche Schicht, die die bestehende Herrschaft nicht gefährden kann.

14. In dem Maße, in dem die Studenten vom unmittelbaren Reproduktionszwang freigestellt sind, können sie die Verwendung ihrer Arbeitskraft im Rahmen der universitären Organisation selbst bestimmen. Sie hätten damit die Möglichkeit, gesamtgesellschaftliche Entwicklungstendenzen zu begreifen und zu kritisieren.

15. Das könnte sie dafür prädestinieren, der objektiv revolutionären Klasse, den Lohnarbeitern, über deren unmittelbare Interessen hinaus, ihre wirklich weiterführenden Interessen vor Augen zu führen. Damit könnten sie einen wichtigen Beitrag zur Mobilisierung der revolutionären Kräfte und zum gesellschaftlichen Fortschritt leisten.

16. Je auffälliger der Widerspruch zwischen möglicher und wirklicher Bewältigung gesamtgesellschaftlicher Ziele und Aufgaben aufbricht, desto dringlicher ist die im Sinn der Herrschaft organisierte Universität bemüht, durch straffende und disziplinierende Reformen die Studenten von der Reflexion dieses Widerspruches abzulenken.

17. Der ungeheuer in seiner Quantität gewachsene Wissensschutt, der an keiner zentralen gesellschaftlichen Fragestellung mehr orientiert ist, sondern nur um seiner selbst willen angehäuft wird, läßt unter verschärftem Prüfungsdruck kaum die Möglichkeit, ihn in seiner Relevanz zur Lösung der gesamtgesellschaftlichen Aufgaben zu begreifen. Er dient vielmehr als Alibi, diese Aufgaben anzugehen.

18. Autoritär einsames Vorlesen und an Prüfungszwängen orientierte Seminare schleifen eine Verhaltensweise ein, die auf jeden beliebigen vom System erteilten Auftrag fügsam reagiert, wenn ein Lohn in Aussicht gestellt wird.

19. Um nicht jede theoretische reflektierende Fähigkeit zu verlieren, ist es sozialistischen Studenten notwendig mit allen denjenigen, die nicht bereit sind, sich durch das Studium zu verstaubten Gartenzwergen einer kapitalistischen Gartenburg modellieren zu lassen, an der Umgestaltung der Universitätsstruktur, des Studienbetriebes und des Studienganges zu arbeiten.

20. Dabei werden sozialistische Studenten nicht der Illusion verfallen, als könnten die Studenten allein den herrschenden Gruppen eine Universität abtrotzen, die über eine genüßliche Ideologiekritik hinaus theoretisch und praktisch an der Überwindung der Schranken des gesellschaftlichen Fortschritts zu Gunsten aller Menschen arbeitet.

21. Indem Studenten die inhaltlichen Ziele eines vernünftigen Studiums sich bewußt machen und versuchen, diese gegen die Machtgruppen und die von diesen unterhaltenen, buckelnden, verbindlich lächelnden und sich selbst anhimmelnden Professoren durchzusetzen, erhalten sie die für die Ziele des SDS notwendigen Erfahrungen und Qualifikationen.

22. Wegen seiner objektiven Bedeutung für den gesellschaftlichen Umsturz darf die Arbeit des SDS an der Universität nicht die Arbeit außerhalb der Universität behindern. Der SDS ist niemals von der Aufgabe entbunden, die Entwicklungsmöglichkeiten so zu formulieren, daß es den Lohnarbeitern gelingt, in ihnen ihre eigenen Interessen wiederzuerkennen.

23. Es kann nicht der Zweck von Aktionen sein, Rektor, Professoren oder Polizei zu provozieren, damit sie ihr wahres Gesicht zeigen. Die Herrschenden können den von ihnen in der Unmündigkeit Zurückgehaltenen einen Spielraum persönlicher Narrenfreiheit gewähren. Erst Ak-

tionen, die wirkliche Veränderungen nach sich ziehen würden, haben zwingend mit dem brutalen Zugriff der Ordnungsmächte zu rechnen. Sie müssen vor ihm geschützt werden.

24. Antiautoritäres Verhalten erleichtert es zwar, Erfahrungen mit den Eigenarten des kapitalistischen Systems zu machen. Es läuft aber Gefahr, sein antiautoritäres Reagieren auf Autoritäten selbst schon für revolutionär zu halten oder gar die antiautoritäre Praxis als Zeichen subjektiver Freiheit zu genießen. Es wird sich schwerlich darüber klar, daß antiautoritäres Verhalten als schlechte Negation der Autorität von dieser abhängt und sich von dieser seine Handlungsweisen vorschreiben läßt.

25. Der SDS verteidigt die durch das Grundgesetz garantierten Bürgerrechte gegen alle faschistoiden Angriffe.

Er kämpft gegen die Verminderung der Sozialausgaben zu Gunsten der zunehmenden Subventionierung der schon monopolistisch konzentrierten Industrie in privatem Besitz, insbesondere die wehrwirtschaftliche Form der Subventionierung.

Er kämpft gegen die Initiatoren der säkularen Inflation als der monopolistischen Form der Ausbeutung der Lohnarbeiter.

Er kämpft dagegen, daß die Widersprüche des kapitalistischen Systems auf dem Rücken der Arbeiterklasse ausgetragen werden (Entlassungen, strukturelle Arbeitslosigkeit, Reduzierung der Reallöhne, Verhinderung der infrastrukturellen Veränderungen bei zunehmender volkswirtschaftlicher Verschwendung, Disziplinierung der Arbeit, gesteigerte psychische Belastung durch Intensivierung der Arbeit).

26. Dieser Kampf muß auf einer möglichst breiten Front geführt werden; daher ist es für den SDS nicht möglich, die Zersplitterung der westdeutschen Opposition noch dadurch voranzutreiben, daß er gegen die KPD polemisiert, die unter den schwierigsten Bedingungen bemüht ist, den Kontakt mit der Arbeiterklasse aufrecht zu erhalten. Eine relegalisierte KPD wäre für alle sozialistischen Kräfte in der BRD von Vorteil.

Zur Sache: Notstandsgesetze
Information: SDS-Göttingen

Aus einer längeren Informationsschrift des SDS-Göttingen „Warum streiken Studenten gegen Notstandsgesetze und Formierungstendenzen der Gesellschaft?" scheinen uns die nachfolgend abgedruckten Passagen besonders bemerkenswert.
D. Red.

Gemeinsame Interessen und gemeinsamer Kampf von Studenten und Arbeitern:

1. Studenten und Arbeiter sind gleichermaßen Gegenstand der Ausbeutung durch das Kapital.

Im Bereich der materiellen Produktion werden Güter hergestellt, die direkt auf den Markt gelangen, im Bereich der Hochschulen werden Produktionsmittel als wissenschaftliche Ergebnisse und wissenschaftlich ausgebildete Arbeiter produziert. Die Produktion in beiden Bereichen ist nach den Interessen des Großkapitals organisiert. Die sogenannte Universitätsreform ist ihrem Programm nach und aufgrund der Besetzung der entscheidenden Gremien eindeutig ein Instrument zur Durchsetzung dieser Interessen. Am deutlichsten wird dies in der Aussage von Professor Rüegg, die er als Präsident der Rektorenkonferenz zur Frage der Drittelparität machte. Laut Rüegg ist die Drittelparität in den Entscheidungsgremien der Hochschulen für die Studenten prinzipiell abzulehnen, weil dadurch „das Verhältnis von Forschung und Wirtschaft" gestört werde. Die Tendenz der Formierung der Hochschulen geht dahin, das zu verhindern, was sich die Arbeiter in einem langen Kampf erkämpft haben: die gewerkschaftliche Organisation und teilweise Mitbestimmung der Abhängigen. Durch strikte Disziplinierung der Studentenschaft mit Hilfe rationalisierter Studiengänge und nicht sachbezogener autoritärer Prüfungsordnungen versuchen die Großindustrie und die Regierungen die Studenten und Wissenschaftler noch abhängiger als die Arbeiter zu machen.

2. In unserer Gesellschaft bietet sich im wesentlichen als einzige Kampfmöglichkeit zur Durchsetzung der Interessen der ökonomisch Abhängigen der Eingriff in den Produktionsapparat an. Dies ist die empfindlichste Stelle des Systems, weil

hier die Profite entstehen. Andere Kampfformen verbieten sich aufgrund der Höhe des technischen Organisationsgrades unseres Gesellschaftssystems. Für die Studenten ergibt sich nun eine Schwierigkeit: Zwar sind die Herrschenden auf die Arbeitsleistung und Arbeitsergebnisse der Studenten zur Realisierung ihrer Profite ebenso angewiesen wie auf die Ausbeutung der Arbeiter, aber die Kampfmaßnahmen der Studenten, z. B. Bestreikung der Universitäten und Forschungseinrichtungen, wirken sich in der Regel nicht so unmittelbar aus wie die Streiks der Arbeiter. Wissenschaftliche und technologische Engpässe können in anderer Weise zeitweilig aufgefangen werden, auf jeden Fall wirken sie sich zum Teil erst mit jahrelanger Verzögerung aus. Wenn man also die These akzeptiert, daß die wesentliche Kampfmöglichkeit der Eingriff in den Produktionsapparat ist, so sind die Aktionen der Studenten zum Scheitern verurteilt, wenn sich solche Eingriffe lediglich auf den Produktionsbereich Universität beschränken. Nicht unbeträchtlich dabei ist auch die zahlenmäßige Schwäche der Studenten als gesellschaftliche Gruppe.

3. Die Notstandsgesetze richten sich gegen die Interessen der Arbeiter in unserer Gesellschaft. Sie sind eindeutig ein Instrument zur Erhaltung der Herrschaft derer, die jetzt die Herrschaft innehaben. Durch die Möglichkeit der Aussperrung, der Dienstverpflichtung, der Verhinderung von Streiks, des Einsatzes aller militärischen, geheimdienstlichen und polizeilichen Machtmittel, der Ausschaltung demokratischer Kontrolle der Herrschaftspraxis, der Einschränkung der Freizügigkeit und weiterer Grundrechte werden alle ökonomisch und sozial Abhängigen in dieser Gesellschaft noch abhängiger, weil die Vertretung und Durchsetzung ihrer Interessen unmöglich gemacht werden soll. Dies trifft Arbeiter und Studenten in gleicher Weise. Darüber hinaus aber will man den Studenten und Wissenschaftlern durch die Formierung der Universität sogar die einfachsten Formen organisierter Interessenvertretung und Mitbestimmung vorenthalten. Die Studenten müssen als ökonomisch Abhängige und Ausgebeutete selbstverständlich gegen die Notstandsgesetze kämpfen; ihr einziger Bundesgenosse, der in gleicher Weise von den Notstandsgesetzen betroffen ist, kann nur die Arbeiterklasse sein. Aber sie müssen noch mehr tun, da im Augenblick die Gefahr besteht, daß sie in noch größere Abhängigkeit als die Arbeiter geraten; sie müssen sich erst die organisierte Vertretung ihrer Interessen erkämpfen, die wiederum Voraussetzung für den weiteren Kampf um die Demokratisierung der Hochschulen und der Gesellschaft ist. Dabei sollten sie sich am Beispiel der Arbeiterklasse orientieren und diesen Kampf aufgrund gemeinsamer Interessen m i t der Arbeiterklasse führen.

Entwurf des SDS-Wuppertal zur politischen Ortsbestimmung

1. Der SDS ist eine Studentenorganisation. Daher liegt sein hauptsächlicher Wirkungsbereich an der Hochschule.

2. Gleichzeitig ist der SDS eine sozialistische Organisation. Er bestimmt daher seine Hochschularbeit aus einem gesamtgesellschaftlichen Kontext, in dem er auch die notwendig über den bloßen Hochschulbereich hinausweisende Perspektive seiner Arbeit findet.

3. Als Sozialisten arbeiten die Mitglieder des SDS antikapitalistisch, d. h. gegen jede Gesellschaftsordnung, in der Ausgangspunkt und Ziel aller Produktion der Profit ist. Die Gegnerschaft zum Kapitalismus beruht nicht auf einem theoretischen und daher beliebigen „Meinungsbildungsprozeß", sondern auf der empirisch nachweisbaren Erkenntnis, daß im Kapitalismus die gesamte Gesellschaft produziert, wenige aber über die geschaffenen Werte verfügen. Eine kapitalistische Gesellschaft ist eine Klassengesellschaft von Ausbeutern und Ausgebeuteten.

4. Innerhalb des kapitalistischen Systems erscheint die Ausbeutung gerecht. Die zur Ware gewordene Arbeitskraft wird nach Marktpreisen (genauer: nach einem bestimmten Lebensstandard und nach Marktpreisen) entlohnt. Der Lohn ist der tatsächliche Wert der Arbeitskraft, nämlich der zur Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit notwendige. Die Arbeitskraft (der Lohnarbeiter) schafft jedoch in produktiver Arbeit wesentlich mehr Werte, als der Kapitalist an Lohn auszahlt. So ist Kennzeichen des Kapitalismus: Die Aneignung der Produkte

unbezahlter Arbeit unter dem Anschein bezahlter Arbeit.

5. Außer als Kostenfaktor ist inzwischen die Klasse der ausgebeuteten Produzenten auch als Profitrealisationsfaktor wichtig geworden. Daher liegen heute die Löhne – der Preis der Arbeitskraft – über dem bloßen Existenzminimum. Zu der direkten Ausbeutung kommt die Funktionalisierung zum Garanten des Profits.

6. Warendasein und Funktionalisierung machen die Arbeiterklasse weitgehend zu außengeleiteten Objekten. Diejenigen, die alle Werte schaffen, können sich nicht als schöpferisch begreifen, da sie von der Verfügung über die Produkte ihrer Arbeit völlig getrennt sind.

7. Ausbeutung, Entfremdung und Manipulation machen als negative, die Produzentenrolle als positive Komponente die objektive Rolle der ausgebeuteten Klasse aus: Die Klasse der Lohnarbeiter kann und muß als hauptsächliche und wichtigste Kraft den Kapitalismus überwinden. Aufgabe des SDS ist es, ihr dabei solidarisch zu helfen.

8. Der Kapitalismus ist objektiv reif für den Umsturz. In ihm sind bereits wesentliche Möglichkeiten seiner Alternative, des Sozialismus, angelegt.

a) Entschlossenheit für den Sturz des Kapitalismus bedeutet nicht, daß Gewalt gesucht wird. Der SDS wünscht einen friedlichen Übergang zum Sozialismus. Wendet aber die herrschende Klasse Gewalt zur Verhinderung ihres Sturzes an, wird der SDS nicht nur zum Reden entschlossen sein.

b) Der SDS sieht im Sozialismus die einzig diskutable Alternative zum Kapitalismus. Jedes sozialistische Land steht auf einer qualitativ höheren Stufe als jedes beliebige kapitalistische Land. Diese prinzipielle Einschätzung bedeutet keineswegs eine Identifizierung mit in diesen Ländern vertretener Politik. Daß der SDS jedes sozialistische Land als qualifizierte Alternative zum Kapitalismus ansieht, schließt sozialistische Kritik an diesen Ländern nicht aus, sondern ein.

9. Die mögliche Abschaffung des Kapitalismus wird vor allem dadurch verhindert, daß der Arbeiterklasse nur ihr Waren- und Konsumentendasein bewußt ist und sie von sich aus nur die Verbesserung dieser verstümmelten Daseinsweisen innerhalb deren Grenzen anstrebt. Die alternativ auftretende Klassenkampforganisation, die KPD, ist verboten. Um der Arbeiterklasse bei einem bewußten und organisierten Emanzipationskampf zu helfen, arbeitet der SDS für die unbedingte Aufhebung des KPD-Verbots.

10. Die rasche Entwicklung der Produktivkräfte (Technologie, Wissenschaft) allein ermöglicht es dem Kapitalismus, durch ungeheure Verschwendung gesellschaftlichen Reichtums die bestehenden Verhältnisse noch aufrechtzuerhalten. Hierher gehören nicht nur Kapitalvernichtung durch Rüstungs-, Verpackungsindustrie etc. und künstliche Bedarfsweckung; hierher gehören auch alle Institutionen in der Gesellschaft, die die Funktion haben, die Leistungsfähigkeit des Systems zu sichern. Im ideologischen Bereich wird diese Funktion vor allem dadurch wahrgenommen, daß in scheinfreien Räumen divergierende Meinungen geäußert werden. Antagonistische, systemsprengende Widersprüche werden so zu einem Pluralismus scheinbarer Gleichwertigkeit umfunktioniert. So soll auch die Infragestellung des gesamten Systems als Angelegenheit beliebiger Meinung dargestellt und neutralisiert werden. Daher kann sich auch jede nicht systemsprengende und daher rechtfertigende Ideologie als kritisch verstehen. Unter der Maßgabe der scheinfreien, scheinkritischen und systemstabilisierenden Kapitalverschwendung stehen nicht nur die etablierten Parteien, sondern auch die Hochschulen.

11. Die Studentenschaft wird entweder zu qualifizierten Lohnarbeitern ausgebildet – und insofern in deren Lage gebracht – oder aber nach Abschluß der Ausbildung in Sektoren tätig sein, die – in sekundärer oder gar tertiärer Stellung zum Produktionsprozeß – systemstabilisierende Funktionen, insbesondere der Reproduktion von Rechtfertigungsideologien haben. Somit hat die Studentenschaft (vornehmlich der Teil, der in dem Sektor der Kapitalverschwendung arbeitet) ein objektives Interesse am Fortbestehen des Kapitalismus. Zusammen mit der gewöhnlich subjektiv bereits verfestigten Umfunktionierung aller Antagonismen in Pluralismen findet sich hier der Grund für die nichtsozialistische, gewöhnlich formaldemokratische Orientierung der Studentenschaft.

12. Solange sie ihre Funktionen innerhalb der Gesellschaft noch nicht wahrnehmen, also während des Studiums, sind Studenten dem System entbehrlich und – insbesondere angesichts der Knappheit von Studienplätzen – ersetzbar. Daher steht die ohnehin zur Anpassung tendierende und zahlenmäßig schwache Studentenschaft dem System fast machtlos gegenüber.

13. Dadurch aber, daß sie noch nicht in die Mechanismen der Gesellschaft eingespannt sind, haben die Studenten die Möglichkeit relativer Selbstbestimmung in ihrem Arbeitsbereich Hochschule. So kommt jeder Student in die Lage, die Grundlagen der Gesellschaft aus der Distanz zu ihr reflektieren, begreifen und in Frage stellen zu können. Objektiv ist er potentiell nichtkapitalistisch. Hier ist der Ansatzpunkt der Arbeit des SDS in der Studentenschaft.

Gleichzeitig befähigt diese Lage die Studenten, den Lohnarbeitern ihre wirklichen Interessen vor Augen zu führen und zu ihrer Mobilisierung beizutragen. Die Klassenkampforganisation KPD kann der SDS keineswegs ersetzen, und insofern ist er zwar relevant, aber sekundär.

14. Die kritische, tendenziell systemnegierende Reflexion der Studenten wird in Zukunft immer mehr verhindert werden durch Hochschulreformen. Hochschulreform im Kapitalismus bedeutet Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Hochschule nach Maßgabe der Verwertungsgesetze des Kapitals und der Systemstabilisierung. Die mögliche Selbstbestimmung wird so eingeengt und schließlich weitgehend zur bloßen Funktionstüchtigkeit transformiert.

15. Disponible, unkritische und hauptsächlich an in Aussicht gestelltem Lohn orientierte Funktionstüchtigkeit wird bereits heute an den Hochschulen erzeugt:

a) Allgemein durch autoritäre, der Diskussion entzogene Prüfungszwänge

b) durch die so bedingte Aneignung von Unmengen isolierter Fakten hauptsächlich um dieser Fakten willen (Desorientierung, tendenzielle Borniertheit, Verlust sozialer und historischer Bezüge und Trennung der Theorie von der Praxis)

c) durch Fehlen von Mitbestimmung der Studenten in zahllosen sie betreffenden Fragen

d) durch Wissensvermittlungs- und -aneignungsformen (Vorlesungen, bestimmte Seminare, „Pauken" etc.), die ein leistungsorientiertes Konsumenten- und Reproduzentendasein einschleifen und insofern einer kritischen Selbstbestimmung konträr entgegenstehen.

16. Gegen die Rolle des funktionablen und disponiblen Systemgaranten auch innerhalb der Hochschule aufzutreten und Alternativen dazu aufzuzeigen, ist Aufgabe aller Mitglieder des SDS. Insbesondere setzt sich der SDS für den Abbau hauptsächlich durch Tradition gerechtfertigter autoritärer Strukturen und für Mitbestimmung der Studenten- und Assistentenschaft ein.

17. Die Hochschule hat jedoch bereits innerhalb des Kapitalismus festgelegte Aufgaben (vgl. 10); die Erfolge des SDS können daher kaum relevant werden, wenn seine Arbeit nicht mit dem gesamtgesellschaftlichen Emanzipationskampf der Arbeiterbewegung einhergeht. Insofern, aber auch aufgrund der objektiven Lage der Studentenschaft, ist der SDS Teil der Arbeiterbewegung.

18. Als (kleiner) Teil der Arbeiterbewegung steht der SDS vor der Aufgabe, real im Interesse der Ausgebeuteten zu handeln. Dazu gehört vorrangig, auf Erfahrungen und Bewußtseinsstand der Massen und der Arbeiterbewegung eingehen zu können. Der SDS ist in diesem Prozeß hauptsächlich Lernender, nicht Führender. Kriterium der Resonanz bei den Massen ist nicht der aufflackernde spontane Protest allein, sondern besonders die Herausbildung von Klassenbewußtsein. Nicht die bloße Selbsttätigkeit, sondern erst die bewußte Kampfhaltung sind Voraussetzung konsequent sozialistischer Politik.

19. Antiautoritäres Auftreten allein kann zwar Protest gegen bestimmte Mittel und Verhaltensweisen erzeugen (insofern ist der eigene Erfolg von der Ungeschicklichkeit der herrschenden Klasse abhängig), ist aber objektiv dazu geeignet, wichtige Probleme des Klassenkampfes zu verschleiern. Solange der organisierte Kapitalismus die Individuen weitgehend funktionalisiert, ihr Bewußtsein verdinglicht und zunächst nur Räu-

me ideologischer Scheinfreiheit als Perspektive läßt, ist Antiautoritariertum in dem Sinne, daß keine kompromißlose Kampforganisation, sondern die sofortig freie Organisation freier Individuen praktikables Mittel sei, illusionistisch. Entscheidungsunfähig Gemachte können sich zunächst nicht kraft Entscheidung befähigen.

Eine „freie" Assoziation unterliegt weiterhin der ständigen Gefahr entweder der Manipulation durch charismatische Führer oder aber des Konsensus auf reformistische Positionen – letztere Tendenz ist durch den Kapitalismus in der Arbeiterklasse notwendig angelegt.

20. Leninistische Parteien haben Mängel. Doch sie bieten die Möglichkeit rationaler Kontrolle über den Emanzipationsprozeß und sind daher integraler Bestandteil des Kampfes der Arbeiterklasse. Eine individualistische, auf fiktiver Eigenständigkeit fußende Konzeption ist ihnen trotz „reineren" Selbstverständnisses unterlegen. Deshalb – und angesichts etlicher historischer Erfahrungen – ist das antiautoritäre Lager bei allen Erfolgen kritisch zu beurteilen.

21. Wir hoffen, daß die sich bereits in heftigen theoretischen Schwankungen und Sprüngen abzeichnenden Lernprozesse des antiautoritären Lagers anhalten werden und versuchen weiter die solidarische Kritik, auch wenn wir damit rechnen, gelegentlich wie direkte Gegner behandelt zu werden.

22. In der gegenwärtigen Phase ist auch der SDS dazu verpflichtet, für die Einheit und Stärke aller demokratischen und antikapitalistischen Kräfte zu arbeiten. Nicht nur angesichts der aggressiven und antidemokratischen Tendenzen des nationalen und internationalen Kapitalismus ergibt sich diese Notwendigkeit. Auch das Überzeugtsein von der eigenen Position verlangt, sie nicht im luftleeren Sektierertum zu beweihräuchern, sondern sie überzeugend in die Auseinandersetzung zu tragen.

Natürlich birgt jedes Bündnis die Gefahr der Korruption und des Kompromisses. Doch wer dieser Gefahr nicht gewachsen ist, wird ohnehin nicht zum Kampf gegen den organisierten Kapitalismus befähigt sein. Da überall unter den Bedingungen des Kapitalismus gearbeitet wird, entlarvt sich die Argumentation mit Integrationsmechanismen teilweise als Fetisch.

Der Kapitalismus als in sich völlig widersprüchliches System kann niemanden völlig integrieren; er beinhaltet vielmehr bereits die Ansätze zu seiner Überwindung. Die Arbeiterklasse muß sich nicht erst für Negation des Kapitalismus entscheiden, sie ist es bereits. Dieser Situation wird sie sich nicht in bloßer antiautoritärer Revolte bewußt, sondern in den Schritten des demokratischen und gewerkschaftlichen und schließlich des politischen Kampfes. Die Rolle der politischen Kampforganisation der Arbeiterklasse kann der SDS nicht übernehmen, dazu ist er weder objektiv noch subjektiv genügend befähigt.

Zur Frage der richtigen Beurteilung von historischen Prozessen

(Über die Griechenland-Resolution der 22. ordentlichen Delegiertenkonferenz des SDS vom 4. – 8. 9. 1967 und über ein Rundschreiben der „Projektgruppe Griechenland" im SDS-Landesverband Hamburg vom 8. 3. 1968)

Die 22. ordentliche Delegiertenkonferenz des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (im Herbst 1967) faßte, unter anderem, eine Resolution „Zur Militärdiktatur in Griechenland – und zur Notstandsdiktatur in der BRD". Wegen der schwerwiegenden theoretischen Irrtümer und Fehler, der auf sozialanarchistische Ansätze zurückgehenden Verdrehung der historischen Gegebenheiten, wie auch wegen der tölpelhaften Interpretation der historischen Wirklichkeit, ist es nötig, daß man sich mit dieser Resolution detailliert auseinandersetzt.

Nehmen wir die Resolution Satz für Satz und prüfen wir sie nach ihrem, im Sinne sozialistischer Theorie, objektiven Gehalt.

1. Wenn wir dem Klassenfeind keine Möglichkeit der Verdrehung von Tatsachen erlauben wollen, so wollen wir es ihm auch umsoweniger erlauben, uns des falschen Zitierens zu bezichtigen.

Es heißt in der Resolution: „Der Militärputsch vom 21. April 1967, der unter Zuhilfenahme des NATO-Plans „gegen innere Unruhen" durchgeführt wurde, ist ein Versuch der reaktionärsten Teile der griechischen Bourgeoisie, mit Unterstützung des Hofes der Instabilität ein Ende zu setzen, die in Griechenland seit

der Volksbewegung vom Juli 1965 herrschte."

Nun, der NATO-Plan, der Plan „Prometheus", als Hilfsinstrument der amerikanischen imperialistischen Politik und der NATO, trägt den euphemistischen Titel: „Zur Abwehr von Gefahren für die demokratische und rechtsstaatliche Grundordnung". Die Faschisten haben am 21. 4. 67 über den Armeesender Athen ständig eine Meldung wiederholt: „Auf Grund eines nach den Vorschriften des Art. 91 der griechischen Verfassung erlassenen königlichen Dekrets ist über Griechenland der Ausnahmezustand verhängt worden." Art. 91 der griechischen Verfassung lautete: „(1) Der König kann auf Vorschlag des Ministerrats im Falle des Kriegszustandes oder der Mobilmachung wegen äußerer Gefahren oder ernstlicher Unruhen oder offensichtlicher Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit des Landes wegen innerer Gefahren durch königliche Verordnung im ganzen Staatsgebiet oder in einem Teil desselben die Artikel 5, 6, 8, 10, 11, 12, 14, 20, 95 und 97 der Verfassung oder einige davon außer Kraft setzen und, indem er das jeweils geltende Gesetz „über den Belagerungszustand" zur Durchführung bringt, Ausnahmegerichte errichten ... Sämtliche auf Grund dieses Artikels getroffenen Maßnahmen werden dem Parlament bei der ersten Sitzung nach ihrer Verkündung unverzüglich zur Billigung oder Aufhebung mitgeteilt. Falls diese Maßnahmen bei Abwesenheit des Parlaments getroffen werden, muß es durch dieselbe königliche Verordnung und bei Strafe der Ungültigkeit derselben innerhalb von zehn Tagen selbst dann einberufen werden, wenn seine Legislaturperiode abgelaufen ist oder es aufgelöst worden ist; in beiden Fällen beschließt das Parlament über die Aufrechterhaltung oder Aufhebung der genannten Verordnung."

Die faschistischen Machthaber haben als Hauptgrund für die Errichtung der Diktatur immer wieder die „offensichtliche Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit des Landes wegen innerer Gefahren" angeführt. Hier ist festzuhalten: nach dem Sturz der bürgerlich-demokratischen Regierung Papandreou kam es immer wieder zu Demonstrationen gegen die jeweiligen Regierungen, die vom Hof mit Einverständnis der verschiedenen USA-Instanzen in Griechenland eingesetzt wurden.

Diese Demonstrationen wurden sowohl von der einzigen legalen, im Sinne sozialistischer Theorie und Praxis demokratisch organisierten griechischen Partei, die objektiv die Interessen der Arbeiterklasse, der Bauern und der Intellektuellen vertritt, der Vereinigten Demokratischen Linken (EDA, Emnea Dimokratiki Aristera), wie auch von den gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse, der Bauern und der Intelligenz vorbereitet und durchgeführt. Besonders maßgebend an der organisatorischen und agitatorischen Vorbereitung sowie an der Durchführung und der theoretischen wie praktischen Auswertung dieser Demonstrationen waren die Mitglieder der Kommunistischen Partei Griechenlands beteiligt, die ihren Kampf um Demokratie, Sozialismus und Frieden seit ca. 20 Jahren illegal führen müssen. Auch die bürgerlich-demokratische Zentrumsunion hat zu Demonstrationen aufgerufen. Alle diese Demonstrationen wurden von den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse in der richtigen Erkenntnis unterstützt, daß eine bürgerlich-demokratische Emanzipationsbewegung historisch Teil eines Prozesses zur Erweiterung der Massenbasis der demokratischen und revolutionären Bewegung sein muß und damit zum Entstehen kritischen Bewußtseins beiträgt.

Besonders in den breiten Wählermassen der „Zentrumsunion", demjenigen Teil der Wähler der Zentrumsunion, dessen Interessen identisch sind mit den Interessen der Wählermassen der EDA, also beim verelendeten Stadt- und Land-Proletariat wie auch bei einem großen Teil der lohnabhängigen mittleren Bourgeoisie in den Städten, hat ein Differenzierungsprozeß stattgefunden, in dem kritisches Bewußtsein einen Teil dieser Massen immer mehr in das ideologische Kraftfeld der linken Opposition führte. Alle Demonstrationen nach dem 15. 7. 65 wurden damals von der herrschenden Oligarchie und ihrer Presse als „Unruhen" apostrophiert. Selbst die im Auftrag und zur Wahrnehmung der Interessen dieser Oligarchie regierende Putschistenclique hat sich jedoch gehütet, „innere Unruhen" als den Hauptgrund zur Rechtfertigung des Putsches anzuführen. Sie behauptet, sie hätte Infor-

mationen, nach denen am Sonntag, dem 23. 4. 67 „Papandreou und die Kommunisten eine Revolution anzetteln wollten". In Wirklichkeit war, als Auftakt zum Wahlkampf für die Wahlen am 28. Mai 1967, in Saloniki eine Massenkundgebung geplant. So war es den Faschisten auch nicht möglich, „Beweise für die Vorbereitung einer Revolution" zu erbringen: weil es keine Vorbereitungen gegeben hat.

„Innere Unruhen" hat das faschistische Militärregime weder tatsächlich noch formal als unmittelbaren Grund zur Errichtung der faschistischen Diktatur angesehen, noch hat es behauptet, daß es solche als den hauptsächlichen Grund ansah. Es operierte mit der „offensichtlichen Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit des Landes wegen innerer Gefahren".

Es ist wichtig, immer wieder zu zeigen, daß der USA-Imperialismus, die griechische Oligarchie und ihr Instrument, die faschistische Militärclique, nicht nur tatsächlich keinen unmittelbaren Grund: „innere Unruhen" anführen konnten, sondern daß sie auch formal sich nur auf „offensichtliche Gefährdung der öffentlichen Ordnung" etc. berufen haben. Es ist notwendig, das raffiniert ausgeklügelte System der imperialistischen Verschleierungstaktik zu zerreißen – auch dadurch, daß man Argumente von Gegnern faschistischer Diktaturen, die unbewußt den Faschisten, objektiv gesehen, in die Hände spielen, entlarvt.

2. Es heißt weiter in dem ersten Satz der Resolution, daß der Militärputsch „ein Versuch der reaktionärsten Teile der griechischen Bourgeoisie" sei, „mit Unterstützung des Hofes der Instabilität ein Ende zu setzen, die in Griechenland seit der Volksbewegung vom Juli 1965 herrschte".

Hier übernimmt der SDS, in seiner Resolution, teilweise die Terminologie sowohl der herrschenden Oligarchie wie auch des faschistischen Regimes: das Regime sei errichtet worden, „um der Instabilität ein Ende zu setzen". Es gibt freilich einen Unterschied: während die Faschisten behaupten, das Regime wurde errichtet, um, unter anderem, der Instabilität der politischen Verhältnisse ein Ende zu setzen, definiert der SDS, in seiner Resolution, die Instabilität als eine solche, „die in Griechenland seit der Volksbewegung vom Juli 1965 herrschte". Es gibt aber keinen abstrakt-objektiven, keinen wertneutral definierbaren Begriff der Stabilität (entsprechend auch keinen solchen der Instabilität), sondern sowohl das eine wie das andere sind nur als historische Kategorien begreifbar, d. h., in dem Maße, in dem sie den gesamtgesellschaftlich notwendigen Fortschritt, speziell: den ökonomischen Wachstumsprozeß als gesamtgesellschaftliche Kategorie fördern oder hemmen. Eine Stabilität hat es, betrachtet man zur besseren methodischen Auseinandersetzung die letzten 30 Jahre, nie in Griechenland gegeben (es sei denn die Stabilität in den befreiten Gebieten während und nach der Besatzung und während des Bürgerkrieges; diese Gebiete wurden von der Nationalen Befreiungsfront EAM verwaltet; und die relative Stabilität des wirtschaftlichen Aufschwungs während der Regierungszeit der bürgerlich-demokratischen Regierung Papandreou [1]). Insofern kann man auch das, was dem 15. 7. 65 folgte, nicht allgemein als „Instabilität" bezeichnen, sondern genau als das, was es war: als eine Zuspitzung der antagonistischen Widersprüche in einer bürgerlichen Demokratie, die zudem, als Herrschaftsform in einem unterentwickelten Land, gebunden ist an den Karren des US-Imperialismus. Die Zuspitzung der Widersprüche führte zur Verstärkung der Unterdrückung des Stadt- und Landproletariats und einer breiten Masse von lohnabhängigen Mittelschichten. Das, was in der Resolution des SDS als die „Instabilität, die in Griechenland seit der Volksbewegung vom Juli 1965 herrschte", definiert wird, ist also nichts anderes als der Widerstand der demokratischen und revolutionären Massen gegen den verstärkten Druck und den Angriff der herrschenden Klasse sowohl auf die von der Verfassung der bürgerlichen Demokratie ausgehenden bürgerlichen Freiheiten, wie auch auf den Lebensstandard des Stadt- und Landproletariats und eines großen Teils der lohnabhängigen Massen in den Mittelschichten.

Um diesem Widerstand der demokratischen und revolutionären Massen gegen die Perpetuierung der Instabilität ein Ende zu setzen, wurde das faschistische Regime errichtet. Die Inspiratoren des faschistischen Putsches fürchteten die Entfaltung der demokratischen und revolutionären Massen.

[1] Über diese relative „Stabilität" kann man nur nach eingehender Analyse der sozioökonomischen Verhältnisse in dieser Periode urteilen.

3. Die 22. ordentliche Delegiertenkonferenz des SDS führt in ihrer Resolution den Begriff der „Bewegung des 15. Juli" ein (in anderen Passagen auch als „Volksbewegung vom 15. Juli 1965" und als „Massenbewegung des 15. Juli" angeführt).

Was ist diese „Volksbewegung vom Juli 1965"? In der Delegierten-Resolution heißt es dazu: „Dazu kam 1965, nach der Absetzung Papandreous durch den König, die ‚Bewegung des 15. Juli', in deren Verlauf 3 Millionen Griechen in Athen und Piräus tage- und nächtelang auf den Straßen demonstrierten." Die Resolution vermittelt den Eindruck, 3 Millionen Griechen hätten sich spontan auf den Straßen zu einer „Bewegung" formiert, der sie den Namen „Bewegung des 15. Juli" gaben. Dies entspricht nicht der historischen Wahrheit – weder formal noch dialektisch. Einmal, weil es keine solche Bewegung als Kristallisationspunkt der Auflehnung gegen verstärkte Unterdrückung oder gar als Koordinationszentrum des Widerstandes gegeben hat. (Die Art des Zitierens in der Resolution vermittelt den Eindruck, daß es ein solches gegeben habe.) Zum zweiten, weil der Widerstand nach dem 15. Juli 1965 keine im Sinne einer Bewegung klar artikulierten Ziele gesetzt hat, außer dem einen, die antidemokratische Entwicklung und den sozialen Abbau, die unter den Hofregierungen forciert wurden, aufzuhalten, indem man a) die Hofregierungen stürzt und b) Wahlen erzwingt. Man kann über die Richtigkeit der Zielsetzungen, über die Kurzfristigkeit oder Langfristigkeit der Politik der Opposition nur dann richtig urteilen und sie kritisieren, wenn man sich über diese Tatsachen im Klaren ist. Sonst erliegt man der Gefahr der Mystifizierung, wie dies der Fall mit dem Begriff der „Bewegung des 15. Juli" ist. (Solche Mystifizierungen tragen nicht dazu bei, historische Prozesse zu erhellen, im Gegenteil: sie verschleiern sie; bezeichnenderweise hat in Griechenland nur eine kleine Gruppe von Trotzkisten von der „Bewegung des 15. Juli" gesprochen.)

Auch verkennen die Verfasser der Resolution, wie auch diejenigen, die dafür stimmten, die Rolle der politischen Organisationen im allgemeinen und unterschätzen besonders die Rolle der politischen Organisationen der Arbeiterklasse, sowie die Rolle der gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter und der Intelligenz und der genossenschaftlichen Organisationen der Bauern bei der organisatorischen Vorbereitung und Durchführung fast aller Protestkundgebungen und Demonstrationen nach dem 15. Juli 1965 (Über diese Frage s. 1).

So haftet sowohl der Terminologie wie auch dem Inhalt der Resolution der Geist des Spontaneismus an, der Geist des Dilletantismus bei der Untersuchung und der Interpretation von historischen Prozessen.

4. Die Feststellung der 22. ordentlichen Delegiertenkonferenz, daß „die Militärdiktatur in Griechenland" „das Resultat mehrerer zusammentreffender (!) Umstände" ist, übergehen wir, in der Hoffnung, daß die Verfasser der Resolution wie auch diejenigen Delegierten, die dafür gestimmt haben, den mechanistischen und also undialektischen Charakter der Betrachtung von historischen Prozessen als „Resultate von mehreren zusammentreffenden Umständen" (und nicht als das, was sie sind, nämlich Phasen einer Entwicklung der antagonistischen oder nichtantagonistischen Widersprüche im – internationalen – Klassenkampf) durchaus einsehen.

5. Es heißt in der Resolution der 22. ordentlichen Delegiertenkonferenz: „Die Ohnmacht der griechischen Bourgeoisie, die lebenswichtigen Probleme des arbeitenden Volkes zu lösen, führte in zunehmendem Maße zur Verschlechterung seiner materiellen Bedingungen ..." etc. Dazu ist, vom marxistisch-leninistischen Standpunkt aus, einiges zu sagen: Zur Rolle der Bourgeoisie in unterentwickelten Ländern im allgemeinen oder in einem unterentwickelten Land im besonderen, müßte man, bevor man zu generellen Aussagen übergeht, Untersuchungen anstellen über die Funktion der Bourgeoisie in diesen Ländern sowohl in sozioökonomischer Hinsicht wie auch in ihrer Eigenschaft als Verbündete des Imperialismus, insbesondere des US-Imperialismus. Eines kann man jedoch, anhand der Theorie und der historischen

Praxis voraussetzen: es ist nicht die Bourgeoisie, in welchem Land auch immer, die die lebenswichtigen Probleme des Stadt- und Landproletariats (oder auch – nach der Terminologie der SDS-Delegiertenkonferenz –: des arbeitenden Volkes) lösen soll; es ist prinzipiell nicht die historische Aufgabe der Bourgeoisie und es ist prinzipiell nicht im Interesse der Bourgeoisie, die lebensnotwendigen Probleme des Stadt- und Landproletariats, wie auch der lohnabhängigen Mittelschichten aus der Bourgeoisie, zu lösen. Wohl ist die Bourgeoisie in wirtschaftlich und industriell entwickelten kapitalistischen Ländern dazu übergegangen, im Interesse einer langfristigen Sicherung ihrer Profite, Systeme der „sozialen Sicherung" in ihrem Machtapparat einzubauen (übrigens: auch diese „sozialen Sicherungen" mußten nach jahrzehntelangem Klassenkampf erkämpft werden). Wohl gibt es auch unterentwickelte Länder, in denen die herrschende einheimische Oligarchie, um die Ausbeutung durch dieselbe und durch das US-Monopolkapital zu verschleiern, solche „Reformen" einführt. Paradebeispiel: die Versuche des faschistischen Regimes in Griechenland, durch sozialdemagogische Maßnahmen die Bauern für sich zu gewinnen.

Die Bourgeoisie wird mit allen Mitteln versuchen, die Ausbeutung und Unterdrückung zu verschleiern, eine im Interesse der Volksmassen liegende Lösung der Probleme zu verschieben. In diesem Sinne klingt es merkwürdig, daß der sich als revolutionär verstehende SDS von der Herrschaft der Bourgeoisie als Klassenherrschaft absieht und von der Ohnmacht der Bourgeoisie spricht, die Probleme des arbeitenden Volkes zu lösen.

6. In der Beurteilung der Rolle der Bourgeoisie in einem unterentwickelten Land muß die Frage vorangestellt werden, ob im Zeitalter des Monopolkapitalismus und des US-Imperialismus die vom letzteren abhängige einheimische Bourgeoisie objektiv Interesse hat, „das Land aus seiner Stagnation herauszuführen". Zwar kann das zuletzt angeführte, nach sozialistischer Theorie, die historische Aufgabe der Bourgeoisie sein. Aber marxistisch-leninistische Theorie, sozialistische Theorie ist lebendige Wissenschaft und das soll man im SDS nicht vergessen. Sonst wird man immer wieder von „Ohnmacht" und „Unfähigkeit" reden, wo es um Klasseninteressen geht, und Sätze konzipieren wie diesen: „Die griechische Bourgeoisie ist von Grund auf unfähig (Unterstr. d. V.) das Land aus seiner Stagnation herauszuführen, die veralteten Strukturen zu verändern und die Agrarfrage zu lösen" (Unterstr. d. V).

7. Schließlich ist es nötig, daß wir uns mit den linksopportunistischen Thesen der 22. ordentlichen Delegiertenkonferenz des SDS zur Rolle der EDA auseinandersetzen. Es heißt in der Resolution:

„Ein Großteil der Verantwortung für die kampflose Niederlage der demokratischen Kräfte trifft die Zentrumsunion und die EDA. Während die Massenbewegung des 15. Juli sich gegen den Thron richtete und die Republik forderte, stellte sich die Führung der Zentrumsunion und der EDA, jene aufgrund ihrer Klasseninteressen und diese infolge ihres Opportunismus und parlamentarischen Reformismus, diesen Losungen entgegen und proklamierte die Ablehnung jeder Forderung, die über den Rahmen einer „Demokratisierung des Hofes" und einer „Demokratisierung des Staates" hinausging. Im Zeichen der sowjetisch-amerikanischen Koexistenzpolitik trug die EDA dazu bei, die grundsätzlichen Interessengegensätze zwischen der Arbeiterklasse einerseits und den Vertretern des in- und ausländischen Kapitals andererseits zu verschleiern, statt den Kampf zu führen, den die arbeitende Klasse gegen das Kapital und dessen Vertreter bereits führte".

In dem zweiten Satz des Absatzes verbergen sich seltsame Blüten von Sektierertum und politischer Ignoranz. Erstens: eine klassenkämpferisch mystifizierte „Massenbewegung des 15. Juli" (die es, in diesem Sinne, wie in Pkt. 3 bereits angeführt wurde, nicht gegeben hat) fordert die Republik, die EDA stellt sich dieser Losung entgegen! Zweitens: wie „richtete sich" die „Massenbewegung des 15. Juli" gegen den Thron und von wem „forderte" sie die Republik? Diese Frage läßt sich erst klären, wenn man sich im klaren ist über das Zustandekommen der Massendemonstrationen. Da man sich in der Delegiertenkonferenz über letzteres nicht im klaren war, ist es auch verständlich, daß man eine neue Unterscheidungs„kategorie" sozialistischer Theorie sich schafft: hier die Parteien, in einen Topf geworfen, unabhängig davon, wessen Interessen sie vertreten, dort die demonstrierenden Massen, noch besser: die „Massenbewegung des 15. Juli". Von dieser These aus bis zu der Forderung nach Auflösung der politischen Parteien ist es nur ein Schritt. (Diese Thesen wurden übrigens seit der Februarrevolution bis heute überall von Sektierergruppen innerhalb von sozialistischen Parteien oder sozialistischen Bündnissen vertreten, wenn die letzteren im Klassenkampf vorübergehend Niederlagen einstecken mußten. Solche, liquidaristische, Thesen wurden vereinzelt auch nach der Errichtung der Diktatur in Griechenland von einigen Griechen im Ausland vertreten. Es hieß, man solle die Parteien auflösen und einen Kampf gegen die Diktatur ohne ideologische Basis führen!

In dem dritten Satz des Absatzes tritt der Liquidarismus wieder auf, wieder in einer verschleierten Form. Es geschieht dilletantisch, ohne jede Dokumentation für die aufgestellten Behauptungen. Tatsächlich hat die EDA nicht nur die grundsätzlichen Interessengegensätze zwischen der Arbeiterklasse einerseits und den Vertretern des in- und ausländischen Kapitals andererseits aufgedeckt, sondern auch die „Alternative" bürgerlich-demokratischer Politiker zur Einengung der Tätigkeit monopolkapitalistischer Unternehmen in Griechenland mittels einer Anti-Trust-Gesetzgebung als illusionär entlarvt [2]) (detaillierte Berichte über diese Frage werden Mitglieder des Arbeitskreises der EDA in der BRD und Westberlin einer einiger Zeit liefern. Es wäre gut, wenn die Delegierten der ordentlichen Delegierten-Konferenz sich auch über die Stellungnahme der EDA, in ihrem Programm, zur Frage der Verfassung informiert hätten).

Auch hier wird auf der einen Seite die EDA angeführt, auf der anderen „die arbeitende Klasse" (wahrscheinlich ist die Arbeiterklasse damit gemeint), die den Kampf „gegen das Kapital und dessen Vertreter bereits führte". Eine schöne kleinbürgerliche Revolutionsidylle ist das, wenn „die arbeitende Klasse gegen das Kapital und dessen Vertreter" den Kampf „bereits führte", den die EDA ja nicht führen konnte, weil sie damit beschäftigt war „die grundsätzlichen Interessengegensätze zwischen der Arbeiterklasse einerseits und den Vertretern des in- und ausländischen Kapitals andererseits zu verschleiern"! Es ist eine kleinbürgerliche Revolutionsidylle, weil man meint, man kann ohne eine entsprechende Organisationsform überhaupt auf die Straße gehen; zum anderen, weil man sich eine „arbeitende" Klasse vorstellt, die gegen das Kapital und dessen Vertreter einen Kampf „bereits führte", ohne jede politische Führung! (Zum Vergleich: selbst der SDS mußte Demonstrationen organisatorisch planen, in Vorständen und Ausschüssen – und das, im Vergleich zu den Demonstrationen und Streiks in Griechenland nach dem 15. 7. 65, bei harmlosen Demonstrationen).

Im übrigen: die Vereinigte Demokratische Linke (EDA) hat sich durch die Gewalt der herrschenden Klasse nicht davon abbringen lassen, den Widerstand gegen die verstärkte Unterdrückung seitens der Oligarchie mit verstärktem Einsatz weiterzuführen. Nach dem Mord an dem Abgeordneten des griechischen Parlaments Lambrakis (1963) verstärkte sie den Widerstand gegen die rechtsradikale Regierung Karamanlis, bis diese Regierung unter dem Druck des Widerstandes und der Gegensätze innerhalb der Bourgeoisie und des imperialistischen Lagers gestürzt wurde; nach dem Mord an Petroulas (nach dem 15. Juli 1965) verstärkte die EDA, die aus Kommunisten, Sozialisten und progressiven bürgerlichen Demokraten besteht, den Widerstand gegen die Hofregierungen, bis diese Regierungen eine nach der anderen gestürzt wurde; durch diesen Widerstand verstärkten sich die Tendenzen eines einheitlichen Vorgehens der Volksmassen-Tendenzen, die von einem Teil der bürgerlichen Klasse argwöhnisch registriert wurden, weil sie die Entschlossenheit der demokratischen und revolutionären Massen offenbarten, bei den Wahlen vom 28. Mai 1967 und danach ihre historische Rolle wahrzunehmen. (Bezeichnend für die linksopportunistische und zugleich kleinbürgerliche, revolutionsromantische Haltung einiger Gruppen des SDS ist hingegen die Äußerung eines Vertreters des SDS in einer Podiumsdiskussion in Hamburg, vor mehr als 3000 Zuhörern: „Der SDS lehnt jede

[2]) Vgl. A. Strogili, „Die Thesen von Herrn A. Papandreou", „Avgi", 15. 2. 67, S. 1.

Form von Gewalt ab" – unabhängig davon, daß von der Justiz jedes kapitalistischen Staates, die – wie könnte es anders sein – in Sicht sozialistischer Theorie eine Klassenjustiz sein muß, auch Widerstand als Gewalt interpretiert wird).

Sektierertum, Linksopportunismus und Liquidarismus finden wir konzentriert in einem Rundschreiben wieder, das eine „Projektgruppe Griechenland" im SDS-Landesverband Hamburg herausgegeben hat. Eine lügenhafte Schrift, die auch von Klassengegnern stammen könnte. Wir gehen kurz auf die „Thesen" ein:

A. „Die oppositionellen griechischen Parteien der Ära vor dem 21. April 1967 existieren nur noch im Ausland."

Diese „These" wurde zum erstenmal in einem gefälschten Informationsblatt der griechischen Widerstandsorganisation „Patriotische Front" verbreitet. Der Fälscher des Informationsblattes, ein Grieche, der im Herbst 1967 in die Bundesrepublik einreiste, wurde eindeutig als Betrüger entlarvt. Das gefälschte Informationsblatt wurde von einem Mitarbeiter nicht-griechischer Organisationen, der für die Angelegenheiten griechischer Arbeiter beim Deutschen Gewerkschaftsbund in Hamburg angestellt ist, ins deutsche übersetzt. (Als einziges Informationsblatt der Patriotischen Front – von mehr als 14, die herausgegeben wurden – wurde das gefälschte Informationsblatt von dem Griechen ins deutsche übersetzt, weil er, wie auch der Fälscher des Informationsblattes, auf eine verbreitete antikommunistische Stimmung spekuliert hat).

Die „These" von der Nicht-Existenz der Parteien wurde freilich schon früher vertreten: von Sprechern der faschistischen Junta, die in ihrem propagandistischen Eifer die „Harmonisierung" der Gegensätze im Lande vortäuschen wollten, wo es „keine Parteien mehr, nur noch Griechen" gäbe. Zur „Beruhigung" der unbewußten Helfershelfer der Junta: es gibt in Griechenland eine organisierte Kommunistische Partei; es gibt in Griechenland eine organisierte EDA. In letzter Zeit kam das 7. Blatt der Parteiorganisation Athens der PG, „Adouloti Athina" („Unversklavtes Athen"), das 1. Blatt der Parteizeitung der KPG „Risospastis" („Der Radikale") sowie das 4. Blatt der „Avgi" („Die Morgenröte", Zeitung der Linken) heraus. Alle organisierten Kommunisten wie alle Organisierten der Linken nehmen im allgemeinen aktiv am Kampf gegen die Diktatur teil.

B. „Von ihrer Seite ist bis heute keine nennenswerte Analyse oder gar Selbstkritik geliefert worden."

Dazu ist zu bemerken: es hat (wenigstens seitens der Linken, d. h. der KPG und der EDA) sowohl Analysen gegeben wie auch Selbstkritik. Die „Projektgruppe Griechenland" im SDS-LV Hamburg kann weder die Analyse noch die Selbstkritik gekannt haben (dies aus den verschiedensten Gründen), als sie am 8. 3. 68 die provokative Schrift verfaßte. Wie kann sie über Texte oder Überlegungen urteilen, die sie nicht kennt? (Auf diesen Punkt kommen wir noch zurück).

C. „Die EDA und die KPG verhalten sich vielmehr wie Emigrantenvereine, die keine Stützpunkte in ihrem ehemaligen Einwirkungsbereich mehr haben."

Die „These" der faschistischen Junta von der Auflösung der Parteien taucht, in ihrer liquidaristischen Form, nach ein paar Sätzen wieder auf.

Dazu: s. A.

D. „Auf die Phase der illusionären Einheitsfrontpolitik bis hinüber zur königstreuen Rechten folgte die Verteufelung kritisch-analytischer Gruppen innerhalb der Organisationen selbst."

Dazu: 1) Aussagen über die Einheitsfrontpolitik sind nur nach eingehender Analyse möglich – auf der Basis der Theorie des Marxismus-Leninismus, insbesondere der Lenin'schen Ansätze über den Massenkampf „aller und jeglicher Unterdrückten und Unzufriedenen".

2) Was die „Verteufelung kritisch-analytischer Gruppen innerhalb der Organisationen selbst" anbetrifft: warum nennen die Initiatoren des Rundschreibens diese „Gruppen" nicht beim Namen? Wenn sie diese „Gruppen" genannt hätten, würde das die Auseinandersetzung mit den theoretischen Ansätzen dieser Splitter„gruppen" erleichtern. So müssen wir, in Kürze, zwei oder drei dieser „Gruppen" innerhalb der KPG und der EDA anführen.

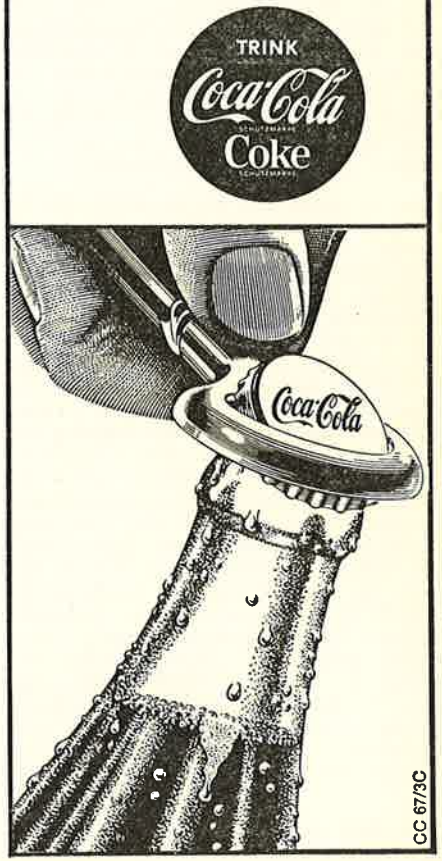
Innerhalb der KPG hat eine Spaltergruppe von 3 ZK-Mitgliedern von sich

reden gemacht, als sie, nachdem sie vom Zentralkomitee der Partei wegen rechtsopportunistischer und kompromißlerischer Haltung der Bourgeoisie gegenüber suspendiert wurden, putschartig den Rundfunk in einem sozialistischen Land dazu benutzt haben, eigene Erklärungen zu verbreiten. Daraufhin wurden sie von der KPG ausgeschlossen. (Bezeichnend für die theoretischen Ansätze und die Haltung dieser 3 früheren ZK-Mitglieder sind Thesen wie: „Die Lenin'schen Prinzipien für die Partei gelten nicht mehr", oder: „Die Zentrumsunion ist die Partei der nationalen Bourgeoisie", oder „Alles deutet darauf hin, daß die Zentrumsunion die Partei der mittleren Bourgeoisie ist" oder: man solle keine Kritik an der Zentrumsunion üben, um eine Zusammenarbeit mit ihr zu erreichen, etc.). Es ist also einmal eine rechtsopportunistische Gruppe innerhalb der KPG, die hier gemeint sein kann.

Zum zweiten gab es eine kleine Gruppe innerhalb der EDA, eine Gruppe ideologischer Seiltänzer, die unter dem Mantel der „Demokratisierung" der Partei einen eindeutig rechtsopportunistischen Kurs aufoktroyieren wollten. Die Basisorganisationen der EDA verweigerten ihnen das Vertrauen, nachdem diese Gruppe ideologischer Seiltänzer offen rechtsopportunistische Thesen (u. a. Thesen für eine kompromißlerische Haltung gegenüber den politischen Organisationen der bürgerlichen Klasse) vertreten und eine spalterische Tätigkeit innerhalb der EDA entfaltet hat. Jetzt repräsentieren sie sich selbst und einen Hof, den sie vorsorglich aufgebaut haben.

Zum dritten gab es einzelne Mitglieder des „Arbeitskreises der EDA in der BRD und Westberlin", die entweder ausgeschlossen wurden oder ausgetreten sind. Die Motive für den Ausschluß oder für den Austritt waren, je nach dem Fall, fraktionistische Tätigkeit, abweichlerische ideologische Linie, Mißachtung des Parteistatus sowie kleinbürgerliche Egoismen. Um welche von diesen drei Kategorien es sich im Rundschreiben des SDS-Landesverbandes auch handeln mag: was sowohl die zwei Gruppen (in der KPG und in der EDA) wie auch alle einzelnen Mitglieder des „Arbeitskreises Freunde der EDA in der BRD und Westberlin", die ausgeschlossen wurden oder ausgetreten sind, charakterisierte, war – und ist: ideologischer Diletantismus, ideo-

Besser geht's mit Coca-Cola



COCA-COLA und COKE sind eingetragene Warenzeichen für ein und dasselbe allbekannte koffeinhaltige Erfrischungsgetränk.

logische Gleichmacherei (durch künstliches „Verwischen" der unterschiedlichen Standpunkte der Parteien der Bourgeoisie und des Proletariats bzw. des arbeitenden Volkes), politische Kurzsichtigkeit und politische Provokation. K e i n e der beiden Gruppen und keiner von denjenigen, die ausgetreten sind oder ausgeschlossen wurden, hat bis jetzt E i g e n e s zur Lage in Griechenland geschrieben, geschweige denn Analysen geliefert. Mittelmäßig in ihren theoretischen Ansätzen, verworren in ihrer Praxis, versuchen sie sich und andere ideologische Bankrotteure hinter dem Schleier „kritisch-analytischer Gruppen" zu verbergen.

E. „Die Nachrichten aus Griechenland sind spärlich. Es gibt oppositionelle Gruppen, die den Widerstand in den dicht besiedelten Zentren aufgenommen haben und versuchen, die psychologischen Folgen des Terrors durch revolutionäre Gegengewalt aufzuheben. Sie benötigen unsere materielle Unterstützung."

Dazu ist folgendes zu bemerken: 1) Die Nachrichten aus Griechenland sind nicht spärlich, das beweisen sowohl die Informationsblätter der Widerstandsorganisationen, insbesondere die Informationsblätter der Patriotischen Front, wie auch die Flugblätter und die Zeitungen der KPG und der EDA. 2) Stehen die „oppositionellen Gruppen", die „den Widerstand in den dicht besiedelten Zentren aufgenommen haben" über Parteien und Ideologien? Vor allem: was versteht die „Projektgruppe Griechenland" unter der seltsamen Bezeichnung „oppositionelle Gruppen"? Wohl nicht die formierten Widerstandsorganisationen, denn schließlich haben die letzteren bestimmte Namen, die die Verfasser der hundselenden Schrift sorgfältig vermeiden. Patriotiko Metopo (= Patriotische Front), Dimokratiki Amina (= Demokratische Verteidigung), Ergatiko Antidiktatoriko Metopo (= Antidiktatorische Arbeiterfront), „Rigas" (Widerstandsorganisation der Studenten), das sind einige Bezeichnungen für die Widerstandsorganisationen.

Schließlich sind sie, nach der allgemeinen Definition, W i d e r s t a n d s o r g a n i s a t i o n e n. In diesen Widerstandsorganisationen arbeiten Kommunisten, Sozialisten und bürgerliche Demokraten für den Sturz der faschistischen Diktatur und für die Selbstbestimmung des griechischen Volkes in der Frage der Verfassung, indem, nach Meinung der maßgebenden Widerstandsorganiationen, das Volk über die Verfassung und über die Regierungsform, nach der das Land regiert werden soll, entscheiden soll, nicht die jetzt herrschende Oligarchie.

Für die ignorierenden oder bewußt die Rolle der Widerstandsorganisationen verkennenden (oder aber auch verschweigenden) Verfasser der Schrift sind jedoch die Widerstandsorganisationen bloße „oppositionelle Gruppen". (Es sei denn die Verfasser meinen ein paar Trotzkisten, die es auch in Griechenland geben mag).

Im übrigen: Die Widerstandsorganisationen würden nicht „revolutionäre Gegengewalt", sondern, wenn sie es für notwendig und die Zeit für gekommen erachten, d. h. wenn sie politisch und organisatorisch soweit fortgeschritten sind, revolutionäre Gewalt anwenden. So sehr sind die „Superrevolutionäre" von der „Projektgruppe Griechenland" in ihre kleinbürgerliche Revolutionsidylle verstrickt, daß sie, um etwaige Schuldgefühle von sich abzuwehren, sich konterrevolutionären Geschwafels bedienen, indem sie den Ausdruck: revolutionäre Gewalt vermeidet und statt dessen einen neuen Ausdruck einführt: „revolutionäre Gegengewalt".

Revolutionäre Gewalt aber heißt: Gewalt, die Unterdrückung aufhebt; sie ist historisch gerechtfertigt und als Widerstand gegen diese Unterdrückung aufzufassen. Man kann diese Gewalt nicht auf gleiche Stufe mit der Gewalt stellen, die die herrschende Klasse im kapitalistischen Staat anwendet.

F. Die schwerste Provokation leistet sich jedoch die „Projektgruppe Griechenland" des SDS-Landesverbandes Hamburg durch den Satz: „Wir begrüßen das Rundschreiben des SDS-Landesverbandes Berlin, der vorschlägt, Kontakte mit kritischen Gruppen innerhalb (oder inzwischen außerhalb) der griechischen Opposition vor allem den revolutionären Kräften innerhalb der Lambrakisjugend und Kadern außerhalb der EDA und der KPG – aufzunehmen". In dem Maße, in dem der Satz provokativ erscheint, ist er jedoch auch leer und gibt seine Verfasser der Lächerlichkeit preis. Hier wer-

sozialistische hefte

sh

Die Monatszeitschrift für sozialistische Theorie und Politik
informativ – kritisch – unabhängig

sozialistische hefte

- informieren über aktuelle Ereignisse der sozialistischen Bewegung
- analysieren unsere Gesellschaft, die Politik der Parteien und die Grundtendenzen unserer Zeit
- kommentieren alle Probleme vom Standpunkt des Marxismus

Heft 6 und 7/1968 enthalten u. a.:

- K. Otto: Antwort auf Brief W. Brandts an die SPD;
- J. Finck: „SPD-Perspektiven";
- G. Fülberth: Westdeutsches Parteiensystem;
- Dr. Prager: Zeitgenössischer Kapitalismus;
- A. Berg: Mitbestimmung im NS-Staat?; Aktionsprogramm der KPTsch
- H. Resch: Parlamentarische Demokratie und sozialistische Politik;
- W. Blasig: Revolten und Realitäten;
- J. Aranson: Black Power;
- K. Nyerere: Sozialismus in Tansania;
- K. Coates: Bewegung für Arbeiterkontrolle

sozialistische hefte,
Albert Berg, 2 Hamburg 39, Riststraße 2

Bei Bezugnahme
auf diese Anzeige
senden wir Ihnen gern
ein kostenloses Probeexemplar.

Preis DM 1.50
für Studenten DM 1.—
zuzüglich Versandspesen

den also Kontakte zu „kritischen Gruppen" innerhalb der Opposition oder aber auch (offensichtlich: zu „kritischen Gruppen") a u ß e r h a l b der griechischen Opposition verlangt! Aber, was sind das für „Gruppen", die sich a u ß e r h a l b der griechischen Opposition befinden und zu denen der SDS-Berlin und (offensichtlich) der SDS-Hamburg Kontakte aufnehmen soll?

Das sind: 1. die faschistischen Patakos' Horden und 2. die „Unpolitischen", die keine Stellung beziehen. Wir glauben jedoch, daß es objektiv keine Alternative zu der Verurteilung der faschistischen Diktatur und zum Kampf gegen sie geben kann, somit auch keine „neutrale" Haltung, keine dritte Position. Wer sich als „unpolitisch" gebärdet, stützt indirekt die faschistische Diktatur. Es gibt natürlich auch die Opportunisten, die Konformisten und die, die Angst haben; es ist aber kaum anzunehmen, daß der SDS zu diesen Gruppen Kontakte anstrebt. Wenn wir die erste Gruppe ausschließen, so bleibt nur die zweite, zu der der SDS offensichtlich Kontakt aufnehmen will! Man sage nicht, das ganze sei schlecht formuliert! Die gleiche Forderung kommt noch einmal im gleichen Satz vor: Kontakte zu „Kadern außerhalb der EDA und der KPG".

Hier gilt es wiederum festzustellen: es gibt außerhalb der EDA und der KPG nur Freizeit- oder Biertisch-Sozialisten (oder aber Sozialisten sozialdemokratischer Prägung, im ursprünglichen revolutionären Sinne des Wortes, denen jedoch eine Massenbasis entschiedener Sozialisten fehlt). Abgesehen davon weist die dauernde Wiederholung der Forderung nach Kontakten zu Gruppen „außerhalb der EDA und der KPG" auf einen latenten Antikommunismus hin, der für einige SDS-Gruppen charakteristisch ist. Sicher, kein Antikommunismus in den theoretischen Ansätzen. Aber Antikommunismus, wie alles Ideologische, wird nicht nur durch die theoretischen Ansätze definiert, sondern auch durch die praktische Arbeit. Denn die Theorie des Marxismus-Leninismus ist Anleitung zum Handeln – und wer so handelt, wie einige SDS-Mitglieder, der hat nichts vom Marxismus verstanden.

(Die Bibliographie, die der Schrift folgt, ist nützlich, wenn auch einige Titel fehlen, z. B. eine der, aus marxistischer Sicht, wichtigsten Analysen nach dem 2. Weltkrieg, nämlich:

Farakou, Grigori: Energiaki Ikonomia ke Politiki = Energie-Ökonomie und Politik, Athen, 1964, Verlag Themelio

In diesen Tagen des verschärften Klassenkampfes auf internationaler Ebene, des verstärkten Drucks der monopolkapitalistischen Herrschaft auf den sozialen und politischen Status der Arbeiterklasse und der lohnabhängigen Massen im allgemeinen, da die aggressivste Herrschaftsform der bürgerlichen Klasse, die imperialistische, Krieg führt wie den in Vietnam, Regime etabliert wie das in Griechenland; da das Monopolkapital sich anschickt auch in industriell und wirtschaftlich entwickelten kapitalistischen Ländern offen terroristische Regime zu etablieren, ist es notwendig, die internationale Solidarität zu stärken.

Deswegen: Übt Kritik und führt die Diskussion n u r auf der Basis des Marxismus-Leninismus. Isoliert die Sektierer! Isoliert die Vergifter der internationalen Solidarität!

(Nachdruck aus: Nachrichten aus Griechenland, EDA-Pressedienst, Herausgeber: Arbeitskreis „Freunde der EDA in der BRD und West-Berlin", Verantwortlich: Elias Dogas, 2 Hamburg 13, Von-Melle-Park 17)

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich:

_____ Exemplare von facit Nr. 13/14 (1.— DM + Porto)

_____ Expl. facit Nr. 2, _____ Expl. facit Nr. 4, _____ Expl. facit Nr. 5,

_____ Expl. facit Nr. 6, _____ Expl. facit Nr. 9 (pro Heft 50 Pf + Porto)

_____ Exemplare der FAZIT-Reihe 2 (3.— DM + Porto)

_____ Exemplare der FAZIT-Reihe 3 (ca. 3.— DM - d. h. nicht darüber - + Porto)

_____ Jahresabonnement = 5 facit-Hefte (Normalpreis ohne Portokosten)

_____ Abonnement der FAZIT-Reihe zur Fortsetzung (Normalpreis ohne Porto)

Unterschrift:

Meine Anschrift:

Impressum

facit – Zeitschrift sozialistischer Studenten

Herausgeberkreis: Elisabeth und Gerhard Bassau, Gunnar Matthiessen, Herbert Lederer, Werner Loch (alle SDS Köln), Hannes Heer (SDS Bonn), Dr. J. H. von Heiseler (SDS Frankfurt), Helmut Weinand (SDS Münster), Erich Eisner, Fred Schmid (beide SDS München)

Redaktion: Elisabeth und Gerhard Bassau, Peter Babenberger, Herbert Lederer, Werner Loch, Gunnar Matthiessen, Anne Nigbor, Rudolf Ohlers (verantwortlich)

Anschrift für Vertrieb, Anzeigen und Redaktion: Werner Loch, 5 Köln, Breite Straße 141-143

Konto: Werner Loch (Sonderkonto F.), 5 Köln, Breite Straße 141-143, Postscheckkonto Köln: 1420 25

Einzelheft 1,– DM, Jahresabonnement = 5 Hefte 5,– DM e i n s c h l i e ß l i c h Zustellgebühr

Druck: Peter Millard & Co KG, Köln